



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 20899 E

1,50 DM

März

Nr. 3 / 1977

8. Jahrgang

LATEINAMERIKA: FASCHISMUS UND WIDERSTAND



Volksdemokratie
in Angola

BORIS★CHILE

Inhalt

AIB-Aktuell

Terror auf der Zuckerinsel? S. 3 – 4

Puerto Rico

J. Rodriguez
Motive des US-Annexionskurses (1. Teil) S. 5 – 6

Angola

Erklärung des Politbüros der MPLA
Volksdemokratie als strategisches Ziel S. 7 – 10
S. 31 – 33

Auslieferung Angolas? S. 32

Lateinamerika

Faschismus und Widerstand (1. Teil) S. 11 – 30

Vorbemerkung S. 11

Rodney Arismendi
Die Eigenheiten des
lateinamerikanischen Faschismus S. 12 – 19

Alvaro Briones / Orlando Caputo
Ökonomische Grundlagen des
"abhängigen Faschismus" S. 20 – 26

Robert Cole
Chicagoeer Schule und
faschistische Wirtschaftspolitik S. 27 – 30

Benin

Rainer Falk
Der progressive Kurs Kerekous S. 34 – 35

Ägypten

Wolfram Brönner
Kein "Aufstand der Diebe"! S. 36 – 38

Kurzinformation

Südliches Afrika, Iran, Äthiopien,
Widersprüche in Indien S. 39 – 40

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönner,
Wolfram Brönner (presserechtlich verantwortlich),
Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421 / 24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement 15,- DM;
Einzelheft 1,50 DM zuzüglich Porto; bei Abnahme
von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Mitgliedern des Redaktions-
kollektivs arbeiteten mit:

W. Becker, H. Billstein, B. Brinkmann, P. Dietzel, G. Eckart,
B. Eichin, D. Fendt, H. Finkenbrink, M. Hellmann,
A. Hermanns, G. Kenck, U. Langenbrink, H. Mayer,
H. Merkelbach, E. Münscher, B. Pflug, M. Preuss,
R. de la Vega, P. Wahl

Titelmotiv: Boris Eichin

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20. Februar 1977

Anzeigen:

- Luis Alberto Corvalán. Neuerscheinung des
Weltkreisverlags
- Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA)

LAND DER UNTERDRÜCKTEN **SONDERANGEBOT**



Iran-Broschüre
- ab sofort zu 3,- DM

IRAN

Bestellungen an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

AIB-Aktuell: Terror auf der Zuckerinsel ?

Seit den Tagen, da das revolutionäre Kuba seine internationale Solidarität in den Dienst der Volksrepublik Angola zur Abwehr der südafrikanischen Intervention stellte, hat die antikubanische westliche Pressekampagne einen neuen Aufschwung erfahren. Schlagartig intensiviert wurden seither auch die von US-amerikanischem Boden aus koordinierten antikubanischen Aktivitäten, ausgeführt von CIA-Agenten und Exilkubanern: Bombenattentate, Entführungen, Flugzeuganschläge geben für 1976 eine Bilanz wachsenden Terrors ab (siehe Kasten).

Weder Sinn noch Raum hat indessen das linksdrapierte Polit-Porno-Magazin „das da“ für derart auf die Vernichtung der kubanischen Revolution zielende Aggressionsakte (zur Geschichte der CIA-Aktionen siehe AIB, Nr. 4/1976), Boykottaktionen und publizistische Kampagnen des Yankee-Imperialismus. Nicht den real existierenden CIA-Terror gegen Kuba, sondern den vermeintlichen „Terror auf der Zuckerinsel“ macht das Röhl-Magazin zum Gegenstand seines „Exklusiv-Berichts“ über das erste sozialistische Land Amerikas. „Terror auf der Zuckerinsel“ und „Freiheit für Hubert Matos!“ verkünden die Balkenüberschriften der „das da“-Ausgaben vom Dezember 1976 und Februar 1977. Was da an „erschütternden Dokumenten“ und redaktionellen Geleitworten zum besten gegeben wird, verdient – was Herkunft, Autorenschaft, Helden und konkrete Situation der politischen Gefangenen betrifft – eingehender unter die Lupe genommen zu werden. Aufgeworfen werden muß überdies die Frage nach der Funktion dieser Veröffentlichung, zumal es sich hier ganz offenkundig um den Versuch handelt, eine weit über das engere „das da“-Publikum ausstrahlende Kampagne aufzuziehen. Diese soll in Kürze mit der Herausgabe eines Buches „Materialien zur Repression in Kuba“ fortgeführt werden und beginnt, breitere Kreise – darunter Veröffentlichungen in der Salonpresse – zu ziehen.

Kubas Anpreisung als „zweites Chile“

Der „das da“-Report wird von der Redaktion Röhl nicht zufällig eröffnet mit Zahlenangaben von angeblich 100 000 bzw. zehntausenden von politischen Gefangenen, mit der Vorstellung unzureichender Haftbedingungen und der Bezeichnung, es gäbe „Konzentrationslager“, „Folterungen“, „Isolierhaft“ und bereits „400 Gefangene (die) schon gestorben sind“. Nicht genug damit, wird im gleichen Atemzug der Kampf einer weltweiten Bewegung „gegen den Terror der faschistischen Militärdiktatur in Chile“ bemüht, um daran die suggestive Frage zu knüpfen: „Kuba ein großes Konzentrationslager, ein zweites Chile? . . . Die Gefangenen Fidel Castros haben keine gute Lobby“. Hier soll nicht nur die Abscheu gegenüber dem Faschismus in Chile und die Solidarität mit dem chilenischen Volk umge-

Exklusiv: Erschütternde Dokumente aus Castros Cuba

Terror auf der Zuckerinsel

Eine weltweite Bewegung kämpft gegen den Terror der faschistischen Militärdiktatur in Chile. Den Opfern des Regimes, den Geiseln und Gefangenen in den Konzentrationslagern gilt eine breite Solidarität. Seit einiger Zeit gelangen Nachrichten in den Westen, daß auch im kommunistischen Kuba zehntausende Menschen aus politischen Gründen in Konzentrationslagern – sogenannten Umverteilungslagern – inhaftiert sind, daß Häftlinge gefoltert werden, jahrelang ohne ärztliche Betreuung in Isolation gehalten werden, daß 400 Gefangene schon gestorben sind.

Doch die liberale und linke Öffentlichkeit schweigt. Die linken Intellektuellen handeln auch dem Mute, daß nicht ein Mann, von dem nicht sein darf, Kuba ein großes Konzentrations-



Opposition gegen Castro – aber nur Agitate und Redakteur!

1970 starb José Francisco Miró im Konzentrationslager Mirón wegen Inaktivität.

Am 5. August 1971 wird der Zuckerehrer José Ovídio Ansel García im Konzentrationslager von Matanzas durch einen Kopfschuß getötet. Die Wachen schreien auf Befehl des Lagerkommandanten Abraham Caro Cruz während eines Gefangenentreppens gegen körperliche Mißhandlungen.

Enrique Ramos Kessel und Ibrahim Torres Morales starben im Gefangenentreppens von Rosales nachdem man ihnen jede ärztliche Hilfe verweigert hat am 4. und 7.2.1972. Die Leichen werden wegen ihres Gestanks verdeckt.

Der Studentenfürer Pedro Luis Ballester starb am 25. Mai 1972 während eines Hungerstreiks infolge von Folterung und zur Hilfe geblieben.

Der Kampf gegen die Diktatur in Chile ist das gemeinsame Anliegen aller Linksgruppen in der Bundesrepublik. Brutaler Terror, Folter und Todesurteile und zehntausende politische Gefangene rufen unser aller Solidarität auf den Plan. Weniger bekannt ist, daß auch in Kuba politische Gegner unterdrückt werden, zehntausende Kubaner aus politischen Gründen inhaftiert, zum Teil auch gefoltert und mißhandelt werden. Der sowjetische Regimekritiker Bukowski fordert unmittelbar nach seiner Freilassung die Befreiung des kubanischen, seit 17 Jahren im Castro-Gefängnis lebenden Regime-Gegners, des ehemaligen Links-Sozialisten Hubert Matos.

Terror in Kuba (2)

Freiheit für Hubert Matos!

Im Dezember 1959 wurde der Major Hubert Matos, kubanischer revolutionärer Führer und Exkommandant der Provinz Camaguey von einem Militärgerichtshof wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Befehl Fidel Castros wurde er im Oktober verhaftet, nachdem er diesem ein Demissionsschreiben, in dem er sich über die kommunistische Infiltration des Regimes beklagte, geschickt

lenkt werden in einen vorgeblich gleichgerichteten „Terror in Kuba“, hier soll nicht nur der Blick für die Kampfsolidarität gegen den vom US-Imperialismus angetriebenen Faschierungsprozeß in Lateinamerika getrübt werden, sondern hier geht es auch darum, unter linken Kräften der Bundesrepublik Zwietracht und Voreingenommenheit gegen die kubanische Revolution zu schüren: Da wird das Hauptaugenmerk darauf gelenkt, unter den politischen Gefangenen in Kuba fänden sich „auch demokratische Sozialisten und Anarchisten“, ihr prominentester Vertreter Hubert Matos sei „ehemaliger Links-Sozialist“. Auf falsche Gleise gelenkt und mobilisiert werden soll auf diese Weise die „liberale und linke Öffentlichkeit“, deren „Schweigen“ heftig verurteilt und deren „Handeln“ anklagend gefordert wird.

Ein Großgrundbesitzer wird zum „Links-Sozialisten“

Beginnen wir mit dem politischen Gefangenen Nummer 1. Ist **Hubert Matos**, dessen Befreiung nach „das da“ sogar vom „sowjetischen Regimekritiker Bukowski . . . unmittelbar nach seiner Freilassung“ gefordert wurde, ein Linker? Laut „das da“ unbeding:

„Im Dezember 1959 wurde der Major Hubert Matos, kubanischer revolutionärer Führer und Exkommandant der Provinz Camaguey von einem Militärgerichtshof wegen ‚konterrevolutionärer Tätigkeit‘ zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Befehl Fidel Castros wurde er im Oktober verhaftet, nachdem er diesem ein Demissionsschreiben, in dem er sich über die kommunistische Infiltration des Regimes beklagte, geschickt und darum gebeten hatte, seinen Beruf als Lehrer wieder aufnehmen zu dürfen.“

Hinter dem hier vorgeführten Lehrer und vermeintlichen aufrechten Demokraten verbirgt sich jedoch bei näherem Hinsehen ein gegen die soziale Revolution konspirierender Großgrundbesitzer, der über einen versuchten Mord an Fidel Castro die Liquidierung eben dieser Revolution einzuleiten versuchte – was den Berliner Extra Dienst am 8. 2. 1977 unter der Überschrift „Schweinkram“ zu dem Kommentar führte: „Was besagt da schon, daß der Ex-Plantagenbesitzer Matos sich wegen der Landreform mit Castro überwarf und im Verein mit der CIA, Exilkubanern und ‚marktwirtschaftlich orientierten‘ Kadern auf der Insel selber eine ‚demokratische Wende‘ erzwingen wollte – als Auftakt dazu ein Attentat auf Castro? Ein kubanisches Gericht hat Matos deshalb zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Was soll's: Die Röhl-Brothers, deren bisheriger Beitrag zur Erkämpfung der Menschenrechte vornehmlich die Vernutzung der Frau in Wort und Bild war, verbreiten die CIA-Parole: Freiheit für Matos!“

Wie über steht es im allgemeinen mit der für „das da“ so „erschütternden“ Situation der angeblich zehntausenden politischen Gefangenen in Kuba?

Die Lage der politischen Gefangenen

Natürlich geht es nicht darum, zu verschweigen, daß sich **in den ersten Jahren der Revolution** auch die Lage der Gefangenen, wie die der gesamten Bevölkerung Kubas, sehr schwierig ausnahm: Durch die Blockade der USA war die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten sehr knapp. Weiter konnten in den ersten Jahren der Revolution keine neuen Gefängnisse gebaut werden, mußten zunächst die alten, verkommenen und unhygienischen Verließe der Batista-Diktatur benutzt werden.

Doch heute hat sich das radikal verändert. Alle Gefängnisse aus der Batista-Zeit dienen heute anderen Zwecken: Das Gefängnis auf der Isla de Pinos ist heute ein Museum, das Gefängnis von El Principe im Zentrum von Havanna wurde vollständig geräumt, das ehemalige Gefängnis von La Cabana ist heute eine Kadetten-Schule.

Wenn trotzdem heute noch wie in „das da“ diese Namen als Gefängnisse angeführt werden, so deutet dies darauf hin, wie verstaubt diese Informationen sind. Neue, den Rehabilitierungszielen des kubanischen Strafvollzugs angemessene Anstalten wurden gebaut, so z. B. in Habana del Este.

Die **Zahl der politischen Gefangenen** sinkt kontinuierlich.

1964 gab es noch 20 000 inhaftierte Konterrevolutionäre, unter denen sich allerdings auch die nicht zum Tode verurteilten Folterer und Henker der Batista-Diktatur befanden. Insbesondere durch das **Rehabilitierungsprogramm** (vgl. hierzu Lockwood, Castro's Cuba, Cuba's Fidel, New York 1967) reduzierte sich die Zahl der politischen Gefangenen auf 5 000 im Jahre 1973. Ohne großes publizistisches Spektakel wurden immer mehr Gefangene teils entlassen, teils auf Bewährung umgestellt, so daß 1976 noch 2 900 politische Gefangene gezählt wurden, von denen allerdings 2 100 auch wegen krimineller Delikte verurteilt worden waren. Der **verbleibende Kern von 800 politischen Gefangenen** setzt sich fast ausschließlich aus zu 30 Jahren Haft Verurteilten zusammen. Dies wiederum zeigt, daß sie in den ersten Jahren nach der Revolution wegen Bombenanschlägen, Überfällen und Sabotageakten verurteilt wurden, also in einer Zeit, da aufgrund der komplizierten Situation ein hohes Strafmaß notwendig erschien. Die Mehrzahl dieser 800 Gefangenen nimmt teil am Rehabilitierungsprogramm und alle leben unter bestmöglichen Bedingungen .

Antikubanische Terrorakte 1976

- 6. 4.1976 **Angriff auf zwei kubanische Fischerboote, ein Fischer wird getötet**
- 22. 4.1976 **Bombenanschlag auf die kubanische Botschaft in Portugal: zwei Kubaner werden getötet, das Gebäude völlig zerstört**
- 5. 7.1976 **Sprengstoffattentat auf die kubanische Mission bei der UNO**
- 9. 7.1976 **Bombenanschlag auf ein Flugzeug der „Cubana de Aviación“ (Kubanische Luftfahrt) in Jamaika**
- 10. 7.1976 **Bombenanschlag auf die Vertretung der „Cubana de Aviación“ in Barbados**
- 23. 7.1976 **Versuch, den kubanischen Konsul in Merida zu entführen; ein Kubaner wird dabei getötet.**
- 9. 8.1976 **Zwei Mitarbeiter der kubanischen Botschaft in Argentinien werden entführt, seitdem hat man von ihnen keine Nachricht**
- 18. 8.1976 **Bombenanschlag auf das Büro der „Cubana de Aviación“ in Panama**
- 6.10.1976 **Anschlag auf ein Flugzeug der „Cubana de Aviación“, 73 Menschen werden getötet, die Maschine völlig zerstört**
- 7.11.1976 **Bombenanschlag auf das Büro der „Cubana de Aviación“ in Madrid: Erheblicher Sachschaden**

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Februar 1977)

Die im „das da“-Report demgegenüber aufgehäuften Materialien aber stellen eine Mischung aus längst veralteten Zahlen- und Personenangaben vom Anfang der 60er Jahre oder schlechte Fälschungen aus zweifelhaften Kanälen dar.

Sie sind geradeso obskur wie die Quellen, auf welche sich der „das da“-Report stützt: die schweizerische Zeitschrift „Akratie“ und der exilkubanische Kronzeuge Humberto Medrano. Dazu Horst-Eckardt Gross, stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba:

„das da“ entnahm seine Informationen der Schweizer Zeitschrift „Akratie“, die von „das da“ als „Anarchistenzeitung“ bezeichnet wird. . .

Die Information, die „das da“ aus Akratie übernahm, erhielt diese Zeitschrift von **Humberto Medrano**, dem in Miami lebenden Koordinator der exilkubanischen „Organisation zur Aufdeckung von Mißhandlungen an kubanischen politischen Gefangenen“, Wölfen der Schweinebucht im Schafspelz der Verteidigung der Menschenrechte . . . Offensichtlich hatte auch „das da“ Zweifel über die Zuverlässigkeit exilkubanischer Pamphlete. Aber glücklicherweise fand sich in „Akratie“ noch eine andere Quelle, die sich vorzüglich zitiieren läßt: ein Dokument einer „Interamerikanischen Kommission für Menschenrecht“ aus dem Jahre 1967. „das da“ zitiert nun ausführlich aus diesem Dokument und unterschreibt kommentierend die „Neutralität dieser Kommission“: „Das war die Situation von 1967, wie sie nicht etwa von Exilkubanern, sondern von einer offiziellen Kommission dargelegt wurde.“ Wie „offiziell“ diese Kommission ist und wie wenig sie mit Exilkubanern zu tun hat, ist lediglich den Lesern von „Akratie“ nicht verborgen geblieben: Dort wurde in Heft 3/1975 derselbe Text bereits veröffentlicht und zwar mit der Unterschrift ebendesselben Exilkubanners Humberto Medrano, der sich nun mit dem Titel eines Koordinators der „Amerikanischen Kommission für Menschenrechte“ schmückte. „das da“ hat hier wohl Etikettenschwindel betrieben: Die Verleumdungen des bekannten Exilkubanners Medrano sollen durch die Aussagen eines anonym bleibenden „offiziellen“ Medrano bewiesen werden . . .“

Die Kronzeugen: „Wölfe der Schweinebucht“

Nicht weniger durchsichtig ist die in diesem Etikettenschwindel angelegte politische Funktion, die die – mit linksdrapierten Sprüchen geschmückte – Propagierung von exilkubanischen und CIA-Greuel-Geschichten hierzulande erfüllen soll.

Zum einen ist diese Kampagne gegen die enorme Ausstrahlung, die die kubanische Revolution seit Beginn auf die übrigen lateinamerikanischen Länder, aber auch auf Westeuropa ausgeübt hat, gerichtet. Mangels konkreter Tatsachen und angesichts der unbestreitbaren Erfolge der kubanischen Revolution müssen Verleumdungen wie in „das da“ erhalten.

Zum anderen steigt angesichts der im Sommer 1978 in Kuba stattfindenden XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten auch in unserem Lande das Interesse der Jugend an der Entwicklung des Festivallandes Kuba. Entspannungsfeindliche Kräfte versuchen, dem mit einer antikubanischen Stimmungsmache von ähnlichem Kaliber wie schon im Falle eines angeblichen Revolutionsexportes Kubas nach Angola und dem südlichen Afrika entgegenzuwirken. „das da“ hat diese neue Kampagne stellvertretend eröffnet.

Schließlich ist die Gerüchteküche über den angeblichen „Terror auf der Zuckerinsel“ ein gegen die internationale Verurteilung des lateinamerikanischen Faschismus eingesetztes Gegengift. Mittels der Ausstreuung der Totalitarismuskonzeption soll der Blick der Weltöffentlichkeit von den Verbrechen der faschistischen Diktaturen Lateinamerikas, von ihren meuchlings gemordeten und verschleppten Opfern abgelenkt und gegen Kuba, das erste vom US-Neokolonialismus befreite Land des Kontinents, gekehrt werden.

Drei Gründe mehr, der CIA-Parole „Freiheit für Matos!“ die kalte Schulter zu zeigen.

J. Rodriguez

Motive des US-Annexionskurses (1. Teil)



Zweimal innerhalb von sieben Monaten haben die Massenmedien der kapitalistischen Länder über Ereignisse berichtet, die eine kleine karibische Kolonie der USA, Puerto Rico, betreffen. Im Juni 1976 kündigte US-Präsident Ford an, daß Puerto Rico als Ort für das wirtschaftliche Gipfeltreffen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder gewählt worden sei. Die Wahl Puerto Ricos zielte zum einen darauf ab, den Anhängern einer puertoricanischen Entkolonialisierung deutlich zu machen, daß die US-Regierung die Insel weiterhin als integralen Teil der USA betrachte. Zum anderen ging es Washington darum, die feste Unterstützung der entwickelten kapitalistischen Länder für den gegenwärtigen kolonialen Status zu sichern.

Einverleibung als 51. US-Bundesstaat?

Am 31. Dezember 1976 (genau 20 Tage vor der Amtseinführung des neuen Gouverneurs von Puerto Rico, Carlos Romero Barceló, der für eine Eingliederung eintritt) äußerte Ford gegenüber der Presse, daß er entschlossen sei, die zaghaften Veränderungen der US-puertoricanischen ad hoc-Kommission zurückzuweisen¹. Er halte stattdessen den Zeitpunkt für gekommen, Puerto Rico den USA als 51. Bundesstaat anzuschließen. Um diesen Prozeß einzuleiten, erklärte er seine Absicht, vor dem Ende seiner Amtsperiode im Kongreß eine Gesetzesvorlage einzubringen.

Daraufhin wurde sofort ein Eingliederungsgesetz vom Innenministerium entworfen und dem US-Kongreß am 14. Januar 1977 vorgelegt. Dieser Text sah die Gründung einer Kommission vor, die die Eingliederung vorbereiten sollte. Nach der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung sollte die Einverleibung als 51. Bundesstaat erfolgen. Der Kolonialgouverneur sah es jedoch als politisch ratsam an, vor der Verabschiedung des Gesetzes Vorkehrungen für ein erneutes Referendum über den Status der Insel, vor den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung, zu treffen.

Wie immer dieses Gesetz auch aussehen mag, die Forderung Fords nach einer Intensivierung der kolonialen Beziehungen markiert einen Wendepunkt in der Politik Washingtons gegenüber Puerto Rico, der ernste Auswirkungen für den natio-

nen Befreiungskampf zur Folge haben wird. Die Erklärung Fords stellt ein wohldurchdachtes Manöver dar, das im Zusammenhang mit jüngsten Entwicklungen sowohl inner- als auch außerhalb Puerto Ricos gesehen werden muß.

Wahlausgang: kein Ja zur Annexion

Die Neue Fortschrittspartei (NPP), die für Puerto Ricos Angliederung an die USA eintritt, trug bei den letzten Wahlen² einen beträchtlichen Sieg über die Demokratische Volkspartei (PDP) davon, welche eine Fortführung der gegenwärtigen kolonialen Beziehungen unter Berücksichtigung der wenigen, oberflächlichen Veränderungen des „Neuen Paktes“³ befürwortet. 1968 hatte die NPP schon einen Teilsieg errungen, der ihr die Kontrolle über das Gouverneursamt und die Gemeindeverwaltung von San Juan, der Hauptstadt, ermöglichte. Aber die PDP behielt weiterhin die Mehrheit in der kolonialen Verwaltung und den Gemeindeverwaltungen. Dieses Mal jedoch konnte die NPP die PDP in die Minderheit verweisen und gewann die Kontrolle über 40 von 78 Gemeinden. Diese Ergebnisse ermöglichten es Ford, seine Erklärung auf dem Hintergrund eines scheinbaren Wählerauftrages genau zwei Tage vor dem Zeitpunkt abzugeben, bevor die NPP, die offiziell der Republikanischen Partei der USA angegliedert ist, die koloniale Macht in San Juan ergriff⁴.

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Wahlergebnisse nicht bedeuten, eine Mehrheit der Bevölkerung unterstütze den Anschluß an die USA. Sowohl 1968 als auch 1976 war es die Strategie der NPP, ihre Forderung nach voller Angleichung herunterzuspielen und den Volksabstimmungscharakter regelmäßiger Wahlen abzulehnen. Stattdessen führte sie ihren Wahlkampf im Zeichen der Tagesaufgaben der kolonialen Verwaltung. Diese neue Strategie ist das Ergebnis der Erkenntnis der Annexionisten, daß ungeachtet einer 78 Jahre andauernden kolonialen Herrschaft und kulturellen Aggression die Mehrheit der Bevölkerung immer noch die volle politische und kulturelle Angleichung ablehnt. Tatsächlich konnten die offenen Bejaher einer Angliederung an die USA in der Volksabstimmung 1967 nur 38 % der Stimmen erreichen und Meinungsumfragen vor den Wahlen 1976 hatten eine mögliche Unterstützung hierfür von nurmehr 30 % ergeben. Also kann der jüngste Sieg der NPP nicht einfach als

Ergebnis des Wachstums proamerikanischer Gefühle unter der Bevölkerung gewertet werden. Vielmehr ist er Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit der aus der Krise des Kolonialismus herrührenden Situation. Diese wachsende Unzufriedenheit mit der kolonialen Lage hat sich zwar auf der Ebene des Wahlsystems lediglich darin ausgedrückt, daß die amtierenden kolonialen Regierungen 1968, 1972 und 1976 abgewählt wurden. Eine Reihe von Faktoren, zu denen man die koloniale Ideologie und die ständige Unterdrückung der Linken rechnen kann, vermochten die Sozialistische und die Unabhängigkeitspartei daran zu hindern, die weitverbreitete Unzufriedenheit vollständig in die offene Forderung nach nationaler Befreiung und Sozialismus umzusetzen. Dennoch ist ihre Unterstützung in den letzten Jahren beachtlich gewachsen und sie haben bei den letzten Wahlen zusammen 7 % erreicht.

Aus den angeführten Gründen spiegeln die Wahlergebnisse weder das wirkliche Ausmaß der Unterstützung für den Anschluß an die USA wider, noch legen sie Zeugnis dafür ab, daß im „Hinterhof“ der Imperialisten alles in Ordnung ist.

Was Ford und Carter unbeantwortet ließen

In Bezug auf Puerto Rico befriedigte Fords Schachzug die Wünsche der proimperialistischen Führung der NPP nach einem klaren Zeichen aus Washington, daß sie in den nächsten vier Jahren Puerto Rico in einer „Jetzt oder Nie“-Manier auf eine vollkommene Angliederung hin bewegen können. Für die neue, von der Demokratischen Partei gestellte US-Regierung sah sich Carter zu einer seichten Feststellung des puertoricanischen „Rechts auf Selbstbestimmung, wie auch immer ihre Entscheidung sein mag“, gezwungen. Angesichts der Tatsache, daß eine Pro-Eingliederungspartei in Puerto Rico an der Macht ist, klingt eine solche Erklärung ebenso unheilvoll wie Fords Erklärung⁴.

Die Wahlergebnisse lassen jedoch eine weitergehende Frage unbeantwortet: Warum wollen die USA gerade jetzt die kolonialen Beziehungen verändern und die kolonialen Verbindungen durch die Eingliederung stärken? Welches Interesse verfolgen die Vereinigten Staaten mit der vollen Eingliederung einer kleinen karibischen Insel mit einer ausgeprägten lateinamerikanischen kulturellen und historischen Tradition, einer Insel auf der es 30 % Arbeitslosigkeit, die tiefste ökonomische Krise seit 1930 und wo es nicht nur keinen Konsens über die Zustimmung zur Eingliederung, sondern auch eine militante Ablehnung der kolonialen Beziehung in Form zweier die Unabhängigkeit fordernder Parteien gibt?

„Verschiebungen“ in der UNO

Die von den Vereinigten Staaten 1952 eingeführten Veränderungen der kolonialen Beziehungen zu Puerto Rico waren nicht nur das Ergebnis inneren Drucks, der auf eine Veränderung zielte⁵, sondern auch Ergebnis des Nachkriegsprozesses der Entkolonialisierung.

Die USA konnten nicht offen eine traditionelle Kolonie kontrollieren, während sie international für die Abschaffung des „klassischen“ Kolonialismus eintrat. Mit der Errichtung des „Freien Assoziierten Staates von Puerto Rico“ konnten die USA international argumentieren, daß die Insel nicht länger eine Kolonie sei, da die Kolonialbevölkerung freiwillig in einen „Pakt“ (enthalten in der Verfassung Puerto Ricos) mit einer dominierenden Macht eingetreten sei. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der unbestrittenen Vorherrschaft der USA in den Vereinten Nationen genügte dies, eine „Einmischung“ internationaler Organisationen und die Anwendung der UN-Resolution 1514 (XV) von 1960 zu verhindern.

In den späten 60er und frühen 70er Jahren begann sich diese Situation parallel zu der Neubestimmung des internationalen Kräfteverhältnisses zu ändern. Die puertoricanische antiimperialistische Bewegung fand mehr Beachtung und größere aktive internationale Solidarität im Kampf für nationale Unabhängigkeit. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Vereinten Nationen wider, wo eine Debatte über den Fall Puerto Rico durch das Entkolonisierungskomitee verstärkt unterstützt wurde. Die US-Diplomatie sah sich daher in den letzten Jahren gezwungen, alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren, um das Stattfinden einer solchen Debatte auf der Ebene des Entkolonisierungsausschusses zu verhindern.

Heraufziehendes US-Debakel im Entkolonisierungskomitee

Obwohl die USA in der Lage waren, mehrere „Verschiebungen“ der Debatte im Ausschuß zu erreichen, haben zwei Ereignisse 1976 klargemacht, daß die Imperialisten mit dieser Strategie Gefahr laufen, nicht nur einer möglichen Niederlage im Entkolonisierungskomitee, sondern auch einer politisch schädlichen Diskussion des Problems in der UN-Vollversammlung entgegenzugehen:

Erstens hat die offiziell anerkannte Delegation der Sozialistischen Partei Puerto Ricos (PSP) auf der Konferenz der nicht-paktgebundenen Länder in Colombo bewirkt, daß eine kraftvolle und einstimmige Resolution für die Unabhängigkeit von dieser Organisation abgegeben wurde. Zweitens fürchteten die US-Diplomaten, als der Antrag für eine Debatte über Puerto Rico im Entkolonisierungskomitee gestellt wurde, sie könnten dieses Mal keine normale „Verschiebung“ erlangen⁶.

Wurde die Diskussion, zur großen Erleichterung der USA, wieder verschoben, so war diese „Verschiebung“ doch qualitativ verschieden von den vorangegangenen. Denn war sie durch eine große Anzahl von Stimmenthaltungen zustande gekommen und der Präsident des Komitees, Salim Salim (Tansania), äußerte bei der Verkündung des Beschlusses, daß das Komitee Puerto Ricos Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit unterstütze.

Der wachsende internationale Druck vor den Vereinten Nationen war ein wichtiger Beweggrund für Fords Entscheidung. Mit einer Eingliederung wäre Puerto Rico „formal“ keine koloniale Besitzung mehr, sondern ein „internes“ Problem der USA.

Anmerkungen:

- 1) Zu dieser Kommission vgl.: Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Nr. 11–12/1975.
- 2) Die Wahlen fanden parallel zu den Präsidentschafts-Wahlen in den USA im November 1976 statt.
- 3) Die Veränderungsvorschläge der US-puertoricanischen ad hoc-Kommission werden als „Neuer Vereinigungspakt“ bezeichnet.
- 4) Der größte Teil der liberalen US-Presse (z. B. die New York Times, die Washington Post und der Washington Star) hat in Leitartikeln die Erklärung Carters unterstützt und sie als ein Beispiel des Respekts vor der „Selbstbestimmung“ Puerto Ricos bezeichnet. Unter den gegenwärtigen kolonialen Bedingungen mag der Unterschied zwischen Fords und Carters Positionen nicht mehr sein als der zwischen einem „Gewaltmarsch“ und einem „langsamen Übergang“. Die gleichen internationalen und kolonialen Probleme, die Ford zum Handeln zwangen, werden auch während Carters Regierungszeit fortbestehen.
- 5) Er ging damals aus von der radikalen bewaffneten antiimperialistischen Opposition der Nationalistischen Partei und dem für Unabhängigkeit eintretenden Flügel der Volkspartei, der später die Unabhängigkeitspartei bildete.
- 6) Dies verursachte wütende Reaktionen etwa der New York Times, die Kuba und die Länder der Dritten Welt angriff, sowie Erklärungen von Ford und Kissinger, Puerto Rico sei ein internes Problem und die diplomatischen Beziehungen zu Kuba würden nicht wiederhergestellt, solange Havanna die Unabhängigkeit Puerto Ricos unterstütze. Eine Einladung des Kolonialgouverneurs zu einem Besuch der Insel durch das Entkolonisierungskomitee wurde vom US-Außenministerium unverzüglich untersagt.

In der letzten Oktoberwoche des Jahres 1976 tagte in Luanda das Zentralkomitee der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA). Neben der in vollem Wortlaut dokumentierten Erklärung wurden eine Anzahl weiterer relevanter Beschlüsse gefaßt, darunter ein Aktionsprogramm, das einen Katalog von unmittelbar anzugehenden Aufgaben im wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Bereich umfaßt, darunter den Ausbau des staatlichen Sektors der Wirtschaft und die strikte Kontrolle des Privatsektors, die Reorganisation der bewaffneten Streitkräfte und der nationalen Sicherheitsorgane, Umstrukturierungen der staatlichen Verwaltung wie der regionalen Gliederung (u. a. die Unterstellung der Propagandaarbeit und der Leitung der Volksmachtorgane unter die direkte Anleitung durch die MPLA statt unter das Informations- bzw. Innenministerium, die beide aufgelöst wurden), sowie die Organisation einer Avantgardepartei der Arbeiterklasse.

Namentlich in der Erklärung kommt zum Ausdruck, daß die MPLA die Lage Angolas illusionslos und realistisch analysiert, zugleich aber die eigenen Kräfte wie die internationale Solidarität (siehe Kommentar zum Verhältnis Angola-UdSSR) als zuverlässige Faktoren bei der Bewältigung der gewaltigen Probleme einschätzt.

Erklärung des Politbüros der MPLA Volksdemokratie als strategisches Ziel



Der 11. November 1975 markiert den Beginn eines neuen Stadiums im Kampf für die vollständige Unabhängigkeit des angolanischen Volkes. Nach mehreren Jahrhunderten des Widerstandes und 14 Jahren des bewaffneten Kampfes, der von der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) angeführt wurde, errang das angolanische Volk seine politische Unabhängigkeit – ein wichtiger Schritt vorwärts zur vollständigen Befreiung Angolas.

Die Unabhängigkeit schrittweise erweitern

Ein Jahr ist vergangen und wir gedenken des ersten Jahrestages eines Landes, eines Staates und einer Regierung, die endlich das Recht hat, eigene Gesetze zu erlassen, seine Geschichte selbst zu bestimmen und den Kampf für Volksdemokratie auf die Straße zum Sozialismus zu lenken. An Tagen wie diesen gedenken wir stets in Ehren unserer Helden, und wir finden in ihnen die Ermutigung, uns selbst resoluter dem Kampf zu widmen und gegen diejenigen zu kämpfen, die sich der Verwirklichung unserer Ziele widersetzen. Wir müssen die vergangenen Siege festigen und unbeirrt auf dem Wege fortschreiten, den wir gewählt haben; wir sind entschlossen, unsere Unabhängigkeit schrittweise zu erweitern, indem wir uns die Ökonomie, die Technik und die Wissenschaft zu Diensten machen, sie zu verstehen und zu kontrollieren lernen, um sie selbstständig in Angola anwenden zu können.

Wir müssen unsere kulturellen Werte wieder aufleben lassen und sie mit den wissenschaftlichen Kenntnissen, die wir erlangen haben, wieder bekräftigen, um so eine neue Kultur zu schaffen, die auf unseren eigenen Ursprüngen beruht, aber an die neue Gesellschaft, die wir aufzubauen versuchen, und an den neuen angolanischen Bürger, den wir schaffen wollen, angepaßt ist.

Nachdem wir den ersten und zweiten Befreiungskrieg gewonnen haben, stehen wir heute – nach wie vor unter der Führung der MPLA – vor der neuen Kampfaufgabe, den volksdemokratischen Staat aufzubauen. Erst wenn wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir in der Lage sein, den Sozialismus aufzubauen.

Aus diesem Grund sind die Gedenktage – der 11. November und der 10. Dezember – keine Karnevalstage. Sie sind vor allem Tage des Kampfes! Und in diesem Sinne müssen wir politisch von dem Gedenken an das erste Jahr der Unabhängigkeit und an den 20. Jahrestag der MPLA profitieren.

Wenn wir bei der Mobilisierung der Massen, insbesondere der Arbeiterklasse und der Bauern, erfolgreich sind, und diese Mobilisierung dazu nutzen, unsere Ziele zu erklären, werden wir dazu beitragen, ein kollektives Bewußtsein der Aufgaben eines jeden Einzelnen in dieser Phase des Kampfes zu wecken und wir werden einen qualitativen Schritt im revolutionären Prozeß machen.

Um die tatsächliche Bedeutung unserer historischen Vergangenheit zu zeigen, müssen wir die Gedenktage zu wirklichen Tagen des Kampfes machen, um einen neuen Abschnitt in der gegenwärtigen Phase einzuleiten, der die Stärkung unserer Unabhängigkeit auf wirtschaftlichem wie auf politisch-ideologischem Gebiet zum Inhalt hat, gemäß den Orientierungen der MPLA, wie sie vom Genossen Präsidenten Agostinho Neto verkündet wurden, und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, in enger Verbindung mit den politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten unseres Landes voranzuschreiten.

Im Mittelpunkt steht die Mobilisierungsarbeit

Freilich können diese Direktiven nur in die Tat umgesetzt werden, wenn die aktuellen Probleme breit debattiert werden, wenn unsere Ziele und die Wege, sie zu realisieren, vollstän-

dig und gründlich erklärt werden. Wenn wir die Massen mobilisieren und durch Diskussionen erreichen wollen, daß sie sich für die zu erfüllenden Aufgaben verantwortlich fühlen, um unsere sozialistische Zukunftsvorstellung allmählich Realität werden zu lassen, müssen wir genau wissen, wie wir unser strategisches Ziel, die Volksdemokratie, zu definieren haben, die erste Phase des Aufbaus des Sozialismus in Angola. Nur dann werden wir in der Lage sein, unseren Feind zu erkennen und die Hauptaufgaben in jeder Phase unseres Kampfes zu erfüllen.

Bei dem Ziel, unsere Mobilisierungsarbeit in den Fabriken, den ländlichen Gebieten, innerhalb der Armee, in den Schulen und in den „Bairros“¹ korrekt durchzuführen, müssen wir immer folgende Elemente berücksichtigen:

1. unser strategisches Ziel
2. unseren Feind und seine Aktionsformen
3. die allgemeine Situation des Landes
4. die verschiedenen Fronten dieser Offensive
5. konkrete Aufgaben, die ausgeführt werden müssen.

Unser Ziel: Volksdemokratie

Das Zentralkomitee hat durch den Genossen Präsidenten in der Unabhängigkeitserklärung unser strategisches Ziel genannt: **Volksdemokratie**. Als Kämpfer der MPLA ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben, dem Volk präzise und klar zu erklären, was Volksdemokratie ist. Nur dann wird es gegen Versuche der Mißdeutung des Inhalts unserer Ziele auf der ökonomischen und politischen Ebene widerstandsfähig. Auf der politischen Ebene ist unser Ziel, kurz gesagt, die revolutionärdemokratische Diktatur, die von allen revolutionären und antiimperialistischen Klassen über die inländischen und ausländischen reaktionären Kräfte ausgeübt wird. Deshalb muß der Staat sich auf die Arbeiter und Bauern, revolutionäre Intellektuelle und die progressiven Teile der Kleinbourgeoisie stützen.

Die Volksdemokratie basiert auf den Organen der Volksmacht; sie muß durch diese revolutionären Klassen geführt werden, allseitig durch die Massen kontrolliert und durch die wissenschaftliche Ideologie des Proletariats geleitet werden. Es ist von grundlegender Bedeutung, daß das Volk das Niveau



Arbeiterversammlung in Luanda

des politischen Bewußtseins und der Organisation hebt und durch die Praxis lernt, die Führung zu übernehmen. Die arbeitenden Massen müssen sich selbst in der UNTA², in den Organen der Volksmacht, in den Massenorganisationen, die von der MPLA geführt werden, organisieren; aber vor allem müssen die mutigsten und bewußtesten Arbeiter und Bauern in den Aktionsgruppen und -Komitees der MPLA organisiert werden. Auf diese Weise reflektiert **die politische Macht, die von den Organen der Volksmacht unter Führung der Bewegung ausgeübt wird**, unverfälscht die **Ideologie der Arbeiterklasse** und garantiert die Fortsetzung der Revolution bis zu ihrem endgültigen Ziel.

Die ersten Schritte der Volksmacht . . .

Während des ersten Jahres der Unabhängigkeit wurden bereits einige wichtige Schritte im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich unternommen. Gesetze zur Verstaatlichung verschiedener Firmen wurden erlassen, des weiteren zur Nationalisierung der Ausbildung und des Gesundheitswesens und zur Gewährleistung kostenloser Ausbildung und medizinischer Versorgung; die offizielle Anerkennung und Regelung der Volksmacht; die Kontrolle der Banken und des Grundbesitzes, sowie viele andere Maßnahmen.

Alles in allem: Wenn Ausbildung, Gesundheitswesen, Justiz, Wirtschaft und Finanzen tatsächlich dem angolanischen Volk dienen sollen, muß die politische Macht, in Form der Organe der Volksmacht, wirklich von der Arbeiter- und Bauernklasse ausgeübt werden, und es müssen Bedingungen dafür geschaffen werden, sie auf alle Teile unseres Landes auszuweiten.

Teile der Arbeiterklasse besitzen noch kein Klassenbewußtsein, sie sind unorganisiert und somit für die Manöver des Feindes anfällig. Das führt zu rein ökonomistischen Forderungen, zur Disziplinlosigkeit, zur unbewußten Kollaboration mit der ökonomischen Sabotage, die von den Reaktionären verübt wird, zur Verweisung des politischen Kampfes auf den zweiten Platz.

. . . und die Schwankungen der revolutionären sozialen Klassen

Dasselbe kann mit noch größerem Nachdruck von den anderen Klassen innerhalb der antiimperialistischen Front gesagt werden: Auf dem Lande existieren ernstzunehmende Strukturen, die auf dem Geist des Festhaltens am privaten Eigentum und auf den abergläubischen Vorstellungen beruhen, die immer noch bei großen Teilen der angolanischen Bauernschaft vorherrschen. Das macht den politischen Kampf der Mobilisierung und Hebung des Bewußtseins der **Bauern**, um den für die Weiterführung der Revolution notwendigen Kollektivgeist zu schaffen, schwierig.

In den städtischen Zentren neigt die **Kleinbourgeoisie**, Erbe und Verbreiter der falschen Vorstellungen, die der Kolonialismus eingeführt hat im allgemeinen – zusätzlich zu ihrem schwankenden Charakter – zu opportunistischen Praktiken, offenbar aus ihrem großen Ehrgeiz nach Prestige und auf der Jagd nach Führungspositionen.

Gleichwohl, da die Arbeiterklasse und ihre Ideologie, die auf der marxistisch-leninistischen Theorie basiert, die einzige ist, die unserem Prozeß eine klare politisch-ideologische Richtung geben und die anderen revolutionären sozialen Klassen führen kann, ist es diese Klasse, auf die wir unsere Aktivitäten mit größter Intensität richten müssen.

Wir müssen alle Fehler und kleinbürgerlichen Ideen unter den angolanischen Arbeitern bekämpfen und intensive politische Arbeit leisten, indem wir ideologische Kampagnen gegen kapitalistische Tendenzen organisieren.

Wir starten deshalb inmitten der antiimperialistischen Front



Landarbeiter einer verstaatlichten Kaffeeplantage

eine **ideologische Offensive**, um die Massen um die politische Linie der MPLA zu organisieren und zu disziplinieren, damit wir unser Ziel, die Schaffung eines wahrhaft demokratischen Staates für das ganze Volk und der Diktatur über die Ausbeuter, erreichen.

Erkämpfung der wirtschaftlichen Demokratie

Im ökonomischen Bereich.

Die Volksdemokratie hat einige charakteristische Züge, die wir verstehen müssen, da es nicht damit getan ist, sich auf den Siegen des 20jährigen Kampfes und des einen Jahres Unabhängigkeit auszuruhen. Um wirklich unabhängig zu sein, müssen wir eine wirtschaftliche Demokratie erkämpfen, die die politische Demokratie verstärken und uns endgültig zum Fortschritt voranbringen wird.

Wenn die Ausbeuter und die Bourgeoisie die Wirtschaft beherrschen, beherrschen sie die Politik. Das ist der Grund dafür, daß wir – über das, was bislang getan wurde hinaus – die Maßnahmen unserer Regierung zur Enteignung und Nationalisierung der großen Firmen, zur strikten Kontrolle der Monopole, zur Steigerung der Produktion und zum Kampf gegen jede Art von ökonomischer Sabotage unterstützen müssen.

Diese revolutionäre Wachsamkeit ist von wesentlicher Bedeutung, und wie der Genosse Präsident sagt: „Jeder Arbeiter, jeder Bauer muß arbeiten, jeder Mann und jede Frau muß die Arbeit als lebensnotwendig anerkennen, genauso wie Essen oder Atmen.“

Die **Staatsbetriebe**, die einen wirtschaftlichen Plan erfüllen, der im voraus entworfen wird, werden konsequenterweise das führende Element in der Wirtschaft des Landes sein. Das heißt nicht, daß das kapitalistische Privateigentum bereits

abgeschafft ist, noch bedeutet es, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktion mit einemmal beendet ist; im Gegenteil, den kleinen Eigentümern, kleinen Industriellen und kleinen Geschäftsleuten soll ein Anreiz zur Entwicklung der Produktivkräfte unseres Landes gegeben werden, mit der Einschränkung natürlich, daß das nicht für sehr große Unternehmen zutrifft, die schwer zu kontrollieren sind und in irgendeiner Weise der Wirtschaft der Volksrepublik Angola schaden.

Hauptaufmerksamkeit auf die ländlichen Gebiete

Angesichts des bereits heute von den großen kolonialen Eigentümern konfiszierten Landes ist es an der Zeit, das Prinzip „**das Land denen, die es bearbeiten**“ in die Tat umzusetzen; das Land an die Bauern zu verteilen, die keines oder nur sehr wenig haben.

Wir müssen **Produktions-Kooperativen** auf dem Land entwickeln, damit die Bauern in jeder Region die Arbeitsmittel gemeinschaftlich benutzen können (Produktionsmittel – Werkzeuge, Saatgut, Traktoren usw.), die vom Staat zur Verfügung gestellt oder gemeinsam gekauft und benutzt werden. In den Städten wie in den ländlichen Gebieten muß auch die Bildung von Konsumgenossenschaften weitergeführt werden, die Arbeiter aus verschiedenen Berufen zusammenfassen, die einen festgesetzten Betrag einzahlen und dafür in den Genuß der von unserer Regierung festgelegten Maßnahmen kommen und die wichtigsten Güter zu angemessenen Preisen erhalten können.

Was die **Industrie** betrifft, so muß in Anbetracht der objektiven Bedingungen unseres Landes die Leichtindustrie entwickelt werden, um die Landwirtschaft zu beliefern, unter hauptsächlichlicher Verwendung inländischer Ressourcen. Die Ent-

wicklung der Wirtschaft muß mit der Entwicklung der Volksmacht, oder der Volksdemokratie, verknüpft werden, und wir müssen uns darauf vorbereiten, auf unseren eigenen Füßen vorwärts zu kommen.

Wir müssen auch Bedingungen für die Entwicklung der Schwerindustrie schaffen, die entscheidend für unseren Fortschritt sein wird. Obwohl wir auf ökonomische Hilfe von außen angewiesen sind, werden wir uns vor allem auf unsere eigene Stärke verlassen, um wirklich unabhängig zu sein.

In der Zwischenzeit müssen wir unsere Hauptaufmerksamkeit auf die ländlichen Gebiete lenken, weil wir hoffen, von dorthin das für die Entwicklung der Industrie notwendige Kapital zu erwirtschaften. Aber das muß ohne große Opfer für die Masse der Bauern geschehen.

Da der größte Teil unserer Bevölkerung in den ländlichen Gebieten wohnt, die durch den Krieg am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden sind, müssen wir unsere Hauptanstrengungen dorthin richten, um die Lebensbedingungen der Massen zu verbessern, Landwirtschaft und Fischereiwesen zu entwickeln und unsere Bodenschätze besser zu nutzen.

Die Industrie als entscheidender Faktor

„Die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als den entscheidenden Faktor (zu) betrachten“, wie es in der Unabhängigkeitserklärung der Volksrepublik Angola heißt, bedeutet genau, die industrielle Entwicklung voranzutreiben, um unsere natürlichen Ressourcen zu verarbeiten, und so unsere Exporte zu diversifizieren und ihren Wert zu steigern.

Also beginnen wir eine **Offensive an der Front der Produktion**, indem wir für die Politik und die Ökonomie der Volksdemokratie mobilisieren, sie tief verinnerlichen, die ideologische Einheit schaffen, die notwendig ist, um den Imperialismus und Kapitalismus vollends zu vertreiben.

Aber dieser Kampf wird nicht einfach sein. Wir können nur durch breite Mobilisierung der Massen, nur wenn wir ihnen systematisch die Ziele jeder Phase des Kampfes für die Volksdemokratie erklären, erfolgreich sein. Während der zwanzigjährigen Erfahrung der MPLA und besonders nach den Erfahrungen dieses einen Jahres der Unabhängigkeit wissen wir, daß der Imperialismus wie die inländischen und ausländischen Kräfte der Reaktion nicht ruhig bleiben werden; sie werden ihre Versuche, den revolutionären Prozeß zu untergraben, weiter fortsetzen. Nichtsdestoweniger, vereint und organisiert um die MPLA – unsere revolutionäre Avantgarde – werden wir den Kampf für eine bessere, würdigere Zukunft aufnehmen und die Revolution zu ihrer äußersten Konsequenz vortreiben. Aber um das tun zu können, müssen wir unseren Feind sehr gut kennen, seine Manöver aufspüren und vor seinen taktischen Zügen auf der Hut sein.

Unser Feind und seine Aktionsformen

Unser Hauptfeind ist immer noch **der internationale Imperialismus**, der während er seine Strategie zur Bildung eines neokolonialistischen Afrika verfolgt, versuchte, uns mit Gewalt aufzuhalten, indem er die inländischen reaktionären Kräfte (FNLA, UNITA, FLEC) und die faschistischen Armeen von Zaire und Südafrika zusammen mit einem Korps von Söldnern aller Nationen benutzte.

Da der Imperialismus in den beiden nationalen Befreiungskriegen auf politischem und militärischem Gebiet eine schwere Niederlage hinnehmen mußte, sah er sich in dem Versuch, seine unvermeidliche Vernichtung hinauszuzögern, gezwungen, seine Aktionsformen zu modifizieren. Da es ihm unmöglich war, in Angola eine neokolonialistische Regime zu errichten, um die Interessen der internationalen Bourgeoisie zu bewahren, versucht der Imperialismus jetzt, die Revolution

zu sabotieren und unseren Kampf seines Gehaltes zu berauben.

Die imperialistischen Aktionen können kurz anhand der folgenden Punkte charakterisiert werden:

a) Der Versuch, seine Privilegien in Südafrika zu bewahren, indem pseudo-unabhängige Länder geschaffen werden mit Regierungen, die von ihnen manipuliert sind, damit der Fortschritt in Angola und Moçambique erschwert und der Vormarsch der fortschrittlichen Kräfte in diesem Gebiet aufgehalten wird. So sehen wir den imperialistischen Versuch, die Wachsamkeit von Angola und Moçambique und der nationalistischen Bewegungen Zimbabwes, Namibias und Südafrikas zu täuschen und neokolonialistische Lösungen in diesem Teil unseres Kontinents zu erzwingen.

Die Flut der Verleumdungen ist nicht versiegt

b) Die tägliche Entwicklung einer Propagandakampagne mit dem Ziel, die MPLA, die Regierung und den Präsidenten der Volksrepublik Angola mit falschen und absurden Anschuldigungen zu diskreditieren, um somit die Unterstützung und den Respekt der Welt für unser Land zu zerstören. Die kapitalistischen Kräfte versuchen, der internationalen öffentlichen Meinung einzureden, die MPLA besäße keine Unterstützung im Volk und versuchen die Anwesenheit von Sowjets und Kubanern in Angola, die unsere Alliierten im Kampf gegen den gemeinsamen Feind sind, für sich auszunutzen.

c) Obwohl er zweimal militärisch besiegt wurde, führt der Imperialismus immer noch Krieg gegen uns, indem er unsere Grenzen weiterhin verletzt, Marionettenbasen der FNLA-UNITA-FLEC bildet, sie ausbildet und ihnen Ausrüstung und Kriegsmaterial gibt, und immer noch Söldner rekrutiert.

d) Indem er jede Schwäche ausnutzt, die wir noch immer haben, und Agenten einsetzt, um unsere Reihen zu infiltrieren, versucht der Imperialismus uns auseinanderzudividieren, Disziplinlosigkeit und ideologische Verwirrung zu stiften, rassistische und tribalistische Hetze zu treiben mit dem schließlichen Zweck, unsere Ziele zu bekämpfen. Auf der anderen Seite macht er sich solche Leute zunutze, die die Maske des revolutionären Freundes tragen, während sie alles herauszufinden suchen, was in unserem Land und in unserer Bewegung vorgeht, um uns dann besser bekämpfen zu können.

Der Krieg dauert an

Indem er sich die Rückkehr der Flüchtlinge aus Zaire und Sambia zunutze macht, hat der Imperialismus einen neuen Weg gefunden, uns anzugreifen, indem er unter ihnen viele Agenten einschleust, die, nachdem sie in Angola angekommen sind, an Sabotageaktionen, Verminung von Straßen, Vernichtung von Ausrüstungen und der Verbreitung von Lügen teilnehmen, um unser Volk zu spalten und die MPLA zu diskreditieren.

In dem Kampf, den wir gegen den Imperialismus führen, und in dem wir auf die internationalistische Solidarität der sozialistischen Länder und der fortschrittlichen afrikanischen Länder zählen, werden wir die Unterstützung des Kampfes der Völker von Zimbabwe, Namibia und Südafrika fortsetzen.

Im Inland müssen wir eine allgemeine Offensive innerhalb der Armee starten, um ihre Organisation und ihre militärische Schlagkraft zu verbessern; ihr politisch-ideologisches Niveau zu heben, ihre Disziplin zu verbessern und die Einheit zwischen FAPLA und dem Volk zu festigen – sämtlich wesentliche Faktoren, für die Verteidigung unseres revolutionären Prozesses.

Es ist ebenso notwendig, gegenüber denen Wachsamkeit zu üben, die von der politischen Linie der MPLA abweichen in

Fortsetzung auf S. 31

LATEINAMERIKA: FASCHISMUS UND WIDERSTAND (1. TEIL)

Vorbemerkung

Der sich in den 70er Jahren in Lateinamerika ausbreitende Faschisierungsprozeß, der mit der blutigen Niederwerfung der Volkseinheitsbewegungen in Chile und Uruguay 1973 einen vorläufigen Höhepunkt erfuhr und 1976 auch auf Argentinien übergegriffen hat, wirft eine Vielzahl neuer, bislang nur unzulänglich beantworteter Fragen auf. Sie reichen von Problemen der inneren ökonomisch-sozialen Grundlagen des Faschisierungsprozesses bis hin zur Rolle des Imperialismus, von Problemen der Neuartigkeit der Kampfbedingungen der Widerstandsbewegung bis hin zu Fragen der Faschismusdefinition.

Vielfach umstritten selbst in Kreisen der Linken ist die Frage, ob der Begriff „Faschismus“ überhaupt auf die diktatorischen Regimes in Lateinamerika angewendet werden kann, wobei Merkmale wie Unterentwicklung, Schwäche der Bourgeoisie oder das Fehlen von faschistischen Massenparteien als gegenläufig angeführt werden. Schon hier wird klar, daß es des historischen Rückgriffs auf die Definition des „klassischen“ Faschismus ebenso bedarf wie der Diskussion der auf den ersten Blick tatsächlich markanten Unterschiede zwischen deutschem und italienischem Faschismus der Periode vor 1945 einerseits und den heutigen Diktaturen Lateinamerikas andererseits. Was läßt sich in diesem Zusammenhang vorab an spezifischen Charakterzügen dieser Diktaturen festhalten?

Zunächst ist eine durchgängige Machtübernahme durch reaktionäre Militärputsche, also ohne parlamentarische Übergangsschritte (wie einst in Deutschland/Italien), und die hierauf fußende Etablierung eines militärfaschistischen Staatsapparates auffällig, welcher an die Stelle der bürgerlich-parlamentarischen Institutionen tritt und als Hauptinstrument der Diktatur dient. Diese Machtausübung über die Streitkräfte geschieht, ohne daß der Aufbau einer faschistischen Massenpartei alten Stils vorausgegangen oder gefolgt wäre. Zweitens wirft die Kette der Faschisierungsereignisse des letzten Jahrzehnts ebenso wie die beherrschende Position der internationalen Konzerne in Lateinamerika ein Schlaglicht auf die treibende Rolle des Imperialismus, speziell der USA, bei der Errichtung und versuchten Stabilisierung dieser auf Abhängigkeit gegründeten Regimes. Abhängige faschistische Regimes sind freilich nichts völlig neues; es gab sie z. B. in Bulgarien unter vergleichbar unterentwickelten Bedingungen. Zum dritten legte der seit Anfang der 60er Jahre in Gang gesetzte kontinentale Industrialisierungsprozeß wie das ihn begleitende Erstarken einer Großbourgeoisie ein höheres sozialökonomisches Fundament des Kapitalismus, was die heutigen diktatorischen Regimes von den für die 50er/60er Jahre typischen Tyrannen wie in Paraguay oder Haiti von Grund auf unterscheiden dürfte. So sehr wiederum die Staatsformen und der Grad der kapitalistischen Entwicklung in einzelnen Ländern heute differieren mögen, so scheinen ihnen allen doch entscheidende Momente gemein, die ihre Bezeichnung als „faschistisch“ nahelegen: das Moment der unmittelbaren, terroristischen Herrschaft der aus- und inländischen Großbourgeoisie sowie ihr gezielter Einsatz zur Niederwerfung progressiver Regimes oder aufstrebender Arbeiter- und Volksbewegungen. Von daher erscheint die Etablierung sogearter Militärdiktaturen in der Tat wie die letzte Trumpfkarte von Imperialismus und einheimischen Finanz-



oligarchien, wie es Beispiele à la Brasilien (1964), Bolivien (1971) oder Chile (1973) vorführten.

Einer Überprüfung und Abklärung dieser Eindrücke und Auffassungen sowie einer Reihe weiterer Fragen näher zu kommen, ist nicht nur für einen erfolgreichen Kampf in Lateinamerika unabdingbar, sondern gleichsam für eine breitere Entfaltung von Solidaritätsaktivitäten hierzulande für die vom Faschismus unterdrückten Völker. Hierfür grundlegende Materialien vorzustellen sowie zur Diskussion über den lateinamerikanischen Faschisierungsprozeß beizutragen, das sind die eigentlichen Anliegen der in diesem Heft eröffneten AIB-Sonderhefte „Lateinamerika: Faschismus und Widerstand“.

Die aktive Mitarbeit lateinamerikanischer Experten sowie die Auswertung internationaler Veranstaltungen bzw. Seminare der letzten Monate, die in Mexiko-Stadt, Berlin, Basel und Nürnberg stattfanden, haben in unsere Konzeption Eingang gefunden. Im wesentlichen schälten sich dabei drei thematische Komplexe heraus, nämlich die Untersuchung

- der inneren und äußeren ökonomisch-sozialen Wurzeln und Antriebskräfte des kontinentalen Faschisierungsprozesses,
- der Herrschaftssysteme in verschiedenen Ländern wie der politisch-ideologischen und wirtschaftlichen Konzeptionen der jeweiligen Regimes,
- der strategischen Orientierung und ganzen Breite der antifaschistischen Widerstandsbewegung.

Diese Komplexe geben auch das Gerüst ab für die Aufgliederung unserer mehrteiligen AIB-Serie.

Rodney Arismendi

Die Eigenheiten des lateinamerikanischen Faschismus



Rodney Arismendi, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Uruguays und seit 1947 Parlamentsabgeordneter, wurde nach der Errichtung der Bordaberry-Diktatur (im Juni 1973) selbst Opfer des Faschismus und gemeinsam mit führenden Vertretern der Frente Amplio (Breite Front) eingekerkert. Internationaler Druck und die Furcht der Machthaber, Rodney Arismendi könnte den angekündigten Militärgerichtsprozeß in ein Anklageforum gegen die Diktatur verwandeln, bewogen sie im Frühjahr 1975 zu seiner Freilassung.

Nun hat Rodney Arismendi, Autor einer Vielzahl von grundlegenden Schriften zur lateinamerikanischen Revolution, eine erste Einschätzung zum Faschisierungsprozeß der 70er Jahre in Lateinamerika, zu seinen Ursachen, Merkmalen und Konsequenzen für die antiimperialistische Bewegung vorgelegt. Die Analyse R. Arismendis erscheint gleichzeitig in mehreren Ländern, darunter in Ungarn und Mexiko.

Das Jahr 1973 wird nicht mehr aus dem Gedächtnis des Lateinamerikaners verschwinden. Es wird in die Geschichte eingehen als ein Jahr der Trauerkleidung und der Klagehöre, die wie in der antiken Tragödie entsetzt das Unglück eines Volkes berichten. Zerschlagen wurde die revolutionärdemokratische Republik Chiles, die den Sozialismus auf einem Weg erreichen wollte, der dem Vaterland die Feuerprobe eines Bürgerkrieges ersparen sollte. Der Putsch vom Juni 1973 in Uruguay¹ war das Vorspiel des chilenischen Dramas.

Nach seiner Niederlage in Vietnam ist der in eine Krise seiner globalen Kriegs- und Konterrevolutionsstrategie geratene und mit einer Welt, in der sich das Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten des Sozialismus, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens verschiebt, konfrontierte US-Imperialismus zu einer grausamen Gegenoffensive im Süden Amerikas übergegangen. Er versetzt der lateinamerikanischen Revolution und, allgemein gesagt, der gesamten demokratischen und Unabhängigkeitsbewegung schwere

Schläge. Faschistische oder zum Faschismus neigende Regimes, die aus Militärputschen hervorgingen, haben wichtige geographische und politische Positionen erobert. Zehntausende von Gefangenen, Gefolterten und Ermordeten, Bücherverbrennungen, die Aufhebung sämtlicher Rechte und Freiheiten – das ist die „neue Ordnung“, die die CIA und das Pentagon² für unseren Kontinent inspiriert oder hergestellt haben.

Die von Bankiers, Diplomaten, Militärs, CIA-Agenten, Terroristen und „Killern“ zum Zweck der Kreuzigung des chilenischen Volkes ausgespielten Karten, liegen heute aufgedeckt. Von der „Destabilisierung“, dem Blockadeversuch gegen Chile und der Bestechung führender Persönlichkeiten bis zur Anwesenheit der Flotte der Vereinigten Staaten vor Valparaíso am Tage des Putsches (dem 11. September 1973, d. Red.) und von US-amerikanischen Piloten bei der Bombardierung der Moneda. In den Vereinigten Staaten verbuchen heute der Kongreß und die Presse weiterhin die vom ITT-Konzern oder der Regierung investierten Dollars, während sie gleichzeitig ausführlich darüber berichten, wie oft sich der Nationale Sicherheitsrat mit Herrn Kissinger als Präsidenten versammelt hat, um die Enthauptung der Demokratie in Chile zu vollenden.

Hingegen wird weniger von der kontinentalen Bedeutung eines angewandten Planes gesprochen und davon, daß man gleichzeitig beschloß, den Staatsstreich in Uruguay zu beschleunigen und aus der Konferenz der Interamerikanischen Streitkräfte, die 1973 in Caracas zusammentrat, ein Instrument der Aktion auf dem ganzen sogenannten „Südkegel“ zu machen. Darin eingeschlossen waren spätere Drohungen gegen Peru, Ekuador, Venezuela und Guayana. Freilich sah 1973 und in den drei darauffolgenden Jahren nicht alles so schwarz aus. Das nicht nur, weil gleichzeitig in anderen Teilen Lateinamerikas und der Karibik die Revolution weiterging, Kuba in seiner Rolle gefestigt wurde und in mehreren Ländern sich neue Formen des Widerstandes gegen den Imperialismus herausbildeten, sondern auch weil in Chile, Uruguay, Bolivien, Brasilien und anderen vom faschistischen Terror gezeißelten Ländern der Kampf um die Freiheit weiterging; und dies trotz der vielen Todesopfer, der systematischen Folter, die Dantes Hölle verblässen läßt und der Konzentration des ganzen Militär- und Polizeiparates auf die vorrangige Aufgabe, das Gespenst der Demokratie zu verjagen und die Führer der Revolution physisch zu vernichten.

I. Gegenoffensive des Yankee-Imperialismus und des Faschismus

In einer Ende 1972 verfaßten Schrift sagten wir: „Wir glauben objektiv zu sein, wenn wir denken, daß die 70er Jahre für Iberoamerika eine Zeit der Beschleunigung der Gesamtheit des revolutionären Prozesses sein werden.“ Und wir fügten hinzu, gegen jeden Illusionismus über ein einfaches und friedvolles Geschehen gewandt: „Es wäre Leichtsinns zu vergessen, daß wir einen schwierigen, widersprüchlichen, sehr

harten und oftmals blutigen Weg gegangen sind. Und daß, im allgemeinen, dieser Zug der dominierende bleiben wird.“ Die Gültigkeit der ersten Einschätzung muß überdacht werden, um sie in das sehr viel negativere Kräfteverhältnis, das auf dem Kontinent entstanden ist, einzuordnen. Das kann aber nicht ihre uneingeschränkte Verneinung bedeuten. Die tiefgehenden ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse, welche die seit mehr als zwei Jahrzehnten währenden kritischen Erschütterungen unseres Amerika verursachen, sind trotz der Niederlagen immer noch gegenwärtig und begründen letztlich die Grundtendenz der Entwicklung. Es sind sie, die wiederholt die Probleme der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit, der Demokratie, des sozialen Fortschritts und des Sozialismus auf die Tagesordnung bringen. Der kubanische Sieg, der den Verlauf des Kampfes qualitativ veränderte und den Sozialismus in die Hemisphäre brachte, war ebensowenig zufällig wie der chilenische Triumph, ungeachtet der späteren Niederlage. Er war ebensowenig zufällig wie andere aktuelle Vorfälle, etwa die von Peru oder die antiimperialistischen Forderungen Panamas oder die Fortschritte in Guayana, Jamaika und anderen Länder der Karibik; oder wie die Widerstandshaltung der versöhnlerischen oder national-reformistischen Großbourgeoisie in Venezuela, Mexiko und einigen anderen Ländern gegen die imperialistischen Regierungen oder die nationalistischen Haltungen Ekuadors und Honduras.

Die Krise des Panamerikanismus

Dieses Bild spiegelt, in einem sehr breiten Spektrum, die tiefen unterschwelligsten Tendenzen in unseren Gesellschaften wider. Sie drücken sich aus in konkreten Geschehnissen von nationaler und internationaler Bedeutung. In Maßnahmen zur Rettung der natürlichen Reichtümer oder der größeren Selbständigkeit der Außenpolitik, in der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Kuba, in lateinamerikanischen Organisationen wie der SELA³ u. a., die dem Panamerikanismus entgegengesetzt sind, in besseren Beziehungen mit sozialistischen Ländern, in größerer Verknüpfung mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen oder in der Mitarbeit in internationalen Zusammenschlüssen zur Verteidigung der Rohstoffpreise usw..

Es ist bezeichnend, daß Kuba trotz der Provokationen und Drohungen seitens des nordamerikanischen Imperialismus in seiner doppelten Rolle als Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft und als Gruppierungsfaktor der Länder Lateinamerikas, die zu einer größeren politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung neigen, immer mehr an Gewicht gewinnt. Zusammengenommen bedingen und kennzeichnen diese Erscheinungen die Krise der Lateinamerikapolitik des US-Imperialismus. Diese Krise zeigt sich deutlich als Riß in der juristischen, politischen und militärischen Aufbau-

struktur des Panamerikanismus, insbesondere der OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) und des IDB (Interamerikanischer Verteidigungsrat). Das ändert allerdings nichts daran, daß die Konferenzen der amerikanischen Armeen weiterhin gefährliche, übernationale Werkzeuge des Pentagon und seiner Verschwörungen sind.

OAS-Wiederbelebungsversuch in Santiago de Chile

Die kürzliche Versammlung der OAS verdient besondere Aufmerksamkeit. Sie wurde auf Betreiben Washingtons in Santiago de Chile durchgeführt, um damit Pinochet und seinen faschistischen Verbündeten aus dem Süden den Rücken zu stärken und gleichzeitig die alte Kupplerin neu zu beleben.

Sie wurde jedoch zu einem vollkommenen Mißerfolg, zu einem Röntgenbild des zerrissenen Panamerikanismus. Bezeichnend waren die Abwesenheit Mexikos und die von verschiedenen Delegationen erhobene Anklage gegen den chilenischen Faschismus. Auch der Plan, eine antikubanische Provokation unter dem Vorwand des angolanischen Sieges zu inszenieren, scheiterte. Nur das Gestammel von Minister Blanco, dem Sprachrohr der faschistischen Diktatur in Uruguay, erinnerte die Nostalgiker an die guten, alten Zeiten, in denen mit Trommelwirbel die „Kriegserklärungen an den internationalen Marxismus“ angenommen wurden. Blanco forderte die Verurteilung der internationalen Entspannung und der friedlichen Koexistenz, die er als Fallen des Kommunismus und der Sowjetunion bezeichnete. Da er sich auf dem gleichen geistigen Niveau bewegte wie das jüngste Gezeter der Faschistenführer aus Uruguay, Chile, Paraguay und anderen Ländern, wurde er sowohl körperlich als auch überlegungsmäßig von einem anderen Gast begleitet, Vorster aus Südafrika. Indessen war für diese Brote der Ofen nicht geeignet. Darauf hatte in gewisser Weise schon Kissinger selbst mit bitterer Ironie hingewiesen.

Diese Feststellungen erlauben aber nicht, von einem fortschreitenden Verfall der Abhängigkeit vom nordamerikanischen Unterdrücker zu träumen. Ebensowenig kann man erwarten, daß sich der Unabhängigkeitsprozeß automatisch entwickelt, während sich die Imperialisten in die Defensive gezwungen sähen, sich selbst freiwillig Grenzen setzten und der Selbstbestimmung der lateinamerikanischen Staaten einen größeren Raum gewähren würden. Die letzten Drohungen an Kuba, der Druck, der auf Peru und Panama ausgeübt wird, die ominösen brasilianischen Truppenverschiebungen an der Grenze zu Guayana, begleitet von provokatorischen Aussagen des State Department (Außenministeriums, d. Red.) vor dem US-Kongreß, der in Jamaika entfesselte klassische Yankee-Terrorismus, die Verschwörung zur Ermordung des Präsidenten von Kostarika u. a. m. entblößen die wahren Absichten der US-Regierung bis auf die Knochen.



US-Verschwörungszentrale in Washington: das Pentagon

Die „Sicherheitsangelegenheiten“ Washingtons

Außer diesen Tatsachen – den hartnäckigen Tatsachen, wie Lenin zu sagen pflegte – lohnt es sich, an die jüngsten Erklärungen von William L. Luers, US-Unterstaatssekretär für Lateinamerikanische Angelegenheiten – zu erinnern⁴. Sie wären einen eingehenderen Kommentar wert. Hier wollen wir nur festhalten, daß sie eine offene Einmischung in souveräne Maßnahmen verschiedener lateinamerikanischer Staaten bedeuten. Als These erklärt Luers bestimmte Einflüsse auf die innenpolitische und außenpolitische Haltung einiger Länder wie z. B. Peru für annehmbar, und macht diese Annehmbarkeit davon abhängig, was die USA in einem gegebenen Moment als „Sicherheit der Hemisphäre“ einschätzen. Gleichzeitig bestätigt er die Charta der OAS für die Fälle des „bewaffneten Angriffs eines amerikanischen Landes“ und der Intervention – nach Beratungen – im mehr als dehnbaren Fall des „unbewaffneten Angriffs“. W. Rogers – Vorgänger Luers und Mitglied des Kabinetts (unter Präsident Ford, d. Red.) – lobt seinerseits die Resultate der OAS in Santiago und erklärt: „Wir haben die Probleme von gestern, die Sicherheitsangelegenheiten überwunden, und treten jetzt in eine neue Ära ein“. Damit meint er die „wirtschaftliche Zusammenarbeit“.

Wer Ohren hat, der höre! Nachdem einige fortschrittliche, antiimperialistische Regierungen gestürzt wurden und sich der Faschismus in einigen Ländern etabliert hat, halten die Regierenden der USA das sogenannte kontinentale Sicherheitsproblem für im Grundsatz gelöst. Unter dem Vorbehalt, weiterhin, sobald sie dies für notwendig erachten, Druck ausüben und gegen nichtfaschistische demokratische, nationalistische, national-reformistische usw. Regierungen zu konspirieren, um sie so in Übereinstimmung mit der kontinentalen und globalen Strategie der USA wieder „auf Linie“ zu bringen oder sie zu stürzen.

Die Yankee-Maske des Faschismus

Die USA versuchen, ihr Image aufzubessern, das vor der Menschheit im Lichte der Lateinamerikapolitik als Maske des Faschismus und der dreisten Raubgier erscheint. Das Auftreten Kissingers in Santiago und die von Luers und Rogers referierten Äußerungen zielen gleichzeitig auf eine Konsolidierung der Ergebnisse der Gegenoffensive und auf eine Ausdehnung der sozialen und politischen Grundlagen ihrer Vorherrschaft ab. D. h. sie versuchen, den Wirkungs-

kreis für ihre politischen Manöver, der ihnen zu sehr geschrumpft ist, auszuweiten.

Jedenfalls werden sie nicht aufhören, die faschistischen Regimes zu unterstützen, wiewohl sie die eine oder andere Persönlichkeit austauschen mögen. Das **Idealprojekt** bleibt für sie **das in Brasilien etablierte „Modell“**, dem je nach Landschaft noch einige Pinselstriche und Farbtupfer hinzugefügt werden müßten. Es ist die Voraussetzung für die von Rogers verkündeten Erklärung: „Wir haben die Probleme von gestern, die Sicherheitsangelegenheiten, überwunden“. Es wäre dumm, zu erwarten, daß sich die OAS freiwillig ins Grab legen wird; Luers erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß sie weiterhin als bindender Vertrag existiert, für den Fall von „bewaffneten“ oder „unbewaffneten“ Angriffen auf die „kontinentale Sicherheit“. Man erinnere sich an Santo Domingo und so viele andere Geschehnisse dieser „Sicherheit“, bis hin zu Santiago de Chile. Und es wäre noch dümmere, darauf warten zu wollen, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten dazu durchringt, ihre zukünftigen Beziehungen zu den anderen amerikanischen Staaten nach dem Prinzip der Fairness neuzugestalten.

Das Modell Brasilien steht auf tönernen Füßen

Trotzdem muß man in solchen Manövern auch einen Widerchein der Unzulänglichkeit dieser Politik sehen, die gezwungen ist, hauptsächlich auf den Faschismus zu setzen und die heute feststellen muß, daß es diesen Regimes in keinem Land gelungen ist, eine Massenbasis aufzubauen. Im Gegenteil, sie rufen den Widerspruch breiter Schichten, einschließlich der Großbourgeoisie, gegen sich selbst und ihre Yankee-Unternehmensleiter hervor und bewirken gleichzeitig die Besorgnis der nicht faschistischen Regierungen und die empörte Anklage der Weltöffentlichkeit. Sogar das Modell selbst, die faschistische Militärregierung in Brasilien, kann nicht länger verbergen, daß es auf tönernen Füßen steht, die langsam zu bröckeln beginnen.

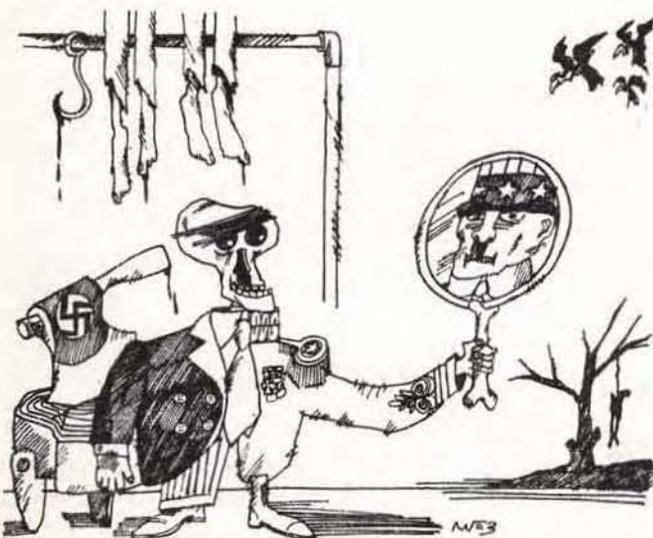
Und auf allen Breitengraden schreitet die Welt in den 70er Jahren einer Wirklichkeit von Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus entgegen, frei von Faschismus.

Die Regierenden in den Vereinigten Staaten, mit dem Wandergesellen Kissinger an der Spitze, sahen sich genötigt zu manövrieren – und sei es nur auf dem Gebiet der Beredsamkeit und des Geschnatters. Nach dem berühmten Wahlspruch Gatopardos: Etwas ändern, damit alles gleich bleibt. Es ist eine mit Stockschlägen erzwungene Würdigung der großen und heldenhaften Geschichte der lateinamerikanischen und karibischen Völker.

Der aufmerksame Beobachter wird feststellen, daß die lateinamerikanische Revolution trotz alledem ihren schwierigen Marsch fortsetzt. Von Wunden bedeckt, stillt sie das Blut, lernt sie aus den Niederlagen und begreift die unabdingbare Notwendigkeit, noch größere Kreise der Kräfte, die gegen den Faschismus kämpfen und dem Imperialismus widerstehen, zu vereinigen. Sie versteht, daß die Revolution die wichtigste Strömung, nicht aber der ganze **Strom des Widerstandes gegen Faschismus und Imperialismus** ist. Denn jener Strom besteht aus vielfältigen Strömungen und Richtungen, die alle zur Unabhängigkeit und Freiheit streben. Wie die enormen Wassermassen, die typisch für unsere Landschaft sind, so drängen auch sie nach vorne, auf der Suche nach Angriffspunkten, Flanken und Stellen, wo die augenblicklichen Barrieren überwunden werden können.

Natürlich ist dieses enorme Potential heute nicht mehr im Untergrund und unsichtbar, wie es – laut Albert Mathiez, dem großen Geschichtsschreiber der französischen Revolution – kurz vor den grossen und radikalen Änderungen zu sein pflegt.

Auf verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Formen und



Entwicklungsstadien, geht der aktive Kampf der Völker Lateinamerikas weiter, **an erster Stelle der Kampf der Arbeiterklasse**. Mit fast 40 Mio von insgesamt mehr als 50 Mio Lohnarbeitern organisierte sie Demonstrationen, Kampfstreiks u. a. m. auf dem ganzen Kontinent. Der faschistische Terror hat sie nicht von der Bühne fegen können. Das bezeugen u. a. der historische, 15 Tage andauernde Generalstreik in Uruguay, der die Antwort auf den Staatsstreich war, bis zu den Streiks dieses Jahres; oder der heroische Kampf der Bergarbeiter und anderer Arbeiter in Bolivien, der die ganze Welt in Erstaunen versetzte. Zusammen mit den Lohnarbeitern nehmen viele andere soziale Schichten oder Klassen an den Kämpfen teil, wie die Bauernbewegung, die radikalisierten städtischen Mittelschichten, darunter auch die Studenten und Intellektuellen. Sogar die Widerstandsdemonstrationen der nationalen Bourgeoisie werden häufiger und vielfältiger. Auf diesem sozialen Hintergrund ergeben sich positive Veränderungen innerhalb der Kirche und in Bereichen der Streitkräfte.

Diese Vielfältigkeit der Erscheinungen ist Ausdruck der sozialen und politischen Ebene der Krise der sozio-ökonomischen Strukturen fast aller Länder. Diese Krise ist ein Produkt der deformierten kapitalistischen Entwicklung, die neue Tatbestände geschaffen hat, aber die imperialistische Herrschaft und die auf dem Großgrundbesitz beruhenden landwirtschaftlichen Verhältnisse sowie andere vorkapitalistische Laster aufrechterhielt. So spitzt sich der fundamentale Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen zu. Die derzeitigen Auswirkungen der Krise im kapitalistischen Weltsystem treffen die lateinamerikanischen Gesellschaften – außer Kuba – hart und nehmen unheilvolle Ausmaße an in den Ländern, die wie Chile, Uruguay und andere strikt die Anweisungen des Internationalen Währungsfonds befolgen, d. h. die sich an die Spielregeln halten, der totalen Unterordnung unter die Interessen der internationalen Monopole und des einheimischen Finanzkapitals, das eng mit dem ihm vielfach untergeordneten Großgrundbesitz verbunden ist. Die Risse im sogenannten „brasilianischen Wunder“ sind bezeichnend.

Wirkungen der kapitalistischen Krise

Vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen, ökonomisch-sozialen und politischen Krise verschärft sich der Gegensatz zwischen unseren Nationen und Völkern und dem Yankee-Imperialismus, weiten sich die patriotischen und demokratischen Neigungen aus und verflechten sich mit einem aktiven Klassenkampf.

Die heutige Erscheinung des Faschismus selbst ist Teil dieser komplexen Zuspitzung aller Widersprüche, dieser Dialektik aus Revolution und Gegenrevolution, die die kontinentalen Prozesse der letzten zwei Jahrzehnte prägte; dieses ruhelosen Kampfes zwischen unseren Völkern auf der einen, dem Yankee-Imperialismus und den antinationalen Oligarchien auf der anderen Seite.

Die in dieser Zeit entstandenen faschistischen Regierungen gingen aus konterrevolutionären Staatsstreichern hervor (Chile; Guatemala, gegen Arbenz; Bolivien, gegen Torres), oder sie wurden errichtet, um nationalistische und demokratische Prozesse von großer kontinentaler Ausstrahlung im Ansatz zu ersticken (in Brasilien gegen Goulart), oder um der Möglichkeit des späteren Sieges einer fortgeschrittenen Demokratie zuvorzukommen wie in Uruguay, da diese Demokratie gestärkt war durch das Anwachsen der Kräfte der Arbeiter und der antiimperialistischen Bewegung, durch das Vorherrschen der national-reformatorischen Tendenzen in der Nationalpartei und die Existenz von traditionellen fortschrittlichen Strömungen in der Colorado-Partei sowie durch die Ausbreitung nationalistisch-demokratischer Ideen in den Streitkräften. All das wurde begleitet oder eingeleitet von

der „Modernisierung“ des faschistischen Stils einiger alter Tyrannen (Paraguay, Haiti, Nicaragua). Dies geschah immer auf Initiative oder gar mit unverhüllter Beteiligung der US-Imperialismus.

Die Formen, die die faschistischen Diktaturen gegenwärtig angenommen haben, sind auf bestimmte Weise ein Produkt des Scheiterns der alten Tyrannen angesichts des Vordringens der lateinamerikanischen Befreiungsbewegung. Jetzt sucht der Imperialismus Regimes, die sich auf die Streitkräfte stützen und daher beständigere totalitäre Strukturen aufbauen können.

II. Kein lähmender Fatalismus

Die jüngste Geschichte ist lehrreich. Der Zeit des „kalten Krieges“, der Erpressung mit Atomdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR, die sozialistischen Länder und die nationalen Befreiungsbewegungen, einer Zeit, in der das Gesicht Lateinamerikas mit Tyrannen jeder Art befleckt wurde, folgte eine Zeit der Volksaufstände, der Kämpfe der Arbeiter, der demokratischen Kräfte, von Revolutionen wie in Bolivien und Guatemala, des Sturzes von Militärdiktaturen in Kolumbien und Venezuela. Schließlich fand diese Phase ihren Höhepunkt im kubanischen Sieg.

Wir wollen hier nicht die widersprüchlichen Geschehnisse der 60er Jahre untersuchen, sondern nur daran erinnern, daß der Yankee-Imperialismus, nachdem sein Versuch, Kuba zu unterjochen, fehlgeschlagen war, seine wichtigste Karte im brasilianischen Putsch von 1964 ausgespielt hat.

Die **strategische Bedeutung Brasiliens** liegt in seinem Territorium, der Bevölkerung, einem an fast alle lateinamerikanischen Länder angrenzendem Gebiet, einer langen und wichtigen, bis in den Süden reichenden Atlantikküste begründet. Es sollte zum Statthalter der USA-Großmacht werden, ihr Gendarm. **Die brasilianische Diktatur erwarb systematisch Erfahrungen, den Staat im faschistischen Stil umzubilden und sich dabei des alten Erbes der Militärtyrannie zu bedienen.** Auf wirtschaftlicher Ebene wäre das ein Schlaraffenland für imperialistische Investitionen, ein Abbild des „Wachstums“ durch die enge Verbindung zwischen den imperialistischen Monopolen, bestimmten Schichten der antinationalen Großbourgeoisie und dem faschistischen Militärstaat.

Obwohl der Yankee-Imperialismus seine Position in Brasilien zu konsolidieren vermochte, gelang es ihm nicht, den Weg Lateinamerikas zu blockieren. Das beweisen die Ereignisse in Peru und Ekuador, die Entwicklung breiter Massenbewegungen und fortschrittlicher politischer Fronten, die Forderung Panamas, schließlich der Sieg der Unidad Popular in Chile, der Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung in Uruguay und das demokratische Aufbegehren in Argentinien sowie andere Veränderungen in Mittelamerika und in der Karibik.

Die Zerschlagung der Regierung der Unidad Popular war der wichtigste Markierungspunkt in der Gegenoffensive des USA-Imperialismus und verfolgte das Ziel, das Potential jener Befreiungsbewegung zu ersticken, das nach Kuba in dem Andenland am weitesten fortgeschritten war. Und das nicht nur, weil die Allende-Regierung in sehr kurzer Zeit eindeutig auf den Sozialismus ausgerichtete demokratische Veränderungen durchgeführt hatte, sondern auch, weil sie ein Beschleunigungsfaktor für den revolutionären Fortschritt in ganz Lateinamerika und gleichzeitig für die Erweiterung der sozialen und politischen Kräfte, die dem Imperialismus Widerstand leisten oder gegen ihn kämpfen, gewesen war.

Die Niederlage Chiles ist von großer historischer Tragweite und hat auch strategische Bedeutung für Lateinamerika und die Welt. Der imperialistische Plan verfolgt weitreichende

interventionistische und konterrevolutionäre Ziele. Ebenso wie im Fall der Staatsstreich in Bolivien und Uruguay und der Verschwörung gegen Argentinien ging die imperialistische Planung dem Verbrechen der chilenischen Generäle voran bzw. wurde sie mit ihnen koordiniert. Der Faschismus Pinochets stellt sich immer mehr als Bestandteil des Gesamtbildes der faschistischen Regimes in Südamerika dar. Er ist Teil und Instrument der imperialistischen Bedrohung der übrigen Länder des Kontinents.

Zur faschistischen Militärdiktatur Brasiliens, die von Washington wiederholt als Gendarm in dieser Region bezeichnet wurde, kommen noch die faschistischen Regierungen Chiles, Uruguays, Boliviens und Paraguays hinzu. Im Süden Amerikas vollzieht sich so eine negative Veränderung des Kräfteverhältnisses, die durch die Verschlechterung der Situation in Argentinien noch verschlimmert wird. **Wir sind Zeuge einer Gegenoffensive des Yankee-Imperialismus, des Faschismus und der Reaktion, eine Gegenoffensive, die sich noch weiter entwickelt, und die abzuwenden und zurückzuschlagen lebenswichtig ist.**

Dadurch, daß Washington den Faschismus als Hauptlinie gewählt hat, um der Befreiungsbewegung Einhalt zu gebieten, werden die entsprechenden Grundlagen seiner Herrschaft noch geringer, und es erweitert sich potentiell der Kreis seiner Gegner. Alarmsignal für alle Demokraten, nicht nur für die revolutionären und antiimperialistischen Kämpfer, ist die sichere Aussicht, verjagt oder sogar ermordet zu werden, wenn sich der Faschismus in Lateinamerika weiter ausbreitet. Die Beispiele Brasiliens, Chiles, Uruguays, Boliviens und anderer Länder sind für breite politische Kräfte aller Länder ein Spiegelbild des eigenen zukünftigen Schicksals, falls der Faschismus siegen sollte. Das ist ein Faktor der Schwäche, der den faschistischen Regimes trotz ihrer grenzenlosen Grausamkeit innewohnt.

Gewiß möchten sich die Verantwortlichen für die Lateinamerikapolitik in Washington gerne auf Regimes mit breiter sozialer Grundlage und größerem politischem Spielraum stützen. Wenn sie könnten, würden sie zu den ideologischen Mythen des Panamerikanismus und der „Verteidigung der Freiheit“ zurückkehren. Bis zum heutigen Tag war die größte Operation dieser Art die sogenannte „Allianz für den Fortschritt“⁵ von John F. Kennedy, der Versuch, die nachgiebige Großbourgeoisie, die nationale Bourgeoisie und die Vertreter der kleinbürgerlichen „Entwicklungstheorie“ unter den Fahnen der Großmacht USA zu vereinen. Andere Aspekte dieser Politik waren zur gleichen Zeit Playa Giron und die „Revolution in Freiheit“ des Herrn Frei⁶. Seit dieser Zeit hat sich bis heute viel ereignet. Der Faschismus ist, abgesehen von allen anderen Manövern, die bevorzugte Karte der US-Regierung. Diese Behauptung wird weder von der heuchlerischen Rede Kissingers auf der letzten OAS-Tagung widerlegt noch von der raschen Absetzung Bordaberrys in Uruguay durch seine eigenen Kumpane in der Diktatur – die Generäle, die sich auf Anweisung Washingtons ein neues Gewand zugelegt haben. Am folgenden Tag kündigten diese Generäle und der selbsternannte „Präsident“ Méndez an, daß sie die faschistische Struktur ihrer brasilianischen Amtskollegen aufs genaueste übernehmen würden.

III. Einige Merkmale des Faschismus in Lateinamerika

Die gegenwärtig in verschiedenen Ländern Lateinamerikas bestehenden Diktaturen werden von uns als faschistische Diktaturen bezeichnet.

„Faschistisch“ entspricht der Definition des Charakters solcher Diktaturen. Angesichts der Grausamkeit und der von diesen Regimes angewandten, an den Nazifaschismus erinnernden Unterdrückungsmethoden ist dies keine rein ver-

bale oder gefühlsmäßige Reaktion. Man stößt jedoch manchmal auf absichtliche Auslassungen bei dieser Definition. Von manchen Leuten wird sie sogar bestritten. Bei anderen hat man gelegentlich den Eindruck, daß diese Erscheinung sogar in gewissen politischen Kreisen oder unter Journalisten, die natürlich über den auf unseren Ländern lastenden Alpdruck des Verbrechens und der Folter entsetzt sind, als mehr oder weniger typischer Rückfall in die Tyrannen angesehen wird, die mehr als ein Jahrhundert lang in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik herrschten.

Zwischen den alten Tyrannen und den heutigen Regimes gibt es indessen qualitative Unterschiede, vor allem hinsichtlich der sozialen Basis und der geschichtlichen Zusammenhänge. Wenn wir nicht allzusehr schematisieren wollen, müssen wir feststellen, daß schon bei verschiedenen, in den 30er Jahren entstandenen Diktaturen vom Faschismus übernommene Methoden angewandt wurden.

Viele der heutigen als faschistisch zu bezeichnenden Regimes weisen jedoch einige spezifische Charakteristika auf:

a) **Ihre soziale Basis ist in erster Linie das Finanzkapital**, d. h. die im Ergebnis der deformierten Entwicklung des Kapitalismus in unseren Ländern herangewachsenen Monopole. Diesem werden durch Tausende Verbindungen untergeordnet oder angegliedert die mächtigsten Großgrundbesitzer und die große Handelsbourgeoisie, die den Export und Import bestimmt, sowie mächtige Industrielle. Diese sogenannte **antinationale Oligarchie ist in den internationalen Monopolen verwurzelt und stellt heute die Hauptstütze der Politik des staatsmonopolistischen US-Kapitals dar**. Die Rolle, die die sogenannten transnationalen Unternehmen vor den faschistischen Staatsstreich oder als deren Folge – beispielsweise in Brasilien – spielten, untermauern unsere Feststellung. Der Faschismus in den am meisten entwickelten Staaten Südamerikas ist heute die unverbrämte Diktatur des Finanzkapitals, verbunden mit den reaktionärsten Kreisen der alten herrschenden Klassen sowie unterstützt und vorangetrieben vom Imperialismus der USA, insbesondere von den kriegerischsten und reaktionärsten Kreisen mit dem Pentagon an der Spitze. **Hauptinstrument dieser Diktatur sind heute die Streitkräfte**, trotz bedeutender nationalistischer, patriotischer und demokratischer Strömungen, die sich innerhalb dieser in verschiedenen Ländern feststellen lassen.

Es ist der Versuch einer grausamen Abrechnung mit der Arbeiterklasse, der Befreiungsbewegung, ja sogar mit den nationalistischen, auf Unabhängigkeit ausgerichteten oder mit national-reformistischen Tendenzen in der Bourgeoisie. Vor allem ist es ein Versuch, kommunistische, antiimperialistische und demokratische Führungskräfte auszurotten, wie man aus von der CIA und im Pentagon entworfenen Plänen weiß.

Die neuen Kapitalinvestitionen und das Eindringen ausländischer Monopole sowie die Stärkung der einheimischen Monopole und der Großgrundbesitzer auf Kosten der ganzen Ge-



Der letzte Griff in die US-Trickkiste



Faschistische Putschgeneräle Stroessner (l.) und Pinochet

sellschaft erfordern ihrer Meinung nach die Abschaffung aller demokratischen Formen und die völlige Ausrichtung der Funktion des Staatsapparates als Vollstrecker und Wächter dieser erzwungenen wirtschaftlichen Neuanpassung und der sozialen und politischen Neuordnung. Die Ähnlichkeit der heute in Chile, Uruguay und anderen Ländern angewandten und der früher in starkem Maße von Brasilien praktizierten Richtlinien in Wirtschaft und Finanzwesen sind der Beweis dafür. Durch Direktiven des Internationalen Währungsfonds und internationaler Banken geht man zur brutalen Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der ausländischen Monopole und seiner dünnen Schicht der nationalen Oligarchie über und plündert die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, vor allem die Werktätigen, aus. Während sie Phrasen vom „ökonomischen Liberalismus“ dreschen, häufen sie in Wirklichkeit in den Händen der Monopole und bestimmter Sektoren des Großgrundbesitzes die Früchte der Arbeit der Nation an, wobei sie sich des militärfaschistischen Staatsapparates bedienen. Sie übertragen fast zwangsweise das von den einheimischen Industriellen und den Landunternehmern angehäufte Kapital an das nationale Monopolkapital und die Imperialisten. So stürzen sie die große Masse der Werktätigen in immer größere Armut. Sie treiben die Abhängigkeit vom Imperialismus bis zum äußersten.

Aufgrund der Tatsache, daß faschistische Massenparteien nach altem deutschen oder italienischen Muster fehlen, kaperen die von den Chefs der Ultrarechten kontrollierten Streitkräfte mit lebenslänglichem Anspruch alle Funktionen des Staatsapparates. Die Bildung eines „ökonomisch-militärischen Komplexes“ in einigen Ländern mit der Korruption als Kehrseite, vervollständigen das Bild über die Verhältnisse in unseren Ländern.

b) **Dem lateinamerikanischen Faschismus ist offenkundig eine Politik des nationalen Ausverkaufs wesenseigen.** Er entspricht abhängigen Ländern. Seine internationale Linie ist die der Aufgabe der Souveränität, der Auslieferung der Naturreichtümer, Entnationalisierung auf allen Gebieten. Während er die chauvinistische Propaganda verstärkt, erfüllt er in äußerster Unterwürfigkeit den strategischen Plan des US-Imperialismus aus.

Der Yankee-Imperialismus betrachtet Lateinamerika als inneren Kern seiner Weltstrategie. Die Errichtung des Faschismus im Süden unseres Kontinents und die Diktatur-Enklaven in Mittelamerika stellen somit eine Bedrohung für alle unsere Länder dar. Auf internationaler Ebene schaffen sie Herde der Provokation, erwecken sie erneut die antikommunistische Hysterie aus der Zeit des Antikominternpaktes, verachten sie die Entspannung, stimmen sie in der UNO und

anderen Organen gegen die Sache des Fortschritts oder verkünden sie, daß der dritte Weltkrieg bereits begonnen habe und daß es notwendig sei, dem weltweiten Voranschreiten der UdSSR und „des internationalen Marxismus“ mit Atomwaffen Einhalt zu gebieten⁷.

Beim gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnis mag diese anachronistische Zusammenfassung lächerlich erscheinen, abgeschrieben aus den wütendsten Schriften der Zeit des „kalten Krieges“ und der nuklearen Erpressung, oder vielleicht aus Hitlers Grab hervorgeholt. Wenn jedoch einige Persönlichkeiten lächerlich erscheinen mögen, die mit oder ohne Uniform in offiziellen Reden solchen Unsinn von sich geben, so ist die Verschwörung faschistischer Regimes in Südamerika, in Ländern mit ungefähr 130 Millionen Menschen, voller Naturreichtümer und mit einer strategisch wichtigen geographischen Lage natürlich unheilverkündend. Diesem Komplott schließen sich noch die Rassisten der Republik Südafrika an, die im Südatlantik ihre Aufgaben zu erfüllen haben.

Wir haben schon zur Genüge wiederholt, daß der Faschismus in Lateinamerika kein verrücktes Rad ist, das sich unkontrolliert und selbständig dreht. Er ist eine Figur auf dem Schachbrett des US-Imperialismus. Unterschätzt man seine potentielle Gefährlichkeit als Faktor gegen Frieden und Entspannung, so vergißt man bei der Einschätzung des lateinamerikanischen Faschismus, ihn unbedingt in Verbindung mit den aggressivsten und kriegesrischsten Kreisen der USA zu sehen. Nur so kann man ein sinnvolles Urteil über diese Gefahr fällen.

Wenn wir von der historischen Mission sprechen, die internationale Entspannung unumkehrbar zu machen, so denken wir neben der militärischen Entspannung und der Beseitigung der Kriegsherde, wie z. B. im Nahen Osten, an die Aufgabe, die noch bestehenden oder im Augenblick in Lateinamerika wiedererscheinenden faschistischen Brutstätten zu isolieren und auszurotten.

Verschiedenste Formen faschistischer Regimes

Schließlich stellen einige Autoren manchmal **das Fehlen einer Massenpartei faschistischen Charakters** unter diesen Regimes in dem Sinne fest, als ob dadurch eine Charakterisierung des Regimes als faschistisch nicht möglich ist.

Die bloße Feststellung ist dogmatisch, da sie verlangt, daß sich ein historisches Ereignis bei gleichem Inhalt in den gleichen Formen wiederholt. **Dimitroff** hat bereits gesagt, daß der Faschismus nicht in erster Linie durch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Massenpartei definiert wird, sondern durch seinen Klassencharakter und die qualitative Veränderung, die er den Formen des Staates aufzwingt, durch die Tatsache, daß er die terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist. Unserer Auffassung nach ist Tatsache, daß unsere Länder nicht imperialistische, sondern abhängige Länder sind, kein Grund für die Unmöglichkeit des Faschismus. In einigen kleinen Ländern Europas, die gewiß nicht zu den imperialistischen zählten, wurde der Faschismus nach dem ersten Weltkrieg und der revolutionären Welle, die der russischen Revolution folgte, errichtet. Niemand hat ihren faschistischen Charakter verneint.

Dimitroff sagte: „Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die **Ablösung einer Staatsform** der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, **durch eine andere**, durch die offene terroristische Diktatur.“ Dimitroff warnte vor jedem Bemühen, den Faschismus an einem bloßen Vergleich oder einer bindenden formalen Analogie festmachen zu wollen. „Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach

den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes“⁸. Gerade das erinnert daran, daß in Bulgarien, Jugoslawien und Finnland der Faschismus „ohne eine breite Basis zu besitzen, doch an die Macht gelangt ist, indem er sich auf die bewaffneten Kräfte des Staates stützte“⁹.

In seinen bekannten „Lektionen über den Faschismus“ warnt **Togliatti** anhand der Analyse der italienischen Erfahrung vor jedwedem formalistischem Schematismus¹⁰. Er zeigt, wie der Faschismus in gewissen Etappen **das Parlament** dulden mußte. Wenn er sich dazu gezwungen sieht – sagt er –, kann der Faschismus „mit dem Parlament“ oder mit jeder anderen institutionellen Form „Mißbrauch treiben“. In Lateinamerika hält auch heute die faschistische Militärdiktatur Brasiliens eine Farce von Parlament aufrecht, das noch stärker eingeschränkt ist als das Scheinparlament in der englischen Geschichte. So gesehen ist hier ein Parlamentarier, der das Wort ergreift, ein Parlamentarier, der abgesetzt oder eingesperrt wird.

Togliatti weist auch daraufhin, daß die totalitären Formen erst dann vom italienischen Faschismus angewendet wurden, als das Finanzkapital dazu überging, die faschistische Politik voll und ganz zu bestimmen.

Es ist auch möglich, viele formale Besonderheiten zwischen den einzelnen faschistischen Regimes Lateinamerikas zu finden. Und formale Unterschiede gibt es in der Tat in vielen Nuancen des brasilianischen Regimes gegenüber der alten Diktatur in Paraguay oder den Diktaturen von Chile und Uruguay, und mehr noch gegenüber Bolivien. Und wiederum mehr sogar, wenn man seinen Blick weiter nach Norden richtet und dortige Fälle wie beispielsweise Guatemala und Haiti analysiert. Das wichtigste ist jedoch der ähnliche Inhalt und der schon weiter oben dargestellte gemeinsame Plan.

IV. Eine Lebensfrage: Isolierung und Zerschlagung des Faschismus

Seit Anfang 1974 haben wir wiederholt das gegenwärtige Ziel, den Faschismus aufzuhalten, zu isolieren und zu zerschlagen, als historische Aufgabe bezeichnet. Dies ist unabdingbar für ein neues Voranschreiten des revolutionären Prozesses auf dem ganzen Kontinent.

In den unter der faschistischen Diktatur leidenden Ländern ist die Bekämpfung und Zerschlagung des Faschismus eine notwendige Forderung für jeden zukünftigen Fortschritt, für jede demokratische und antiimperialistische Zielsetzung und darüber hinaus für die weitergehenden sozialistischen Forderungen. Das setzt voraus, die Einheit zu schmieden oder daß auf weiten Gebieten eine Zusammenarbeit und einfache Übereinstimmung aller Klassen und sozialen Schichten, der

politischen Parteien und Persönlichkeiten – aus dem zivilen und militärischen, kirchlichen und weltlichen Bereich –, die gegen den Faschismus sind, erreicht wird. Das trifft für alle diejenigen zu, die den Faschismus bekämpfen und sich ihm entgegenstellen oder die einfach mit seinen barbarischen Handlungen in Konflikt geraten. Eine solche patriotische und demokratische Übereinstimmung kann nur erreicht werden durch eine sehr breite, dynamische und einfallreiche Politik, durch ein Minimalprogramm, dessen Hauptanliegen die Rettung der Demokratie ist und das angesichts der tiefen Krise, in der sich unsere Länder befinden, die Einigung auf gemeinsam anzustrebende, bestimmte ökonomische und soziale Maßnahmen einschließt.

Minimalprogramm zur antifaschistischen Einheit

Wir Kommunisten Uruguays haben dieses Programm für unser Land bekanntlich in drei Hauptpunkten zusammengefaßt: unabhängige Außenpolitik; Maßnahmen zur Linderung der Krise; Freiheiten und Rechte für das Volk, d. h. für alle seine Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Wir halten die Einheit aller Antifaschisten für die Voraussetzung des Sieges und wir verhalten uns gegenüber keinem noch so kleinen Riß innerhalb der faschistischen Struktur, der eine Bresche für eine wirkliche demokratische Öffnung schlagen könnte, gleichgültig. Darunter verstehen wir allerdings nicht Veränderungen zur Tarnung der faschistischen Diktatur, die auf Drängen des Yankee-Imperialismus durchgeführt werden – wie es im Juni 1976 mit der Absetzung von Bordaberry geschah. Der entscheidende Faktor wird immer der sein, ob es den Volksmassen gelingt, durch diesen Spalt einzudringen.

Diese Einigung aller antifaschistischen Kräfte auf grundlegende Ziele weckt und fördert die Entfaltung der großen Energie des Volkes; sie isoliert **die faschistischen Gruppen innerhalb der Streitkräfte**, die gar nicht so zahlreich sind, wie man im allgemeinen annimmt, trägt zur Differenzierung innerhalb der Streitkräfte bei und verleiht der antifaschistischen Einheit neue Impulse.

Das grundlegende Programm enthält gegenseitige Garantien in bezug auf das Projekt des demokratischen Übergangs, an die sich alle antifaschistischen Sektoren halten müssen. Es beugt gegen jegliches Sektierertum vor und ermöglicht durch die Verstärkung der Einheit weitere Fortschritte im gemeinsamen Kampf. Es ist zugleich das beste Gegengift gegen den hysterischen Antikommunismus, dessen sich der Faschismus bedient, um seine Gegner, d. h. fast das ganze Land zu spalten.

Da der Faschismus eine Gefahr für den ganzen Kontinent darstellt, sind wir der Meinung, daß seine Verhütung in anderen Ländern, die unter verschiedenen mehr oder weniger demokratischen Regimes leben, ein unabdingbarer Bestandteil des politischen Handelns sein muß. Dieser Kampf ist untrennbar mit den unmittelbaren Aufgaben der Taktik sowie mit den längerfristigen demokratischen und antiimperialistischen Zielen verbunden.

Es existieren enorme und mächtige Kräfte, um den weiteren Vormarsch des Faschismus zu stoppen, ja sogar um ihn da zu besiegen, wo er sich festsetzen konnte. Die Einheit und Übereinstimmung dieser Kräfte ist eine Lebensfrage; ohne sie wird der Faschismus seinen Vormarsch fortsetzen.

Die relative politische Schwäche der faschistischen Kreise in diesem oder jenem Ort darf uns nicht dazu verleiten, die Gefahr zu unterschätzen. Betrachten wir **das Beispiel Uruguay**, ohne in eine Analyse der Details überzugehen: Das breiteste Spektrum politischer Gruppen, sozialer und Gewerkschaftsorganisationen usw., die den weitaus größten Teil der Bevölkerung repräsentieren, waren gegen einen faschistischen Putsch. Dagegen waren auch nicht zu unterschätzende Strömungen innerhalb der Streitkräfte. Die Arbeiterklasse, die



Angestellten, Studenten, Intellektuelle usw. kämpften und waren zum härtesten Kampf entschlossen, wie der historische Generalstreik bewies, der von der CNT¹¹ und unserer Partei angeführt wurde. Zweifellos entstand aus verschiedenen Gründen ein negatives Kräfteverhältnis, auf dessen Grundlage der Faschismus durch den Staatsstreich Bordaberrys und der ultrarechten Generäle Fuß fassen konnte. Das konnte geschehen, weil es uns weder gelungen war, jene breiten Kräfte zu vereinen noch die Streitkräfte zu spalten, wie es in anderen Fällen geschah. Beispielsweise war es Anfang der 60er Jahre den Arbeiter- und Volksmassen, den politischen Parteien und demokratischen Teilen des Heeres gelungen, einen versuchten Putsch zu vereiteln, an dem einige der jetzigen Führer der faschistischen Diktatur Uruguays teilgenommen hatten.

Eine große kontinentale Bewegung gegen den Faschismus schaffen!

Unter dem gleichen Gesichtspunkt erscheint es unbedingt notwendig, eine große antifaschistische Bewegung der Völker und Regierungen Lateinamerikas und der Karibik auf der Grundlage einer positiven Minimalplattform, der Demokratie, nationalen Unabhängigkeit, der Rückgewinnung der nationalen Reichtümer, des Schutzes verschiedener in diesem Zeitraum erworbener Errungenschaften sowie der Unterstützung des Friedens und der internationalen Entspannung zu entfalten. Diese Bewegung wird helfen, die faschistischen Diktaturen zu isolieren und die Solidarität mit Parteien, Fronten, Organisationen und Persönlichkeiten zu verstärken, die für die Freiheit ihrer Länder kämpfen. Sie wird auch dazu beitragen, die Demokratie in den Ländern zu verteidigen, in denen sie besteht.

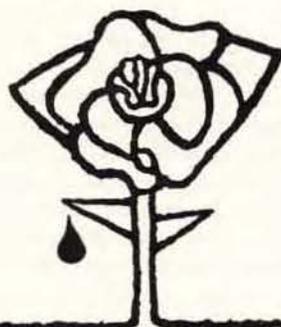
Sie wird ein wichtiger Faktor sein, um die Gegenoffensive des Imperialismus und des Faschismus abzufangen. Sie wird die Rückgewinnung der Demokratie in einigen Ländern begünstigen. Sie wird helfen, die demokratischen und fortschrittlichen Regimes zu verteidigen, zu festigen und zu vertiefen. Sie gestattet objektiv eine größere Akkumulation der Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Parteien. Sie wird die Möglichkeiten für demokratische und antiimperialistische Bündnisse auf der Grundlage einer flexiblen und reifen politischen Haltung erweitern. Sie wird zur notwendigen dialektischen Einheit zwischen demokratischem Kampf und der antiimperialistischen revolutionären Einheit beitragen.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Zur Vorgeschichte und dem Hergang des Putsches in Uruguay vgl. AIB, Nr. 7-8/1973, 9/1973 und 7-8/1976
- 2) Geheimdienst und Verteidigungsministerium der USA
- 3) Das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem (Sistema Economico Latinoamericano - SELA) wurde am 18. 10. 1975 in Panama von 25 lateinamerikanischen Staaten unabhängig von den USA gegründet.
- 4) Vgl. La Opinion, Buenos Aires, 1. 7. 1976; d. Verf.
- 5) Zur Geschichte der neokolonialistischen Lateinamerikastrategie der USA und speziell zur „Allianz für den Fortschritt“ siehe AIB, Nr. 6/1976
- 6) CIA-Invasion in Kuba 1961 und die sozialreformistische Politik der christdemokratischen Regierung Eduardo Frei in Chile (1964-1970)
- 7) So Juan Maria Bordaberry, Augusto Pinochet, Alfredo Stroessner, General Julio C. Vadora usw. Vgl. u. a. Reportage über J. M. Bordaberry, in: Washington Star, USA, 20. 2. 1976; d. Verf.
- 8) VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 94 und S. 93/94
- 9) VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort. Resolutionen, Frankfurt/M. 1971, S. 247
- 10) P. Togliatti, Opere Scelte, Rom 1976, S. 107 ff.; d. Verf.
- 11) Nationalversammlung der Arbeiter (Convencion Nacional de Trabajadores - CNT); Gewerkschaftszentrale Uruguays, in der 95 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zusammengeschlossen sind.

Luis Alberto Corvalán

Schmerz und Hoffnung meiner Brüder



Chilenische Erfahrungen

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Erich Wulff und einem Nachwort von Gladys Marin

Umfang: 140 Seiten, mit zahlreichen Dokumentarfotos;

Preis: 6,80 DM; Auslieferung 21. 3. 1977

In diesem aufrüttelnden Dokumentarbericht schildert Luis Alberto Corvalán, der Sohn des chilenischen KP-Generalsekretärs, die letzten Jahre seines Lebens: den Sieg der Unidad Popular, ihren schweren Kampf gegen die internationale Reaktion, den Putsch Pinochets, aber auch den sich formierenden Widerstand der Jahre 1974/75 gegen die Junta.

Alberto Corvalán war elf Monate in chilenischen Gefängnissen und Konzentrationslagern eingekerkert; darunter im Nationalstadion von Santiago und im berüchtigten Wüstenlager von Chacabuco. Die internationale Solidarität bewirkte schließlich seine Freilassung.

Im bulgarischen Exil begann er mit der Niederschrift seines Berichts. Alberto Corvalán konnte dieses Buch nicht mehr beenden. Er starb an den Folgen faschistischer Folterungen.

Alberto Corvalán ist Symbol für die jungen Chilenen, die sich mit revolutionärer Leidenschaft dem Kampf der Arbeiterklasse zur Erringung einer Regierung des chilenischen Volkes im Jahr 1970 hingaben; für alle, die in der Regierung unter Salvador Allende die Verkörperung ihrer teuersten Träume sahen . . .

Der Autor dieses Buches gehört auch zu der jungen Generation, die der Faschismus heute vernichten will, jener Generation, die getötet und verhaftet wurde; jener Generation, der der Faschismus das Recht auf Bildung verweigert und die er aus Schulen und Universitäten ausschließt; jener Generation, der das Recht auf Arbeit, Brot, Sport, Erholung und Kultur aberkannt wird.

(Aus dem Nachwort von Gladys Marin)

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16, Postfach 789



Alvaro Briones / Orlando Caputo

Ökonomische Grundlagen des „abhängigen Faschismus“

Zentrales Anliegen der Analyse der beiden an der ökonomischen Fakultät der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) tätigen Wissenschaftler Alvaro Briones und Orlando Caputo ist es, die nationalen und internationalen ökonomischen Grundlagen des Faschierungsprozesses in Lateinamerika herauszuarbeiten.

Die Verfasser gehen dabei von der These aus, daß die verstärkte Tendenz zu offen terroristischen Regimes vor allem seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre zurückzuführen sind auf die verschärften Krisenerscheinungen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, der Herausbildung qualitativ neuer Strukturen der internationalen imperialistischen Arbeitsteilung und der damit in direktem Zusammenhang stehenden Entwicklung neuer Formen der inneren Kapitalakkumulation in den Ländern Lateinamerikas. Briones und Caputo führen den Nachweis, daß das aus der abhängigen kapitalistischen Entwicklung gestärkt hervorgehende in- und ausländische Großkapital zur politischen Sicherung der neuen Akkumulationsformen zu qualitativ neuen Formen der Unterdrückung greifen muß. Mit ihrer Analyse der so hervorgebrachten Differenzierung der Klassen- und Sozialstruktur leisten die Autoren zugleich einen bedeutenden Beitrag zur materialistischen Fundierung der antifaschistischen Bündnispolitik.

Der vorliegende Beitrag fand starke Beachtung auf einem Seminar, das vom 7.—10. Dezember 1976 in Mexiko-Stadt unter dem Titel „Politische Kontrolle in den Ländern des Cono Sur (südliche Halbkugel)“ stattfand und von der UNAM, der Organisation der in Mexiko lebenden Exil-Chilenen „Casa de Chile“ sowie der lokalen Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert war, und soll hier erstmals der bundesdeutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

I. Die Krise in Lateinamerika und die neue Form der Akkumulation des Kapitals

Die allgemeine Krise des internationalen kapitalistischen Systems manifestiert sich in verschärfter Form in den abhängigen Ländern und zeigt in aller Klarheit ihre negativsten strukturellen Eigenschaften; eine wachsende Entkapitalisierung der nationalen Volkswirtschaften widerspiegelt sich auf der Ebene der Außenhandelsbeziehungen in einem ständigen Anwachsen des Handelsbilanzdefizits und einer beträchtlichen Steigerung sowohl der Kosten zur Kapitalaufnahme als auch der Kosten anderer Dienstleistungen; mit einem Wort: in einem wachsenden Defizit des flüssigen Kapitalumschlags, dem wachsenden Rückgriff auf Privatkapital, um dieses Defizit zu decken, und, als Ergebnis dessen, in der immer größer werdenden Auslandsverschuldung.

Dies ist der deutlichste Ausdruck der Krise in Lateinamerika, und ihre Charakteristika zeigen und entwickeln gleichzeitig die notwendigen Mechanismen, um sie zu überwinden.

Um diese Situation besser verstehen zu können, ist es notwendig, sich die Tatsache vor Augen zu halten, daß die Ent-

wicklung des Außenhandelssektors der lateinamerikanischen Volkswirtschaften immer eine äußerst wichtige Rolle bei der Bestimmung ihrer inneren Prozesse gespielt hat. Die Abhängigkeit, begriffen als strukturelle Abhängigkeit, verknüpft die Einfügung dieser Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft direkt mit dem Prozeß der Bestimmung ihrer eigenen nationalen Strukturen. Die internationalen ökonomischen Beziehungen stellen den Übertragungsmechanismus der äußeren Bedingungen dar, die dann, gemäß der Funktion der jeweiligen inneren spezifischen Bedingungen, in den jeweiligen Etappen der kapitalistischen Entwicklung die neuen Erscheinungsformen hervorgebracht haben, die die abhängige kapitalistische Entwicklung kennzeichnen.

Beschleunigte Integration in die Weltwirtschaft

Zur Verdeutlichung dieses Phänomens können wir auf die Tatsache verweisen, daß die allgemeine Krise des Kapitalismus in den Jahren 1929–35 in Lateinamerika eine interne, aber von außen hereingetragene Krise hervorbrachte, die letztlich den endgültigen Übergang vom Modell der „außenorientierten Akkumulation“¹ zu dem der innenorientierten Akkumulation bewirkte, und zwar durch die importsubstituierende Industrialisierung².

Konkreter gesagt, bedeutete dies den Übergang von einer spezifischen Form der Integration in die internationale Arbeitsteilung zu einer anderen, die keine wesentliche Änderung ihres Charakters als Exporteur von Rohstoffen bedeutete, die aber verbunden mit dieser Tätigkeit die Entwicklung eines industriellen Sektors der Konsumgüterproduktion erlaubte. Auf nationaler Ebene bedeutet dies den Übergang von einer besonderen Form der abhängigen kapitalistischen Akkumulation zu einer anderen Akkumulationsform, die mit der Neubestimmung der Rolle im internationalen Wirtschaftssystem verknüpft ist.

Die Folgen der allgemeinen Krise des Kapitalismus – welche 1967 einsetzte – bringen ebenfalls Aspekte des Übergangs von einer Phase der Integration der lateinamerikanischen Gesellschaftsformationen in das internationale System zu einer anderen Phase zum Ausdruck, ebenso wie den Übergang von einer erschöpften Akkumulationsform zur anderen.

Die Krise im außenorientierten Sektor der lateinamerikanischen Wirtschaft unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist eng verbunden mit der internen Krise, die die Periode des Übergangs zwischen diesen beiden Formen der Akkumulation repräsentiert. Mit anderen Worten, sie repräsentiert die endgültige Krise des ursprünglichen Industrialisierungsschemas, und darüber hinaus das Ende der alternativen und gleichzeitigen Existenz beider Schemata.

Die neu entstehende Akkumulationsform entwickelt sich entsprechend den Bedürfnissen, die die Integration der lateinamerikanischen Wirtschaft in die neue Form der internationalen Arbeitsteilung hervorbringt, und zwar in dem Maße

wie das ursprüngliche Schema zusammenbricht. Auf diese Weise treten seine Hauptcharakteristika hervor, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Neue Technologie und Kapitalkonzentration

Bekanntlich basierte der Prozeß der Industrialisierung in Lateinamerika schon in seinen Anfängen auf der Einführung ausländischer Technologie, was eine Situation der technologischen Abhängigkeit bewirkte. Unter diesen Bedingungen tendierte der Industriesektor zu oligopolistischen Strukturmerkmalen³, die sich nicht nur im Rahmen eines Zweiges zeigten, sondern auch die verschiedenen Zweige selbst einer Differenzierung in dem Maße aussetzten, je nachdem wie stark die Anwendung von Technologie und folglich die Kapitalkonzentration war.

Dieses Phänomen erlaubte, innerhalb des Industriesektors zwischen „dynamischen“ und „stagnierenden Industrien“ zu unterscheiden. Dieses Phänomen spitzte sich zu und wurde Mitte der 60er Jahre die Grundlage der Entwicklung einer neuen Form der internen Kapitalakkumulation, bei der die in den Industriezweigen mit der höchsten Kapitalkonzentration angewandte Technologie im Unterschied zu früheren Perioden Weltniveau besaß.

Unter diesen Bedingungen beschleunigte sich der Prozeß der Kapitalkonzentration und bewirkte eine starke Zentralisierung auf jene wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder, die von der neuen Technologie begünstigt werden. Diese Aktivitäten sind auf einen relativ engen Sektor industrieller und agrarindustrieller Zweige und Unterzweige begrenzt, die von den Bedingungen der ökonomischen Konzentration bestimmt werden, sowie von der Nutzung komparativer Vorteile in Bezug auf die natürlichen Ressourcen, soweit sie noch nicht völlig ausgebeutet waren; des weiteren werden sie eingegrenzt

durch die Eigenschaften der multinationalen Unternehmen, die mit der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft eine besonders enge Beziehung unterhalten. Ihre Entwicklung bringt eine wachsende Differenzierung jener wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder mit sich, die durch die Anwendung von Spitzentechnologien begünstigt werden und bestimmt entscheidend die **Existenz zweier ökonomischer Bereiche innerhalb der Gesellschaftsformation**.

Die **erste Gruppe**, in der die konzentrierte Anwendung von Spitzentechnologie und Kapital einen hohen Grad an Dynamik und eine wachsende Aneignung der Ergebnisse des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums erlauben, setzt sich hauptsächlich zusammen aus wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf die Produktion von langlebigen Konsumgütern ausgerichtet sind, außerdem auf industrielle und agrarindustrielle Rohstoffproduktion sowie auf die Herstellung einiger Serien von Maschinen und Ausrüstungen. In Bezug auf seine grundlegenden Charakteristika könnte man ihn als **konzentrierenden und dynamischen Bereich der Wirtschaft** bezeichnen.

Entnationalisierung und Entkapitalisierung

Die **zweite Gruppe** der Aktivitäten ist besonders dadurch gekennzeichnet, daß die Übernahme ausländischer Technologie langsam vor sich geht und ausgesprochene Züge der Veralterung trägt. Deshalb ist ihre Produktionskapazität geschwächt, und überdies noch beeinträchtigt durch den Transfer von Mehrwert in den konzentrierenden und dynamischen Bereich sowie durch die zunehmende Verminderung der Nachfrage nach ihren Produkten besonders von Seiten der Lohnabhängigen, deren reales Einkunftsniveau, wie wir sehen werden, einem drastischen Abbau ausgesetzt ist. In Bezug auf ihre Charakteristika könnte man diese Gruppe als **zersplitterten und stagnierenden Bereich der Wirtschaft** bezeichnen.



Brasilianische Stahlfabrik: Opfer des Konzentrationsprozesses

nen.

Der Prozeß der Konzentration von Spitzentechnologie und Kapital wird von einem fortlaufenden Prozeß der Entnationalisierung begleitet, der in der quantitativen und qualitativen Zunahme der Beteiligung des Auslandskapitals im konzentrierenden und dynamischen Bereich zum Ausdruck kommt. Dieses Phänomen wird im allgemeinen durch das Eigentum an der transferierten Technologie bestimmt, von der Notwendigkeit, große Investitionen zu tätigen, um den neuen Akkumulationsprozeß zu entwickeln, und durch die Kontrolle der Außenmärkte, die als Abnehmer der neuen Produktion vorgesehen sind. Mit der Kontrolle des mehr dynamischen Sektors durch das ausländische Kapital wird die Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehung durch eine wachsende Kontrolle von Eigentum und Handel der Produktion verfestigt, was zu einer fortschreitenden Entkapitalisierung der Volkswirtschaft führt.

Die Produktion des konzentrierenden und dynamischen Bereichs stößt im Laufe ihrer Entwicklung auf das Hindernis der relativen Enge des nationalen Marktes, der durch die verringerte Nachfrage von Seiten der lohnabhängigen Bevölkerung und anderer Schichten noch zusätzlich eingeengt wird, eine Folge der neuen Form der Akkumulation. Infolgedessen muß die Expansion auf ausländische Märkte mit in die Planung eingehen, um den Absatz der Produktion zu gewährleisten.

Von dieser Perspektive aus gesehen ist die Integration des internationalen kapitalistischen Systems und die regionale Kontrolle von bestimmten Märkten durch spezialisierte Produzenten der abhängigen Länder die logische Folge der neuen internationalen Arbeitsteilung und gleichzeitig eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der neuen Formen der internen Akkumulation in diesen Ländern.

Profit- und Ausbeutungsrate

Eine wachsende Profitrate⁴, das Hauptziel der kapitalistischen Dynamik, bildet gegenwärtig das zentrale Element der Motivation des ausländischen Kapitals im Rahmen der neuen Form der internen Akkumulation; dazu kommt deren zusätzliche Bedeutung als Faktor der ökonomischen Wiederbelebung unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Krise. Die Erlangung einer hohen Profitrate stellt ebenfalls für die inländischen Kapitalisten eine notwendige Bedingung dar; für die Behauptung ihrer Teilnahme zusammen mit dem Auslandskapital an den neuen internen Formen der Akkumulation und für ihre volle Integration in die neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung.

Jedoch gefährdet die hohe organische Zusammensetzung⁵ des Kapitals, die den konzentrierenden und dynamischen Bereich der Wirtschaft charakterisiert, die Möglichkeit, eine hohe und ständig steigende Profitrate aufrechtzuerhalten. Um diesem Effekt entgegenzuwirken, entwickelt das ökonomische System zwei wichtige Mechanismen: den Transfer von Mehrwert vom zersplitterten und stagnierenden in den konzentrierenden und dynamischen Bereich als Folge der höheren Produktivität und des monopolistischen Charakters des letzteren und die allgemeine Erhöhung der Mehrwert- bzw. Ausbeutungsrate.

Die Funktionsweise des ersten Mechanismus ist hinlänglich bekannt. Deshalb konzentrieren wir uns hier auf die Beschreibung des zweiten, der mit besonderer Schärfe die wesentlichen Charakteristika des sich entwickelnden Systems deutlich macht.

Die Möglichkeit, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, ergibt sich zunächst in dem Maße wie der Wert der Arbeitskraft durch die Verminderung des Wertes der Lohn Einkommen gesenkt wird, was durch die Erhöhung der relativen Produktivität erreicht wird. Dieses Verfahren erlaubt den Kapitali-

sten die Einnahme einer beträchtlichen relativen Mehrwertmasse⁶. Eine zweite Quelle zur Erhöhung der Ausbeutungsrate wurzelt in der Gewinnung des absoluten Mehrwerts durch die Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages. Schließlich kann die Erhöhung der Ausbeutungsrate durch eine direkte Verminderung des Reallohns der Werktätigen erreicht werden, was unter den Bedingungen der für Lateinamerika typischen Inflation besonders begünstigt wird.

Überausbeutung erfordert direkte Repression

Die Möglichkeit, einen immer größer werdenden Teil des produzierten Wertes in Mehrwert umzuwandeln, um so eine Erhöhung der Ausbeutungsrate zu erzielen, beruht in letzter Instanz auf der Fähigkeit der Kapitalisten, den Widerstand der Arbeiter zu brechen und jeden Versuch von Seiten der Werktätigen, ihre Arbeitskraft aufzuwerten, zu unterbinden. Es handelt sich um den direkten Ausdruck des Klassenkampfes im Produktionsprozeß, und die definitive Durchsetzung der Ziele des Wirtschaftssystems wird deshalb vom politischen Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Klassen abhängig sein.

Hier findet sich folglich die letztendliche Erklärung für die politischen Formen, auf die sich das System stützt, das strikt darauf ausgerichtet ist, die Befriedigung der Interessen des Großkapitals und letztendlich eine wachsende Ausbeutungsrate gegen die Interessen der Werktätigen zu sichern.

Eines der wichtigsten Elemente des politischen Kräfteverhältnisses ist zusammen mit der direkten Repression die Expansion der industriellen Reservearmee, was – wie wir sehen werden – seinen Ursprung in der geringen Kapazität des konzentrierenden und dynamischen Bereichs zur Absorbierung (Aufsaugen, d. Red.) von Arbeitskräften und in der relativen Stagnation des zersplitterten und stagnierenden Bereichs hat.

Die Erhöhung der Ausbeutungsrate, die in den Entwicklungsbedingungen der neuen Form der internen Akkumulation wurzelt, gestattet besonders in ihrer Anfangsphase, Bedingungen der Überausbeutung der Arbeitskraft in einigen wirtschaftlichen Sektoren zu schaffen, d. h. Umstände, in denen die Vergütungen der Arbeiter geringer sind als das Existenzminimum, das sie benötigen, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu garantieren.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Arbeitslosigkeit und Unterschäftigung sind in Lateinamerika chronische Erscheinungen, die sich unter den Bedingungen der neuen Formen der Akkumulation verschärfen.

Wie wir später sehen werden, bedeuten die Veränderungen im Agrarsektor die Aufrechterhaltung und sogar die Zunahme der Landflucht in die Städte, wobei der Industriesektor nicht in der Lage ist, diese Arbeitskräfte zu absorbieren, sondern im Gegenteil noch zur Vergrößerung der industriellen Reservearmee beiträgt, indem er die Arbeiter von ihren produktiven Aktivitäten freisetzt.

Diese Situation erfährt ihre Erklärung zunächst durch die Tatsache, daß der mehr dynamische Sektor der Wirtschaft gleichzeitig der ist, der die am weitesten entwickelten Technologien benutzt, und infolgedessen im Verhältnis zur Erhöhung der Produktion nur wenige neue Arbeitsplätze schafft. Auf der anderen Seite ist der zersplitterte und stagnierende Bereich wegen seines langsamen oder auch Null-Wachstums nicht nur unfähig, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern wird im Gegenteil in dem Maße wie seine Stagnation sich verschärft zu einer zusätzlichen Quelle der Erzeugung unbeschäftigter Arbeitskraft.

Das Endresultat dieses Prozesses bedeutet ein beschleunigtes Anwachsen der industriellen Reservearmee, das zum Prozeß der Erhöhung der Ausbeutungsrate der beschäftigten Arbeiter funktional ist und beweist, daß das Phänomen der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung unter den Bedingungen der neuen Form der internen Akkumulation in den lateinamerikanischen Gesellschaftsformationen ebenfalls einen strukturellen Charakter trägt.

Die Entwicklung der neuen Formen der internen Akkumulation, die als Grundlage der Integration in die neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung dienen, stellt spezifische Anforderungen an die Veränderung des Agrarsektors.

Die erste dieser Anforderungen hängt mit der Entwicklung einiger Aktivitäten zusammen, die die Agrarindustrie betreffen und direkt dem konzentrierenden und dynamischen Bereich geschuldet sind. Eine solche Entwicklung zieht sogar das ausländische Kapital in Mitleidenschaft, das sich zwar vom traditionell exportorientierten Agrarsektor zurückgezogen hat – wie auch generell von den in erster Linie exportorientierten Aktivitäten –, das aber mittels der Agrarindustrie wieder stärker in Beziehung zum Agrarsektor getreten ist.

Auf die gleiche Weise wird der konzentrierende und dynamische Bereich der Wirtschaft vom Agrarsektor die Versorgung mit bestimmten Produkten fordern, die mengen-, wert- und qualitätsmäßig für seinen eigenen Wachstumsrythmus erforderlich sind. Schließlich ist vielleicht am wichtigsten die Tatsache, daß die Produktion des Agrarsektors, die einen wichtigen Teil der Konsumbedürfnisse der lohnabhängig Arbeitenden erfüllt, eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung des Wertes der Arbeitskraft spielt, dessen Verringerung ein wichtiger Faktor für das Aufhalten des Falls der Profitrate ist.

Um diesen Anforderungen nachzukommen, muß sich der Agrarsektor „modernisieren“, und zwar durch die Veränderung der produktiven Prozesse in diesem Sektor und durch die Einführung neuer Technologien und neuen Kapitals; es muß ein Prozeß einsetzen, der letztlich die Überwindung der anachronistischen Produktionsverhältnisse und ihre Ersetzung durch kapitalistische Verhältnisse bedeutet, die durch die rasche Entwicklung der Produktivkräfte eine substantielle Steigerung von Umfang und Zusammensetzung des landwirtschaftlichen Angebots ermöglichen. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion auf dem Lande wird auch die Erweiterung des internen Marktes für landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen industrieller Art ermöglichen.



Landflucht von Tagelöhnern und Kleinpächtern

Als Konsequenz dieses Prozesses wird sich im Agrarsektor wahrscheinlich die gleiche Struktur wie in der Industrie entwickeln, d. h. auf der einen Seite ein Sektor mit hoher Kapitalkonzentration und auf der anderen Seite eine Art bäuerlicher Subsistenzwirtschaft⁷, die wegen ihrer besonderen Charakteristika vom Konzentrationsprozeß nahezu unberührt bleibt. Unter dem Gesichtspunkt der Absorbierung von Arbeitskräften bedeutet die starke Technologisierung der landwirtschaftlichen Aktivitäten eine Verringerung der pro Produkt-einheit notwendigen Arbeitskraft, was die eigentliche Funktion dieses Sektors, die in der Freisetzung von Arbeitskraft besteht, unterstreicht.

Die Einkommenskonzentration

Die neuen Akkumulationsformen kennzeichnet – wie wir schon festgestellt haben – eine wachsende Konzentration des Kapitals und der Produktion auf der Grundlage der Konzentration der Anwendung von Spitzentechnologien und der fortschreitenden Erhöhung der Ausbeutungsrate. Unter einem anderen Gesichtspunkt bedeutet dies eine fortschreitende Konzentration der Einkommen in der Wirtschaft.

Diese Konzentration richtet sich auf der einen Seite gegen die Arbeiter und begünstigt die kapitalistischen Sektoren. Innerhalb dieser Sektoren richtet sie sich gegen die Fraktionen der kleinen und mittleren Bourgeoisie und übervorteilt das monopolistische Großkapital, das der Großbourgeoisie vorbehalten ist. Diese Situation ist ein Ausdruck der Tatsache, daß das Einkommen im konzentrierenden und dynamischen Bereich der Wirtschaft auf Kosten des zersplitterten und stagnierenden Bereichs konzentriert ist.

Die Konzentration der Einkommen im dynamischen Bereich ermöglicht die ununterbrochene Fortsetzung der kapitalistischen Akkumulation und die Steigerung der persönlichen Einkommen der mit ihm verbundenen Individuen. Die Erhöhung der persönlichen Einkommen ist eine notwendige Bedingung für den Absatz der Produktion dieses Bereichs, da die produzierten Gebrauchswerte eine Umstrukturierung des allgemeinen Angebots bedeuten, bei der langlebige Konsumgüter zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Schließlich werden wichtige Teile der durch den konzentrierenden und dynamischen Bereich absorbierten Einkommen vom ausländischen Kapital angeeignet und ins Ausland abgezogen.

Wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, tragen die Grundzüge der neuen Akkumulationsform in Lateinamerika einen deutlichen Klassencharakter, was notwendigerweise die alten internen Herrschaftsverhältnisse auf dem Kontinent neu bestimmt. Die Struktur dieser neuen Form entspricht in diesem Fall ausschließlich den Interessen der Entwicklung des nationalen und internationalen monopolistischen Großkapitals; sie entspricht, um es deutlich zu sagen, dem Imperialismus und der Großbourgeoisie und nicht mehr den Interessen der anderen Fraktionen der Bourgeoisie und der traditionellen Oligarchie, die mit den rückständigsten Formen des agrarischen Großgrundbesitzertums verbunden ist.

Unter diesen Bedingungen ist die Entwicklung dieser neuen Form eine Aufgabe, die einzig und allein unter den Bedingungen der Umformung des herrschenden Blocks gelöst werden kann, der die erste Etappe der industriellen Entwicklung Lateinamerikas ermöglichte und eine Allianz zwischen dem Imperialismus, der einheimischen Bourgeoisie und der traditionellen Agrarindustrie darstellte. Unter den gegenwärtigen Umständen wird die alte Oligarchie an den Rand gedrängt, während die Beteiligung der Bourgeoisie insbesondere auf die vom Großkapital beherrschte Fraktion reduziert wird.

II. Die Wirtschaftspolitik des neuen herrschenden Blocks in Lateinamerika

Die Akkumulationsformen, die die Entwicklung eines industriellen Sektors in den lateinamerikanischen Volkswirtschaften ermöglichten, und deren damit verbundene Integration in die internationale gesellschaftliche Arbeitsteilung vollzogen sich im Rahmen einer Politik, die darauf zielte, die Interessen des ausländischen Kapitals, der aufsteigenden Industriebourgeoisie und der traditionellen alten Oligarchie miteinander zu vereinen. Sie war dabei gleichzeitig bemüht – und dies in der Anfangsphase auf eindeutig populistischer Grundlage – die Werktätigen zu neutralisieren oder sogar für das neue Projekt zu gewinnen. Konkret bedeutete das die Herausbildung eines breiten Systems des staatlichen Protektionismus⁸ für die Industrie, das zur Entstehung einer buntscheckigen Masse kleiner Unternehmen mit geringer Produktivität führte; ferner brachte dies die Erhaltung rückständiger und unproduktiver Strukturen in der Landwirtschaft und ein System des Dialogs mit der Arbeiterklasse mit sich, das in einigen Fällen einen günstigen Rahmen für die unabhängige Entwicklung der proletarischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen abgab.

Diese Politik, die bald reformistische Züge annahm, erwies sich in der Mitte der 60er Jahre als eindeutig unzureichend, um den Entwicklungstendenzen des abhängigen Kapitalismus auf dem Kontinent gerecht zu werden, und schließlich als ein objektives Hindernis für die Herausbildung der neuen Akkumulationsformen. Der Populismus und der Reformismus waren unfähig, die Reallöhne in dem Maße herabzudrücken, wie dies die neuen Bedingungen erforderten. Sie waren auch nicht in der Lage, den Protektionismus aufzuheben, der die Konzentration von Kapital in einem neuen dynamischen Sektor ermöglichen sollte, und sie konnten die Rückständigkeit der Landwirtschaft nicht überwinden.

Das führte zu zunehmender Stagnation und wachsender Instabilität, wie sie die lateinamerikanischen Volkswirtschaften seit dem Ende der 60er Jahre kennzeichneten.

Diese Situation zeigte, daß die Entwicklung der neuen Akkumulationsformen in erster Linie die Stärkung des neuen herrschenden Blocks erforderlich machte. Diese „Machtübernahme“ durch das einheimische und ausländische Monopolkapital verschärft die gesellschaftlichen Widersprüche und führt verstärkt zur Errichtung äußerst autoritärer und repressiver diktatorischer Regimes. Auf dieses Phänomen werden wir detaillierter im nächsten Abschnitt eingehen. Wir beschränken uns deshalb hier darauf, kurz die wichtigsten Merkmale der anfänglichen Wirtschaftspolitik darzustellen, wie sie der neue herrschende Block unter diesen Bedingungen entwickeln sollte.

Hauptziel dieser Politik ist es, die Strukturen zu zerstören, die der vorhergehende Akkumulationsprozeß im Laufe von etwa 40 Jahren geschaffen hatte, um so das Terrain freizumachen für die ihrer eigenen Akkumulationsweise entsprechenden Strukturen. Von daher ist diese anfängliche Wirtschaftspolitik bestimmend für die Übergangsetappe zwischen beiden Akkumulationsweisen in den Gesellschaften des Kontinents.

So verhält es sich mit der Wirtschaftspolitik Brasiliens seit 1964 und vielleicht noch deutlicher mit der in Chile seit dem Militärputsch vom 11. September 1973. Ihre Merkmale, die – wie wir gesehen haben – im wesentlichen zerstörerischer Natur sind, haben ihre Befürworter veranlaßt, ihr den Namen „Schockpolitik“ zu geben. Diese Bezeichnung haben der Finanzminister der chilenischen Diktatur, Jorge Cauas, und sein Meister und Schutzpatron, Milton Friedman, aus der Taufe gehoben.

Diese Politik ist im einzelnen gekennzeichnet durch zwei Aspekte: durch die Bemühungen um Stabilität und durch Maßnahmen zu einer intensiven Zentralisierung des Kapitals⁹.

Auf die während der Periode der „Schockpolitik“ getroffenen Maßnahmen sollte dann eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs folgen, die im Falle Brasiliens etwa 1968 begann und ihren Höhepunkt zwischen 1970 und 1973 erreichte. In Chile kündeten die Schöpfer und Ausführende dieser Politik bereits den Beginn des Aufschwungs als Folge der in ihrem allgemeinen Programm vorgesehenen Etappen an.

Trotz alledem folgte jedoch in Brasilien auf den Aufschwung und die dann einsetzende beschleunigte Entwicklung (das sogenannte Wunder war nur aus der Sicht der kapitalistischen Logik ein Wunder, da es aus der Verschärfung des Elends der Mehrheit des brasilianischen Volkes erwuchs) eine neue Krise seit 1974.

Diese Krise Brasiliens äußerte sich in einem starken Absinken der Wachstumsrate, in einer Verschärfung der inflationären Tendenzen sowie besonders in einem beschleunigten Anwachsen des Zahlungsbilanzdefizits und der daraus erwachsenden Auslandsverschuldung. Diese neue Krise, die in den Programmen und dem politischen Konzept nicht vorgesehen war, macht die natürlichen Grenzen der sich herausbildenden Akkumulationsformen sichtbar. Indem sie den Prozeß der Entkapitalisierung und die inneren gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen, verstärken sie deutlich die negativsten Merkmale des abhängigen Kapitalismus.

III. Abhängiger Faschismus und sozialistische Alternative

Die Analyse der Wesenszüge der Wirtschaftspolitik des Monopolkapitals in Lateinamerika führt zwangsläufig zur Untersuchung der spezifischen politischen Bedingungen, welche diese sich als notwendigen Entwicklungsrahmen setzt. Sie schafft sich dabei für ihre Zielsetzung eine besondere Form der Verwaltung des Staates.

Bisher haben wir aufzuzeigen versucht, wie diese Wirtschaftspolitik dem Ziel dient, eine zunehmende Verringerung des Realeinkommens der werktätigen Klassen durchzusetzen, die beschleunigte Zentralisierung des Kapitals als Grundlage eines künftigen Konzentrationsprozesses zu erreichen und, als Folge von allem, die allgemeine Einkommenskonzentration zu beschleunigen.

Diese Konzentration geht im nationalen Machtgefüge einher mit der Neuformierung des herrschenden Blocks, der jetzt ausschließlich vom einheimischen und ausländischen Großkapital gebildet wird. Das bedeutet, daß die traditionelle Oligarchie der Großgrundbesitzer an den Rand gedrängt wird und daß die kleine und mittlere Bourgeoisie, die vom staatlichen Protektionismus und einer weniger starken Einkommenskonzentration profitierte, jetzt ihre Vorteile verliert, die sie früher aufgrund ihrer Nähe zu diesem herrschenden Block erzielte.

Diese **soziale Isolierung des herrschenden Blocks**, dessen Politik folglich nicht nur im Widerspruch zu den Lohnabhängigen sondern auch zu Teilen der Bourgeoisie steht, bringt mit sich, daß die bis zur äußersten Grenze getriebene Ausbeutung der großen Mehrheit und die Marginalisierung¹⁰ bisher privilegierter Schichten unvermeidlich zu einer **zentralisierten, autoritären und äußerst repressiven Diktatur als Regierungsform** führen muß.

Die absolute Stärkung der Exekutive und weitestgehende Schwächung, ja völlige Ausschaltung des Parlaments sind die Widerspiegelung einer objektiven Wirklichkeit, in der ein homogener herrschender Block die Institution des Parlaments als Ort, an dem die Fraktionen der Bourgeoisie öffentlich ihre Differenzen austragen konnten, beseitigt hat. In der Tat gibt es unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum noch etwas auszutragen. Die Veränderungen, die sich aus den neuen wirtschaftlichen Zielen ergeben, erfolgen fast aus-

schließlich im Interesse des neuen herrschenden Blocks, aus dem alle Fraktionen ausgeschlossen wurden, die nicht zur Großbourgeoisie gehören. Daher können diese Maßnahmen nur von einer starken und autoritären Exekutive entschieden werden.

Andererseits wird unter der Voraussetzung einer Tradition des politischen Kampfes und des nationalen Einflusses der Volksbewegung, die ins Parlament einziehen und es zur Tribüne ihrer revolutionären Aktion machen könnte, die Erhaltung eben dieses Parlaments und ganz allgemein des bürgerlichen Liberalismus zu einem großen Sicherheitsrisiko für das Herrschaftssystem.

Drang zur starken und autoritären Exekutive

Diesem System entspricht vielmehr die offene und brutale Repression. Deshalb wird in dem politischen Modell anstelle des Parlaments die Exekutive und die repressive Funktion des Staates gestärkt und zum echten Rückgrat der neuen Herrschaftsstruktur entwickelt. Nur auf der Grundlage dieses Repressionssystems kann die Ausbeutung der Lohnabhängigen über die Zerschlagung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und die physische Vernichtung ihrer Führungskader bis zur äußersten Konsequenz getrieben werden. Nur so kann auch der Widerstand der an den Rand gedrängten Teile der Bourgeoisie gebrochen werden und besonders der des Kleinbürgertums, das zu extremistischen Positionen neigt, wenn sich seine Lebensbedingungen verschlechtern.

Der Hauptfeind des neuen herrschenden Blocks ist die Arbeiterklasse und ihre proletarische Avantgarde, denn die Krise des abhängigen Kapitalismus zeigt deutlich, daß der Reformismus und die Bemühungen, seine Entwicklung durch Klassenversöhnung zu stützen, historisch durch die politischen Bedürfnisse des Großkapitals und die unabhängige Politik der Volksbewegung überwunden sind.

Durch die Krise werden also die Alternativen sichtbar, die sich für die Entwicklung auf dem Kontinent stellen: Auf der



einen Seite die Politik der verstärkten Konzentration, die Entnationalisierung und Unterordnung des einheimischen Großkapitals unter das ausländische Kapital. Auf der anderen Seite eine wirklich nationale und somit antiimperialistische Politik, zu der notwendigerweise die Zerschlagung der Industrie- und Finanzmonopole wie die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktions- und Dienstleistungsbereiche durch den Staat mit dem Ziel der Einleitung einer Planung der Wirtschaft gehört.

So zeigt sich ganz klar der Hauptgegensatz in unserer Gesellschaft: hier die Politik des Großkapitals, die eindeutig faschistisch ist, und dort die Politik der Volksbewegung unter der Führung des Proletariats mit dem Ziel der Errichtung des Sozialismus.

Aus diesem Grund wird in allen Positionen, die ideologisch das System zu rechtfertigen versuchen, um die kleine und mittlere Bourgeoisie zu gewinnen oder zu neutralisieren, die Gefahr hervorgehoben, die dem Kapitalismus allgemein von einer politischen Stärkung der Volkskräfte drohe. Mehr noch: Da das Regime des Großkapitals aus der Krise – welche Ausdruck des Übergangs zu neuen kapitalistischen Akkumulationsformen ist – hervorgeht und Teil von ihr ist, versucht es, diese Krise für seine Bedürfnisse zu nutzen und neue ideologische Formen zu seiner Stärkung und zum Kampf gegen die Volksbewegung zu finden. So verhält es sich z. B. ganz eindeutig im Fall Chiles, wo das Regime hervorging aus der Asche jener Volksregierung, die versucht hat, die sozialistische Zielsetzung der Revolution auf unserem Kontinent zu verwirklichen.

Entstehung des Faschismus – kein Zufallsprodukt

Daher versucht das Großkapital, seine eigene Furcht auf die anderen Teile der Bourgeoisie zu übertragen, die zwangsläufig berührt werden von der politischen Krise, die das Aufeinanderprallen der Positionen des Volkes und der Reaktion unvermeidlich hervorruft. So vermag sich das Großkapital bei der Errichtung seiner Diktatur anfangs auf die kleine und mittlere Bourgeoisie zu stützen. Es versucht dann, obwohl der unterdrückerische Charakter seines Regimes deutlich hervortritt und auch gegen eben diese Teile der Bourgeoisie gerichtet ist, sich deren Unterstützung weiter abzusichern.

Das geschieht mit dem Ziel, den politischen Rahmen zu schaffen für die Entwicklung der neuen Formen der internen Akkumulation im Sinne der Eingliederung der Volkswirtschaft in die neue gesellschaftliche Arbeitsteilung auf internationaler Ebene. Und soweit gehen die für dieses Ziel getroffenen Maßnahmen: Beseitigung praktisch aller alten Institutionen und unumwundenes Hervorheben des repressiven Charakters des kapitalistischen Staates. Hier zeigt sich, daß Regimes dieses Typs in Lateinamerika nicht eine zufällige und noch weniger eine vorübergehende Erscheinung sind. Sie sind Ausdruck der hervorstechenden Züge der einzigen Alternative zum Sozialismus, oder aus einem anderen Blickwinkel gesehen, der einzigen Regierungsform, die der kapitalistische Staat annehmen kann, um zu überleben und im Inland die Akkumulationsformen zu schaffen, die der Kapitalismus als internationales System verlangt.

So stellt sich ein politisches Regime dar, dessen Hauptziel des Überleben des Kapitalismus in einer verschärften Wirtschaftskrise ist, welche ihrerseits eine politische Krise hervorruft, die das System zu zerstören droht. So können wir zu dem Schluß gelangen, daß es eine wesentliche Übereinstimmung zwischen diesem Regime und dem faschistischen Typ des kapitalistischen Staates gibt. Die gleichen Bedingungen führten zur Entstehung des Faschismus in Europa zwischen den beiden Weltkriegen, und dieser Faschismus ermöglichte ebenso wie heute die lateinamerikanischen Regimes die Entwicklung zu höheren Wirtschaftsformen.

Die Abhängigkeit des lateinamerikanischen Faschismus

Diese grundsätzliche Übereinstimmung reicht zwar zur allgemeinen Charakterisierung dieser Regimes aus, aber nicht für ihre spezifische Beschreibung. Wir können hier nur darauf hinweisen, daß sie sich auch in vielen formalen Aspekten vom europäischen Faschismus zwischen den Weltkriegen unterscheiden. Wir sind uns jedoch bewußt, daß hier nicht der Ort ist, eine endgültige Antwort auf die Frage nach der genauen Beziehung zwischen dem Typ des Faschismus, wie er heute in Lateinamerika zu verzeichnen ist, und dem Faschismus, den wir als „klassisch“ bezeichnen können, zu geben. Wir beschränken uns darauf, auf ein Grundelement hinzuweisen, das grundsätzlich zur Lösung dieses Problems beitragen kann, wobei gesonderte und gründlichere Untersuchungen zu diesem Thema erstellt werden müssen.

Es geht darum, daß sich die Unterschiede im wesentlichen dahingehend zusammenfassen lassen, daß die lateinamerikanischen Regimes als nicht nationalistisch, sondern vielmehr als den ausländischen Interessen untergeordnet zu charakterisieren sind; daß sie sich nicht auf eine zivile Organisation oder Partei stützen, um an die Macht zu gelangen, sondern direkt auf die Armee und nicht einmal zu Beginn, wenn die Unterstützung durch die kleine und mittlere Bourgeoisie noch am größten ist, mit einer echten Massenbasis rechnen können. Die Unterschiede sind vor allem ihrem Wesen nach auf etwas zurückzuführen, das die lateinamerikanischen Gesellschaften vor allem auszeichnet – **die Abhängigkeit**. Wir glauben deshalb, daß diese Regimes am besten durch den Begriff **abhängiger Faschismus** zu charakterisieren sind.

Als Funktion der Abhängigkeit der lateinamerikanischen Gesellschaften ist folglich die unvermeidliche Unterordnung der sich in ihnen herausbildenden faschistischen Regimes unter die Interessen des internationalen Monopolkapitals zu erklären. Daher sind die Möglichkeiten, eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die irgendwann neben dem Großkapital auch anderen Schichten zugutekommt, sehr begrenzt. Wenn dies unter Bedingungen der relativen Konsolidierung des Regimes möglich wird, dann sind davon nur sehr kleine Teile dieser Fraktion der Bourgeoisie betroffen.

Politische Front des Antifaschismus

Infolge dieser beiden Sachverhalte ist schließlich die Möglichkeit, eine politische Partei zu entwickeln, begrenzt. Objektiv ist eine solche Partei jedoch nicht erforderlich, insofern die Hauptfunktion, die sie im Sinne des Faschismus zu erfüllen hat, nämlich die Machtübernahme, besser von den Streitkräften selbst wahrgenommen wird.

Gegenwärtig macht die Herausbildung dieses Faschismus den Kampf für Demokratie, für die Beendigung der Repression und für die Bestrafung der Verantwortlichen zur wichtigsten Frage auf unserem Kontinent.

Die jüngsten Erfahrungen und eine lange Kampftradition haben der Volksbewegung in Lateinamerika gezeigt, daß über dieses unmittelbare Ziel hinaus die effektive Zerschlagung des abhängigen Faschismus und der endgültige Sieg der Demokratie nur durch die Beseitigung des Systems erreicht werden können, welches den Faschismus hervorgebracht hat und für welches dieser die letzte Überlebenschance darstellt. Eine wirklich fortschrittliche Alternative kann daher nur sozialistisch sein.

Die anderen Teile der Bourgeoisie, die objektiv ebenfalls vom Großkapital unterdrückt werden, haben die Möglichkeit und die Pflicht, sich der politischen Front anzuschließen, die den Faschismus beseitigen wird. Auch die Volksbewegung ist dafür verantwortlich, daß dies geschieht.

Sie muß ohne Sektierertum und Hegemonieansprüche an die Schaffung einer solchen Front herangehen. Sie muß aber stets ihre Stimme erheben und deutlich machen, daß der antifaschistische Kampf als solcher nur zur Beseitigung der Strukturen führen kann, die der Imperialismus und die Monopole in unseren Ländern geschaffen haben. Sie muß deutlich machen, daß diese Strukturen den höchsten Entwicklungsgrad des abhängigen Kapitalismus darstellen und daß jede andere Form des Kapitalismus eine Rückentwicklung bedeutet, die unter den gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Kapitalismus gar nicht aufrecht zu erhalten ist.

Sie muß deutlich machen: Wenn man mit der Geschichte gehen will, kann man nur mit der Volksbewegung gehen, an deren Spitze die Arbeiterklasse steht. Und sie muß schließlich deutlich machen, was jeder wirkliche Antifaschist in Lateinamerika heute verstehen muß: So wie gestern im Europa der spanischen Republik und der Partisanen sind heute Antifaschismus, Demokratie und Sozialismus untrennbar miteinander verbundene Begriffe.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Unter kapitalistischer **Akkumulation** versteht die marxistische politische Ökonomie die Kapitalbildung auf erweiterter Stufenleiter, die dem Wesen nach in der Rückverwandlung des produzierten Mehrwerts in Kapital besteht. Das geschieht mit dem Ziel, die in einem bestimmten Produktionsumlauf produzierte Mehrwertmasse für ständig steigende Neuinvestitionen zu verwenden und so über eine fortschreitende Ausweitung der Produktion ein kontinuierliches Anwachsen der Kapitalmasse sicherzustellen.
- 2) **Importsubstitution** ist die Bezeichnung für die nach der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre einsetzende Industrialisierungspolitik in Lateinamerika, die auf die Ersetzung von Importgütern für den Binnenmarkt durch inländische Produktion gerichtet ist.
- 3) Als **oligopolistisch** können wirtschaftliche Strukturen dann bezeichnet werden, wenn einige wenige Unternehmen die Produktion und den Markt eines bestimmten Industriezweiges beherrschen.
- 4) Die **Profirate** bestimmt sich nach dem Verhältnis der Mehrwertrate zum Gesamtkapital. Die **Mehrwertrate** bestimmt sich nach dem Verhältnis des produzierten Mehrwerts zu dem Teil des Kapitals, der für den Kauf der Arbeitskraft aufgewendet werden muß. Sie ist „der exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad (Ausbeutungsgrad, d. Red.) der Arbeitskraft durch das Kapital oder des Arbeiters durch den Kapitalisten.“ (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels, Werke, Band 23, Berlin 1956, S. 232).
- 5) Das Gesamtkapital setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen, dem konstanten und dem variablen Kapital. Das konstante Kapital wird für den Einkauf und Unterhalt von Maschinen und Rohmaterialien aufgewendet. Im Gegensatz zum variablen Kapital, das für den Kauf der Arbeitskraft durch den Kapitalisten aufgewendet werden muß, schafft es von selbst keinen Mehrwert. Die **organische Zusammensetzung** des Kapitals ist das wertmäßige Verhältnis des konstanten zum variablen Kapital.
- 6) Die Produktion des **relativen Mehrwerts** wird durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität über die Anwendung modernerer Technologie im Produktionsprozeß erreicht, die Produktion des **absoluten Mehrwerts** dagegen durch die Verlängerung des Arbeitstages sowie durch die Erhöhung der Arbeitsintensität. Beides sind Methoden zur Erhöhung des Ausbeutungsgrades.
- 7) Unter **Subsistenzwirtschaft** versteht man die landwirtschaftliche Produktion im Familienverband, in der Hauptsache für den Eigenverbrauch. Der Subsistenzbereich ist gekennzeichnet durch relativ niedrige Produktivität infolge der Verwendung einfacher Arbeitsmittel und eines schwach entwickelten Standes der Arbeitsteilung.
- 8) System der wirtschaftspolitischen Schutz- und Fördermaßnahmen zur Stärkung und Bevorteilung des nationalen Kapitals; insbesondere zur zollpolitischen Abschirmung des Binnenmarktes gegen eine zu stark werdende ausländische Handelskonkurrenz.
- 9) Siehe hierzu die detaillierte Analyse von Robert Cole, Chicagoer Schule und faschistische Wirtschaftspolitik, in diesem Heft.
- 10) **Marginalisierung** ist ein feststehender gesellschaftswissenschaftlicher Begriff, der einen Prozeß des sozialen Abstiegs bzw. des An-den-Rand-der-Gesellschaft-gedrängt-Werdens bezeichnet. Der sichtbarste Ausdruck von Marginalität in Lateinamerika sind die Slumgürtel der Großstädte, die die ständig anwachsende Masse der verarmten Kleinbauern, der kleinen Warenproduzenten sowie der zu Dauerarbeitslosigkeit verdamnten Land- und Industrieproletarier aufnehmen.

Robert Cole

Chicagoer Schule und faschistische Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftspolitische Konzept der chilenischen Junta wurde in enger Anlehnung und in Beratung durch Vertreter der sogenannten „Chicagoer Schule“ um den Geldtheoretiker und Nobelpreisträger Milton Friedman entwickelt.

Die charakteristischen Züge der Wirtschaftskonzeption des chilenischen Faschismus und ihre Folgewirkungen untersucht im folgenden Beitrag der US-amerikanische Professor für Ökonomie Robert Cole.

Es handelt sich hier um die um einige Passagen gekürzte Fassung der von Professor R. Cole auf den Nürnberger Verhandlungen Ende des vergangenen Jahres vorgetragenen Analyse.

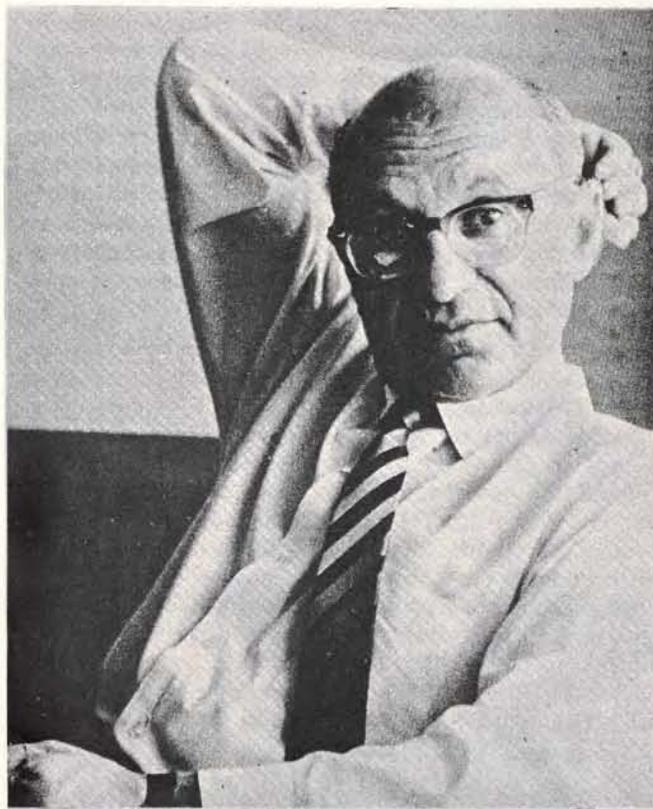
Ich erinnere mich, wie ich als Ökonomiestudent oft auf Werke von Wirtschaftswissenschaftlern der Universität von Chicago gestoßen bin. Die Ansichten dieser Professoren ähnelten sich sehr – so wurden sie als die „Chicagoer Schule“ bekannt; Milton Friedman war inoffiziell ihr „Dekan“. Die grundlegende Ansicht dieser „Schule“ war der Glaube an Adam Smith's unsichtbare Hand als dem einzig möglichen Mechanismus, gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Hilfswissenschaften beschäftigten sich mit Sozialpolitik, mit der eine nahezu handlungsfähige Regierung den Mechanismus eines „Laissez faire“-Kapitalismus unterstützen könnte.

Es war schwierig, die „Chicagoer Schule“ ernst zu nehmen. Unter anderem schienen ihre Ideen wenig mit der Realität in der Welt übereinzustimmen – Ideen, die wenig Bedeutung für jene zu haben schienen, die reale Entscheidungen im Weltmaßstab treffen. Es schien eher, daß die „Chicagoer Schule“ mit netten und harmlosen Debatten beschäftigt war, wie es für Wissenschaftler manchmal typisch ist. (. . .)

CIA: ein Auftrag für die „Jungs von Chicago“

Die CIA plant weit voraus. Schon als sie die Regierung unter Allende aktiv unterminierte, beauftragte die US-Regierung Proteges aus Chicago mit der Erarbeitung eines 300 Seiten umfassenden Entwurfes für eine Wirtschaftspolitik, die nach einem Sturz der Regierung der Unidad Popular (UP) Anwendung finden sollte. Mit den Generälen kamen auch die „Jungs von Chicago“, die jetzt mindestens ein Drittel der leitenden Positionen im Bereich der Wirtschaftspolitik der Junta einnehmen¹. Logischerweise strebten sie danach, das „Programm von Chicago“ zu verwirklichen, das sie für die CIA ausgearbeitet hatten. Arnold Harberger – die Hauptperson in dieser Verbindung – war seit dem Umsturz mindestens schon fünfmal in Chile. Während eines Aufenthaltes im Jahre 1974 lobte er die Politik der Junta, sie habe so viel Fortschritt mit so wenig Aufwand erreicht. Er sagte voraus, daß die Produktion mit ein bißchen Glück im Jahre 1974 um 4–5 %, und im Jahre 1975 um 10 % steigen würde.

Die Unterstützung, die die Junta von der „Chicagoer Schule“ erhält, wurde am deutlichsten als Professor Friedman, Harberger und Langoni im März 1975 nach Santiago reisten, wo sie Pinochet und Minister seines Kabinetts trafen und auch



M. Friedman – Mann der Konzerne

öffentliche Vorlesungen hielten. Zu jener Zeit stellte Friedman die Diagnose, daß die chilenische Wirtschaft an einem „Haushaltsdefizit, begleitet von Geldumlaufschwierigkeiten“ leide. Folgende Empfehlung wurde gegeben: die öffentlichen Ausgaben zu senken, das Anwachsen des Geldumlaufs und das Kreditwesen zu stoppen, Einschränkungen und Subventionen für Unternehmungen aufzuheben, das Einmischen der Gewerkschaften in die Wirtschaft auszuschalten und die Reallöhne zu senken. Mit dieser Politik würde sich die Inflationsrate schnell auf 5 % pro Monat senken, was wiederum eine verstärkte Kapitalbildung und ökonomisches Wachstum zur Folge hätte. Ein vorübergehender Anstieg der Arbeitslosenrate würde in Kauf genommen werden, was zum Teil durch Senkung der Reallöhne verhindert würde, und was den Ersatz von Arbeit für Kapital in der Produktion verstärken würde. Die Politik der Junta hatte sich natürlich schon nach diesen Richtlinien orientiert. Das Rezept der „Chicagoer Schule“ war, die Intensität der Therapie (in Friedmans Worten „Schocktherapie“) zu erhöhen. „Business Week“² beschrieb sie als „drakonische Maßnahme“, „Cold Turkey“ und ein „Laborexperiment“. Friedman sagte voraus, daß seine Therapie bis Anfang 1976 einiges aus der Wirtschaft herausholen würde. Die Junta handelte schnell nach der Empfehlung von Friedman und Harberger und begann mit einer Umbildung des Kabinetts. (. . .)

Friedmans Bruderschaft mit Washington und den Multis

Die Versuchung, Leute wie Friedman und Harberger als den Typ des harmlosen Professors hinzustellen, der sich nur der Wissenschaft und den Studenten widmet und fern von Entscheidungen steht, welche die Geschichte beeinflussen, muß überwunden werden. In Wirklichkeit hat sich die „Schule“ in eine gewaltige ideologische Bruderschaft mit der US-Regierung, multinationalen Konzernen und multilateralen Finanzinstitutionen begeben.

Friedmans inoffizieller Start in die Welt der Leute, die politische Entscheidungen treffen, war 1964, als er Wirtschaftsberater von Barry Goldwater war, der gerade für das Präsidentenamt kandidierte. Seither spielt er eine größere Rolle als Publizist für Institutionen und Interessen wohlhabender Leute. Sein diesbezüglicher Standpunkt wird in seiner neuesten Ausgabe journalistischer Schriften dokumentiert. Er bevorzugt rechtsextreme Regierungen, einschließlich Rhodesien und Südafrika neben Chile. Obwohl darüber keine Dokumentation vorliegt, wird er in wirtschaftspolitischen Kreisen im allgemeinen als der aktivste öffentlich auftretende Sprecher seines Faches bezeichnet. Sein Publikum ist natürlich der Wirtschaftsbereich in Amerika. Friedmans Ansichten ähneln denen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

Die Politik der „Chicagoer Schule“ gegenüber Chile hat auch unter führenden Politikern der USA Anklang gefunden. Im Jahre 1976 besuchte Finanzminister Simon Chile. Simon gratulierte Pinochet zur Wiederherstellung der ökonomischen Freiheit in Chile und zu seiner Anti-Inflationspolitik und empfahl, die Junta weiterhin ökonomisch zu unterstützen. Während der Allende-Regierung sank die jährliche Rate direkter ökonomischer Hilfe der USA an Chile um 84 %³. Mit dem Sturz der UP-Regierung manifestierten die USA ihre Zustimmung zur Politik der Junta mit einem zwölfwachen Anstieg der Hilfe, die Schuldentilgung nicht eingerechnet. Dieser neue Satz war zweimal so hoch wie der in den Jahren 1969 und 1970, was Chile jetzt zum größten Empfänger finanzieller Hilfe der USA in Lateinamerika macht. (. . .)

Das attraktivste Steuerpaket in der ganzen 3. Welt

Die Junta hielt sich eng an das Ideal ökonomischer Freiheit und an die Pläne der CIA für Chile und hob die Preiskontrollen im Herbst 1973 schnell auf. Die Regierung der UP hatte die Preise durch strenge Kontrollen niedrig gehalten, eine chilenische Praxis, die schon 30 Jahre alt war. Nachdem diese Fesseln entfernt waren, stieg das Preisniveau um ein Fünffaches im dritten und letzten Vierteljahr 1973, was einen größeren Anstieg als während der Jahre 1970–1973 (im zweiten Viertel) bedeutete. Die „Jungs von Chicago“ rechtfertigten diese dramatischen Preissteigerungen, indem sie sie als notwendigen Ausgleich für eine Geschichte von Preiskontrollen und finanz- und währungspolitischer Unverantwortlichkeit hinstellten. Solch ein Ausgleich müßte einer effektiven Anwendung der Politik der „Chicagoer Schule“ vorangehen. Preisangleichungen haben sich auch auf den Wechselkurs ausgewirkt. Ein einziger Wechselkurs wurde festgelegt. Der Peso durchlief eine Serie von Abwertungen mit dem Zweck, Zahlungsdefizite zu beseitigen. Da von der Abwertung des Peso eine Ausweitung des Exports erwartet wurde, verstrickten sich diese Maßnahmen mit dem Konzept der Junta, den Außenhandel zum führenden Sektor bei der Ankerbelugung von ökonomischem Wachstum und Vollbeschäftigung zu machen. Es war weiterhin beabsichtigt, den Außenhandel durch Einschränkungen der Tarife anzukurbeln. Indem die Tarife gesenkt und Subventionen für nationale Unternehmen gestrichen würden – so behauptete man – würden chilenische Firmen gezwungen, nicht mehr für den nationalen, sondern

für den Weltmarkt zu produzieren. Ebenfalls wurde versichert, daß internationale Konkurrenz die Firmen, die noch für den inländischen Markt produzierten, an der Ausnutzung ihrer Monopolstellung hindern würde.

Zusätzlich zu Importen wurde die chilenische Wirtschaft ausländischen Investitionen geöffnet. Ausländischen Firmen wird jetzt garantiert, daß sie keinen einschränkenden Kontrollen unterworfen werden, daß es keine Beschränkung auf den Abzug von Profiten gibt, daß Kapitalvernichtung zu günstigen Bedingungen stattfinden kann, daß es für Hauptgüter ermäßigte Zölle gibt und daß ihnen Steuern erlassen werden. Das Steuerpaket für ausländische Firmen ist heute das attraktivste in der ganzen Dritten Welt. Sondergenehmigungen und -konzessionen bezüglich der Ausbeutung von Rohstoffen, besonders Kupfer, Petroleum und Bauholz, werden gewährt. Das Konzept der Junta beinhaltet, daß inländische Quellen unzureichend für die erforderliche Kapitalbildung sind, und daß deshalb internationale Quellen herangezogen werden müssen. Während der Allende-Regierung waren eine große Anzahl von Firmen nationalisiert oder von der Regierung unter die Oberaufsicht der Öffentlichen Entwicklungsgesellschaft (CORFO) gestellt worden. Zusätzlich wurde eine großzügige Landreform durchgeführt.

Einführung der „Schocktherapie“

Diese Maßnahmen waren natürlich bête noire (Greuel, d. Red.) für das Konzept der ökonomischen Freiheit der „Chicagoer Schule“. Schnell wurden Pläne bewerkstelligt, um den staatlichen Sektor einzuschränken. Von den 492 Unternehmen unter staatlicher Kontrolle sind 293 wieder in die Hände ihrer früheren Besitzer übergegangen. Die meisten der übrigen wurden zu Niedrigstpreisen zur Versteigerung freigegeben, von denen 141 entweder verkauft sind oder gerade verkauft werden⁴. Im Höchstfall plant die Junta, 20 Firmen im öffentlichen Sektor zu behalten⁵. Was das Programm der Landreform anbetrifft, so gingen Anfang 1974 60 % der Bauernhöfe (1,7 Mio Hektar) wieder in Besitz von Großgrundbesitzern über⁶.

Nachdem die Kräfte für private Initiativen wieder in Gang gesetzt waren, entsprach es der Chicago-Doktrin auch, „Verantwortung“ für Geld und Finanzen einzuführen. Traditionelle Methoden, den Geldumlauf einzuschränken, wurden eingeführt, einschließlich einer Erhöhung von Reservemengen, des Rückgangs des Gelddrucks und der Anhebung der Kreditkosten. Aber zur gleichen Zeit machte die Junta Anleihen und Überweisungen an große Firmen und erlaubte privaten Finanzinstituten, Geld zu drucken. Zusätzlich dazu wurden „Financieras“ (sie ähneln Investitionsbanken) zur Stimulierung von Investitionstätigkeiten eingerichtet.

In Übereinstimmung mit der Ideologie der „Chicagoer Schule“ drängte die Junta nach Einschränkung der Regierungsausgaben und Steuererhöhung. Der Theorie entsprechend würde dies nicht nur als eine Bremse für Geldexpansionen wirken, sondern auch Mittel für die Privatwirtschaft freisetzen. Real wurden zwischen 1972 und 1974 die öffentlichen Ausgaben um 11 % reduziert, obwohl der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt leicht angehoben wurde.

Die „Schocktherapie“ wurde unverhofft nach dem Besuch von Friedman und Harberger im Jahre 1975 eingeführt. Einkommens- und Grundsteuern wurden um 10 % erhöht, während die Mehrwertsteuer auf 20 % heraufgesetzt wurde⁷. Steuern wurden jetzt ehemals steuerfreien Sektoren auferlegt, und an früher öffentlich zugänglichen Universitäten wurde Schulgeld eingeführt. Es muß daran erinnert werden, daß nach Auffassung der „Chicagoer Schule“ militärische Aufwendungen eine von den wenigen Bereichen sind, die mit ökonomischer Freiheit übereinstimmen. Woanders wurden

Regierungsabteilungen angewiesen, in einem realen Zeitraum die Peso-Ausgaben um 15 %, die Dollar-Ausgaben um 25 % zu kürzen und alle Bauvorhaben zu stoppen⁸. Die Ausgaben für das Bildungs- und Gesundheitswesen sollten zwischen 1974 und 1976⁹ um 41 % gekürzt werden, um so den Fehler aus der Vergangenheit, das Wohlfahrts- und Sozialsystem über die Möglichkeiten der Wirtschaft hinaus auszudehnen, zu korrigieren. Die Stellen der Regierungsangestellten um 20 % zu kürzen, wurde als Ziel festgesetzt. Bis Juni 1975 wurden 40 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen¹⁰. Die Regierung hatte jetzt einen Überschuß im Haushalt, trotz der schwindenden Steuergrundlage. Die Einnahmen wurden zur Tilgung von Geldzahlungen genutzt.

Die Politik der „Chicagoer Schule“ hatte nur begrenzten Erfolg, den Umlauf des Geldes einzudämmen. Es ist schon merkwürdig, daß die Empfehlungen von Harberger und Friedman einen Anstieg des Geldumfangs im letzten Dreivierteljahr 1975 bewirkten. Aber bis zur ersten Hälfte von 1976 wurde die Wachstumsrate um mehr als die Hälfte reduziert, wenn man sie mit 1974 und 1975 vergleicht.

Wie von den „Chicagoer Jungs“ vermutet, fiel die Inflationsrate in die unmittelbare Nähe von 200 % pro Jahr. Gleichzeitig sollte auch festgehalten werden, daß durch die neue Politik der Junta die Preise astronomisch in die Höhe schossen und die Inflationsrate immer höher ist als zur Zeit Allendes. Mehrere Faktoren außer dem Geldumlauf haben dazu beigetragen, die Inflation einzudämmen. Zuerst einmal hat die Junta Kredite in Höhe von 2 Mrd Dollar während der ersten 2 1/2 Jahren Amtszeit von der Regierung der USA, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und von privaten Banken¹¹ bekommen, wobei sie zur Güterzufuhr durch Importe beitrugen. Zweitens wurde die Importkapazität der Wirtschaft durch die Kupferpreise erhöht, die wesentlich über denen während der Regierung Allende lagen.

Spekulantentum und sinkende Reallöhne

Das Ausbleiben materieller Investitionen 1974/75 steht in Beziehung zu verschiedenen Faktoren, die außerhalb des Chicagoer Modells begründet sind oder von ihm abgelehnt werden. Die Einrichtung von „Financieras“ als Basis für den Kapitalmarkt hat die Institution und den Fonds zu Spekulationen veranlaßt.

So wurden die Spekulationsaktivitäten zur bedeutendsten „Wachstumsindustrie“, wie sich das in den Preisen auf dem Aktienmarkt bemerkbar macht, die schneller als die allgemeinen Preise gestiegen sind¹². Aber wichtiger ist sogar noch, daß nur wenige Unternehmen – sowohl chilenische als auch ausländische – daran interessiert sind, in einer kranken Wirtschaft zu investieren. Viele Firmen sind entweder geschlossen oder arbeiten nur drei Tage pro Woche, was kaum ein Anreiz ist, die Kapazitäten zu erweitern. Für US-Firmen zum Beispiel betrug die Rate der Reinvestitionen 1974 2,7 % (0,0 % in der Industrie), was die niedrigste Rate in Lateinamerika war¹³.

Die verschiedenste Wirkung hatte die Politik der Junta auf die Arbeitslosigkeit. Während der Regierung Allendes fiel die Arbeitslosenquote auf 3,1 %¹⁴, eine Zahl, die die „Jungs von Chicago“ zweifellos als über der „natürlichen Höhe“ betrachteten. Ende 1975 mußte die Junta eine Quote von 22 % zugeben – inoffizielle Schätzungen lagen sogar bei 30 % und höher. Im Juli 1976 lag eine vorsichtige Schätzung bei 25 %¹⁵. Dazu kommt, daß die große Anzahl von politischen Entlassungen nicht in den offiziellen Ziffern enthalten sind. Wie es als Teil der Politik der „Chicagoer Schule“ vorgesehen war, sollten die Reallöhne gekürzt werden, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit umzukehren. Unter Allende stiegen die Reallöhne zwischen 1970 und 1972 um 20 %. 1974 sind durch die Politik der Junta die Reallöhne – von ihrem



Slums in Santiago

Stand von 1972 – um 21 % gesunken. 1975 sind sie weiterhin um einige Prozent gesunken¹⁶. Die Reduzierung der Real-löhne wurde durch die Kriminalisierung der Vereinigten Arbeiterföderation und durch die Illegalisierung von Streiks erleichtert. (. . .)

Die Voraussagen für einen reibungslosen Übergang in die Produktion stellten sich als genauso ungenau heraus wie die für die Beschäftigungslage. Im Jahre 1975 ging das Brutto-sozialprodukt um 15 % zurück – das ist der niedrigste Stand der letzten sieben Jahre! –, wohingegen die Industrieproduktion gar um 28 % zurückging. Während die Industrieproduktion nicht so stark wie 1975 zurückging, sank sie auch im Jahre 1974 im Vergleich zu den Jahren während der UP-Regierung.

Nebenbei bemerkt sollten wir die unterschiedlichen internationalen Bedingungen der Junta und der Regierung Allendes festhalten. Die Produktionssteigerung unter der UP-Regierung fand in einer feindlichen Umgebung statt. Nixon hatte – um es mit seinen Worten auszudrücken – die Absicht, „die chilenische Wirtschaft zum Schreien zu bringen.“ Die UP sah sich mit einem totalen Boykott von Seiten der USA und der Weltbank konfrontiert. Zur gleichen Zeit fielen auch die Kupferpreise. Der CIA brachte die Wirtschaft durch Unterstützung von Streiks und Sabotageakten ins Wanken; die Kupferkonzerne der USA und ITT trugen zum Sturz der Regierung bei, was sie nur konnten. Im Gegensatz dazu hat die Junta auf legaler Basis Streiks verboten, und wo wilde Streiks durchgeführt wurden, hat sie deren Führer kurzerhand beseitigt. Hätte die UP nicht ständig unter internationaler ökonomischer Belagerung gestanden, hätte sich ihre wirtschaftliche Entwicklung sicher weiter verbessert. Deshalb wäre der wirtschaftliche Abstieg unter der Junta sogar noch drastischer gewesen, als Statistiken das zeigen.

Chiles Wirtschaft „zum Schreien“ gebracht

Sogar nach dem jetzigen Aussehen der Statistiken ist dieser steile Rückgang ein negatives Indiz für die Chicago-Junta Theorie. Sie steht deutlich im Widerspruch zu Harbergers Voraussage, die Produktion würde „mit ein wenig Glück“ 1974 um 4–5 % und 1975 um 10 % steigen. Wir haben auch keinen Beweis für die guten Dinge, die Friedman für die Wirtschaft für Anfang 1976 vorausgesagt hat. (. . .)

Der „Plan von Chicago“ hat den Grad ökonomischer Ungleichheit um ein vielfaches verschärft mit dem Ziel, Investitionstätigkeiten zu fördern. Laut einer Schätzung von Michel

Chośudowsky aus dem Jahre 1974 stieg das Einkommen der obersten 5 % der Bevölkerung von 22,7 % auf ungefähr 50 % des Einkommens¹⁷. Obwohl das Bruttosozialprodukt zwischen 1972 und 1975 um 19 % pro Person gefallen ist, haben die wohlhabendsten 5 % immer noch von dem Putsch profitiert.

Für alle anderen war er eine ökonomische Katastrophe. Die Mittelklasse verkauft jetzt ihre Verbrauchsgüter, während 25 % der Wissenschaftler und Techniker emigriert sind¹⁸. Über die Hälfte der Bevölkerung sinkt immer tiefer auf der Einkommensskala und leidet unter extremer Armut. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß ein Arzt des öffentlichen Gesundheitswesens berichtet, daß die Hälfte der Kinder, die in die Klinik kommen, an ernsthafter Unterernährung leiden.

Die wachsende ökonomische Ungleichheit verläuft parallel zur wachsenden Kapitalkonzentration. Nach Auffassung der Junta können nur die großen Konzerne ernsthaft auf dem Weltmarkt konkurrieren. Diese Konzerne werden daher subventioniert und Verschmelzungen gefördert. Große Unternehmen waren in der Lage, ihre wirtschaftsbeherrschende Stellung auszubauen, weil sie bevorzugten Zugang zu Krediten haben. Dazu kommt, daß der wirtschaftliche Rückschritt kleine Firmen besonders hart traf. Viele waren Zulieferbetriebe, und als die Aufträge zurückgingen, bevorzugten große Betriebe, die Aufträge selbst auszuführen statt sie an ihre Zulieferbetriebe weiterzugeben. Als Folge davon hat eine große Anzahl von kleineren Firmen bankrott machen müssen. (...)

Hauptnutznießer faschistischer Wirtschaftspolitik

Nach Orlando Leteliers Worten hat die Politik der „Chicagoer Schule“ „die ökonomische und politische Macht einer kleinen herrschenden Klasse durch eine massive Verlagerung von Reichtum aus den Händen der Arbeiter- und Mittelklasse in die Hände einer ausgewählten Gruppe von Monopolisten und Geldspekulanten“¹⁹ sichergestellt. Auf der einen Seite ist ein großer Teil der Chicago-Politik dazu bestimmt, Profite zu steigern, z. B. durch Senken von Reallöhnen. Aber der wichtigere Aspekt geht über die Einzelaspekte von Preisgestaltung und Profitrate hinaus. Es ist die **Wiedereinführung eines ganzen Systems**. Der erste Schritt war das Rückgängigmachen der Veränderungen unter der Regierung Allende. Aber weil die Chicago-Junta Politik jetzt taktisch im Vorteil ist, strebt sie danach, ein System des „Laissez faire“-Kapitalismus zu etablieren, wo das Kapital frei von allen Einschränkungen ist, ohne Rücksicht auf soziale und ökonomische Konsequenzen.

Wenn die „Chicagoer Schule“ in diesem Licht betrachtet wird, stellt sie sich als militärischer Berater für das Kapital und für das dar, was dieses offensichtlich als Klassenkrieg ansieht. In dieser Beziehung gehen das Zerschlagen der Gewerkschaften und die hohe Arbeitslosenquote einher mit der Zerstörung des „marxistischen Krebses“ und der Disziplinierung der Arbeitskraft. Die Disziplin hat sowohl eine politische als auch eine ökonomische Funktion. Auf politischer Ebene werden Arbeiter verfolgt, wenn sie sich gegen die „ökonomische Freiheit“ des Kapitals wenden. Ökonomisch gesehen wird den Arbeitern beigebracht, ihre Erwartungen zu senken, dankbar für jeden verfügbaren Job zu sein, egal unter welchen Bedingungen. Würde dies alles erfolgreich durchgeführt, so müßte Chile eine fügsame und entpolitisierte Masse an Arbeitern haben, die keine Gefahr für das Wirtschaftssystem bedeutet.

Kleinkapitalisten, von denen viele – wie schon oben angesprochen – bankrott gemacht haben, gehören nicht zu den Nutznießern dieser Politik. Gegner der Regierung der Unidad Popular, einschließlich des früheren christdemokratischen Präsidenten Frei und anderer gemäßigter Kräfte, sowie Klein-



produzenten, die den inländischen Markt belieferten, gehören jetzt zur Opposition gegen die Junta und gegen ihre von Chicago bestimmte Politik. Die Anstrengungen der Junta, die Kapitalkonzentration zu fördern, sind nicht nur arbeiterfeindlich, sondern richten sich genauso gegen den Mittelstand.

Der größte Nutznießer dieser Politik ist augenscheinlich das internationale Kapital. Nationale Bourgeoisien haben einen geschützten inländischen Markt, der von Tarifen und anderen Arten von Unterstützung gefördert wird, immer bevorzugt. Im Gegensatz dazu begünstigt die Junta multinationale Konzerne, indem sie ihnen die Wirtschaft für Importe und direkte Investitionen zugänglich macht. Dabei steigen die Profite der ausländischen Konzerne. Wie wir schon festgestellt haben, ist das ökonomische Konzept der Junta ganz auf die internationalen Interessen als Hauptstütze der chilenischen Wirtschaft ausgerichtet. Daher ist der wohlwollende Empfang, der der Junta von privaten und Finanzgruppen der Vereinigten Staaten bereitet wurde, kaum verwunderlich.

Friedman und Harberger haben ausgeführt, daß sie zur politischen Freiheit in Chile beitragen, indem sie behaupteten, sie hätten die Generäle von einer Politik zu überzeugen versucht, die die Junta stürzen würde. Es entspricht jedoch eher der Wirklichkeit, daß die „Jungs von Chicago“ Empfehlungen gegeben haben, die den Faschismus notwendig machen; denn nur mit Maschinengewehren kann gegen die Opposition von Arbeitern und Mittelklasse gegen diese Politik angegangen werden. Im Gegensatz zum Anspruch der „Chicagoer Schule“, daß ökonomische Freiheit zu politischer Freiheit führt, ist es klar, daß das Fehlen politischer Freiheit notwendig ist, um ihre extreme Form ökonomischer Freiheit zu etablieren. General Pinochet handelt streng nach diesen Regeln, wenn er eine Kette von militärischen Vorschriften erläßt. Es ist schwer zu glauben, daß Friedman und Harberger dies nicht genauso deutlich vor Augen hatten wie die Generäle.

Anmerkungen:

- 1) The Chicago Maroon, 10. Oktober 1975
- 2) Business Week, 12. Januar 1976
- 3) William Goodfellow, Chiles Wirtschaftskrise: 1976 und später; in: International Policy Report, September 1976, S. 4
- 4) Orlando Letelier, Die schrecklichen Wege der ökonomischen „Freiheit“; in: The Nation, 28. August 1976, S. 139
- 5) Andre Gunder Frank, Offener Brief an Arnold Harberger und Milton Friedman; in: The Review of Radical Political Economics, Sommer 1975, S. 69
- 6) James Petras, Terror und Wirtschaftskrise: Das Erfolgsrezept der chilenischen Junta; in: New Politics, Winter 1976, S. 64
- 7) Nordamerikanischer Kongress über Lateinamerika, Chile: Zurück in die kapitalistische Krise, November 1976, S. 15
- 8) Wall Street Journal, 4. November 1975
- 9) W. Goodfellow, a. a. O., S. 16
- 10) J. Petras, a. a. O., S. 64
- 11) New York Times, 20. Februar 1976
- 12) W. Goodfellow, a. a. O., S. 16
- 13) ebenda, S. 5
- 14) O. Letelier, a. a. O., S. 141
- 15) ebenda
- 16) aus Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) errechnet
- 17) A. Frank, a. a. O., S. 65
- 18) aus IWF-Zahlen errechnet
- 19) O. Letelier, a. a. O., S. 140

dem Versuch, unsere Revolution durch opportunistische und karrieristische Praktiken aufzuhalten; indem Spaltungen betrieben, Rassismus und Stammesegoismus und andere inkorrekte Ideen verbreitet werden, um ihre Ziele durchzusetzen. Diese **Rechtsopportunisten** verhindern die Entwicklung der organisatorischen Bewegung, sondern sich selbst mehr und mehr von den Massen ab und unterminieren heimlich das Wachstum der Volksmacht. Um ihren Absichten näher zu kommen, weichen diese Elemente offenen ideologischen Debatten als dem korrekten Weg zur Lösung von Streitfragen aus; sie ziehen Verleumdungen und bürokratische Arbeitsmethoden vor.

Wir müssen ebenso stets wachsam gegen **linksradikale Tendenzen** in unserer Organisation sein, die nicht imstande sind, die konkrete Situation in unserem Land und die momentane Phase unseres Kampfes einzuschätzen, und demagogische Versprechungen machen, die das Volk verwirren.

Aus all diesen Gründen sind die Worte des Genossen Präsidenten Agostinho Neto noch immer von Bedeutung, wenn er sagt: „Die MPLA, die VRA³ und ihre Regierung werden auf keinen Fall die Spaltung der politischen Front zulassen, die uns zum endgültigen Sieg für die Erfüllung der Sehnsüchte der am meisten ausgebeuteten Schichten führt. Wir werden keine spalterischen Demonstrationen dulden und die Abweichungen bestrafen, die von Abenteurern jeder Sorte immer noch in unsere Bewegung zu bringen versucht werden“.

Auf diese Weise werden wir bei der Behauptung und Entwicklung unserer angolischen Persönlichkeit erfolgreich sein, indem wir stets die allgemeine Situation in unserem Land beachten.

Die allgemeine Situation

Die Bedingungen, die durch den plötzlichen Weggang einer großen Zahl von Technikern aus unserem Lande entstanden waren, zusammen mit der Sabotage und dem Diebstahl von Gütern und Ausrüstungen, die von den flüchtenden Kolonialisten begangen und noch verschärft wurden, durch den imperialistischen Aggressionskrieg, den die junge Volksrepublik Angola tragen mußte, führten zu gewaltigen Schwierigkeiten während des ersten Jahres der Unabhängigkeit.

Der Mangel an politischen und technischen Kadern, der Niedergang der Produktivität in allen Sektoren, dazu noch der gewaltige Schaden, der dadurch entstand, daß wir große Teile unserer Produkte (Kaffee, Baumwolle, Sisal, usw.) nicht vorteilhaft absetzen konnten, bereiten unserer Regierung ernste Sorgen.

Die Sabotage, die von einigen Monopolgesellschaften betrieben wurde, unter denen namentlich die Cabinda Gulf Oil zu nennen ist, die ihre Aktivitäten für mehrere Monate einstellte, der bedeutende Anstieg des illegalen Diamantenhandels sind weitere wichtige Probleme, die gelöst werden müssen, da sie zu einem starken Rückgang unserer Devisen führen.

Zu all diesen Fragen, welche die ökonomische Entwicklung unseres Landes betreffen, kann noch die Unorganisiertheit und die schwache Mobilisierung der Massen allgemein hinzugezählt werden; Faktoren, die der Feind dazu nutzt, Disziplinlosigkeit zu schüren und falsche Ideen zu infiltrieren.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat es unser Volk geschafft, die unzähligen Hindernisse zu überwinden, und die Bilanz des ersten Jahres der Unabhängigkeit hat sich als außerordentlich positiv erwiesen, sowohl was die Bewältigung der Aufgaben des nationalen Wiederaufbaus als auch was die Verteidigung des Landes und die Organisation des Volkes betraf. Bei diesen Anstrengungen müssen wir die Hilfe der sozialistischen Länder betonen, und vor allem die kämpferi-

sche internationalistische Hilfe des kubanischen Volkes, seiner Partei und seiner Führer, die in vielen Bereichen zu den erreichten Erfolgen beigetragen haben.

Die Dynamisierung aller Bereiche hat den Vorrang, wenn die Organisation um die MPLA verstärkt werden soll. Also werden wir auch an der „Organisationsfront“ fortschreiten und uns selbst mit vollem Herzen in die Aufgaben der Organisation stürzen.

Die Fronten unserer Offensive

Wenn wir diese Offensive voller Energie und mit Entschiedenheit vorantreiben, müssen wir zunächst sorgfältig überdenken, auf welche Gebiete der größere Teil unserer Anstrengungen konzentriert werden soll. Daher:

a) An der **Front der Organisation**: Bei der Analyse unseres revolutionären Prozesses und im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Revolution zu konsolidieren, müssen wir die fundamentale Frage berücksichtigen, daß die Arbeitsmethoden korrigiert werden müssen, die den von der MPLA empfohlenen zuwiderlaufen und die immer noch einen großen Teil unserer Organisation schädlich beeinflussen.

Deshalb nimmt der Kampf gegen die Bürokratisierung der Struktur, gegen das Abgehen vom demokratischen Zentralismus, gegen Undiszipliniertheit und alle unkorrekten Praktiken entscheidende Bedeutung in der gegenwärtigen Phase unseres Kampfes ein.

Damit dieser Kampf erfolgreich wird, ist ein tiefes Verständnis für die Realitäten unseres Landes unerläßlich, bereichert um die Kenntnis der Erfahrungen anderer Revolutionen, so daß wir die revolutionäre Theorie, die marxistisch-leninistische Theorie, schöpferisch anwenden können, und auf diese Weise unser ideologisches Niveau heben und den „Geist des reinen Buchwissens“ wie die stereotype Übertragung allgemeiner Theorien bekämpfen.

Die Aufgaben der Stunde

In dieser Hinsicht müssen wir die „Bewegung der Organisation“, wie sie vom Zentralkomitee der MPLA in Gang gebracht worden ist, vorantreiben, da sie das einzige Mittel ist, die objektiven Bedingungen für den ideologischen Fortschritt zu schaffen, der es möglich macht, **eine marxistisch-leninistische Partei aufzubauen**, das einzige Instrument, das gewährleisten kann, daß unser Votum für den Sozialismus Realität wird.

b) An der **ökonomisch-finanziellen Front**: Da wir eine Wirtschaftsstruktur geerbt haben, in der die Produktivkräfte nicht im Dienste des Volkes entwickelt wurden, ist jetzt eine vereinte Produktionsanstrengung erforderlich, um die ernststen ökonomisch-finanziellen Probleme so schnell wie möglich zu lösen.

Die gegenwärtige Situation, die durch einen Mangel an Waren und eine graduelle Steigerung der Lebenshaltungskosten charakterisiert ist, erfordert einerseits einen Kampf gegen Verschwendung und gegen die Zerstörung unseres Reichtums, und andererseits eine Intensivierung der Produktion und eine Steigerung der Produktivität.

Wenn diese Produktionsanstrengung von den Massen in einer bewußten und entschiedenen Weise angegangen wird, wenn die Verantwortlichen aller Sektoren strenge Sparmaßnahmen anwenden und wenn wir uns anstrengen, die gesellschaftliche Organisation zu entwickeln, dann würden allmählich viele Probleme beseitigt werden.

Auf der anderen Seite ist es dringlich, Produktionsgenossenschaften zu vermehren und zu unterstützen, und wirksam das Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land zu bekämpfen.

Auslieferung Angolas ?

Überall und zu jeder Zeit müssen wir unsere Gesetze, die Rolle der Arbeit in der Revolution und die Prinzipien der gewerkschaftlichen Organisation erklären, so daß jedermann die grundlegenden Ziele unserer Revolution begreift, ohne jemals opportunistischen Verlangen zu unterliegen.

c) An der **Bildungsfront**: Wir richten Erziehung und Kultur auf die Bildung eines neuen Menschen aus, und wir überprüfen unsere Kultur, indem wir sie von allen Spuren des Kolonialismus reinigen. In dieser Offensive müssen die Schulen Fronten sein in der bewußten und energischen Schlacht gegen Analphabetentum und Obskurantismus⁴, indem sie Zentren werden für die Verbreitung einer neuen Mentalität, der nationalen Kultur sowie politischer, technischer und wissenschaftlicher Kenntnisse – alles äußerst bedeutende Faktoren für das Fortschreiten der Revolution.

Da es die Jugend ist, die den angolanischen revolutionären Prozeß fortführen wird, ist es diese Front, an der wir – beginnend mit den „Jungen Pionieren“ – alle Laster und korrupten Praktiken des Systems der Diskriminierung und Ausbeutung bekämpfen müssen. In einem weiteren Sinn sollten alle Intellektuellen und revolutionären Studenten aktiv teilnehmen am Kampf für Volksdemokratie und entschlossen ihren Beitrag zum Aufbau der Grundlagen der neuen, völlig freien Gesellschaft, die wir aufzubauen versuchen, leisten.

d) An der **Gesundheitsfront**: Unter Berücksichtigung, daß eine Steigerung des Lebensstandards der Massen uns abverlangt, gegen Krankheit und für die Verbesserung der sanitären Bedingungen zu kämpfen, müssen wir die in diesem Jahr begonnene Arbeit intensivieren, indem wir das Beste aus den bestehenden Bedingungen machen, um die Ursachen für Krankheiten zu verringern und unhygienische Gewohnheiten abzuschaffen.

e) An der **ideologischen Front**: Dieses ganze Programm bliebe unwirksam, wenn wir uns nicht mit der Stärkung der Kraft beschäftigen würden, die unser ganzes Leben und unsere Gesellschaft bestimmt, der Ideologie.

Indem wir die ideologische Einheit stärken, die MPLA als die führende Kraft des Staates und der angolanischen Gesellschaft festigen, ein hohes Niveau der kritischen Auseinandersetzung erhalten, als ein Mittel, um die nationale Einheit zu erreichen, und indem wir der Politik den Vorrang geben, werden wir unbeirrbar voranschreiten zum endgültigen Sieg.

Wir müssen eine Offensive im ideologischen Bereich vorantreiben – organisieren, um zu lehren, diskutieren, um zu lernen. Wir müssen die Interessen jeder Klasse richtig einordnen und die unsrigen korrekt im gegenwärtigen Prozeß des Klassenkampfes bestimmen. Um das zu bewältigen, müssen wir die revolutionäre Theorie, den Marxismus-Leninismus, ebenso studieren wie die Reden des Genossen Präsidenten Agostinho Neto, das Aktionsprogramm und alle Direktiven der 3. Tagung des Zentralkomitees ebenso wie die des Politbüros; wir müssen sorgfältig das Fernsehprogramm „Angola Combatente“ (Kämpfendes Angola) verfolgen und die Zeitung der MPLA „Vitoria Certa“ (Sicherer Sieg) lesen und verbreiten.

Mit diesen Quellen als Grundlage ist es die Pflicht jedes Kämpfers, unter allen Umständen die politische Linie der MPLA zu verteidigen und die Massen von der Richtigkeit ihrer Ziele zu überzeugen – in Versammlungen, Diskussionen, Demonstrationen, Gesprächen und in der täglichen Arbeit.

Wir müssen sofort beginnen mit den Vorbereitungen für die Feiern des 20. Jahrestags der MPLA und des ersten Jahrestags der Volksrepublik Angola, die eine Plattform darstellen werden für unsere große Offensive im Kampf für Volksdemokratie. Die Aktionsgruppen und Komitees müssen eine breite Kampagne der Agitation und Propaganda entwickeln, unsere Losungen bekannt machen, Wandzeitungen schreiben und jedes mögliche Mittel ausnutzen. Die Losungen, auf die unsere

Die in der Erklärung des MPLA-Politbüros vom Oktober 1976 enthaltenen Verweise auf die Hilfe seitens der sozialistischen Länder geben nachgerade eine deutliche Antwort auf hierzulande gängige Verfälschungen, wie sie etwa in einem kürzlichen Kommentar Bettina Deckes zum „Freundschafts- und Kooperationsvertrag zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Angola“ zum Ausdruck kommen (Informationsdienst Südliches Afrika – ISSA, Bonn Nr. 5/1976 sowie Nr. 6/1976). So wird in der MPLA-Erklärung u. a. auf die geleistete Aufbauhilfe durch die sozialistischen Länder verwiesen, die z. B. die materielle Ausfüllung des zwischen Angola und der UdSSR abgeschlossenen Vertrages darstellt.

Für B. Decke ist gleichwohl der „Wortlaut des Vertrages von geringerer Bedeutung“ (ISSA Nr. 5, S. 45). Vertragsformulierungen über die außenpolitischen Prinzipien Angolas und deren Respektierung durch die UdSSR sind für B. Decke Makulatur, weil „Kanon sowjetischer Ideologie“, versuche „doch die sowjetische staatsbürokratische Klasse in erster Linie eine Reihe abhängiger, und damit subalternen Staaten um sich zu scharen“. Kurzum: die Sowjetunion sei zwar „Rückhalt“, aber „gefährliche Schutzmacht zugleich“.

B. Deckes „Beweisführungen“ für das Bestehen eines angeblich konfliktträchtigen Verhältnisses zwischen der UdSSR und der VRA sind auch sonst im Stil der Kremlastrologie konstruiert: Willkürlich werden – nicht einmal belegte – „Indizien“ aneinandergereiht wie etwa der Umstand, daß in einer angolanischen Rede die Sowjetunion einmal nicht gelobt worden ist (Nr. 5, S. 46) oder ein US-Senator Angola besuchte (Nr. 6, S. 25), um in Form dunkler Andeutungen die eigene Behauptung zu stützen und gegen Kritik zu verteidigen.

Um überdies zu belegen, daß die MPLA sich „der Gefahren einer Abhängigkeit von der UdSSR“ schon bei der Abfassung ihres Programms 1964 „bewußt“ gewesen sei, bedient sich B. Decke schließlich einer Zitatfälschung. Da heißt es: „In diesem Programm wird nicht nur ‚allen Versuchen imperialistischer (sprich kapitalistischer) ‚Pression‘, sondern darüber hinaus ‚jeglichen Manövern, die die Unabhängigkeit und Souveränität unterminieren‘, der Kampf angesagt“ (Nr. 5, S. 46; die Klammer stammt von B. Decke).

Zum einen: Der Originaltext spricht nicht von „Pression“, sondern von „Aggression“ (agressão), was dem folgenden Satzteil einen völlig anderen Sinn gibt als den einer bei B. Decke nahegelegten Gleichsetzung von „Pression“ und „Manövern“, die verschiedenen Lagern, nämlich den Westmächten und den sozialistischen Staaten gleichermaßen, zuzuschreiben wären. Zum anderen: Die Einfügung „nicht nur . . . sondern auch“ hat im Originaltext nicht die geringste Entsprechung; sie ist ausschließliche Interpretation B. Deckes, die so den Eindruck zu erwecken sucht, als handle es sich um die indirekte Wiedergabe weiterer Satzteile. Wenn B. Decke in ihrer Erwiderung auf die Kritik Wolf Geislers in Nr. 6/1976 des Informationsdienstes die Frage stellt, wie dieser denn „den zitierten Passus aus dem Programm der MPLA erklären“ wolle (ebenda, S. 24), dann ist dies schlichte Dreistigkeit.

Schließlich: Eine Auslegung des MPLA-Programms von 1964, die nicht willkürlich mit den Tatsachen umgehen will, muß sich auf die heutigen Stellungnahmen der MPLA-Führung beziehen. Eine Vielzahl an Äußerungen, von der Rede Agostinho Netos am 4. Februar 1976 in Luanda (vgl. AIB, Nr. 3/1976) bis hin zu der hier dokumentierten Politbüro-Erklärung, beweist aber, daß Auslassungen wie die B. Deckes mit Solidarität soviel zu tun haben wie ihre „Zitate“ mit deren Vorlagen.

Arbeit sich gründen soll, sind folgende:

- Starten wir eine Generaloffensive im Kampf für die Volksdemokratie!
- Konsolidieren wir die nationale Unabhängigkeit!
- Landwirtschaft ist die Grundlage, Industrie ist der entscheidende Faktor!
- Laßt uns durch unsere Arbeit die Einheit von Stadt und Land schmieden!
- Die Schule muß die Revolution fördern und unterstützen!
- Die Wirtschaft stärken, heißt Unterstützung unserer sozialistischen Zielvorstellung!
- In Zimbabwe, Namibia und Südafrika geht unser Kampf weiter!

- Durch den Kampf für Volksdemokratie stärken wir unsere ideologische Einheit!
- Die Revolution wird die Konterrevolution vernichten!
- Verstärken wir die Freundschaft mit den sozialistischen Ländern!
- Kämpfen wir beständig für die Festigung der nationalen Einheit!
- Lang lebe der proletarische Internationalismus!

A) **In den Fabriken** muß unsere Arbeit durch die Aktionsgruppen und Komitees in Verbindung mit den Gewerkschaftsausschüssen ausgeführt werden. Die bewußteren Arbeiter sollten eine intensive politische Kampagne beginnen, um das Klassenbewußtsein ihrer Arbeiterkollegen zu heben.

Diese politische Aufgabe sollte immer an den konkreten Problemen, denen man sich in jeder Fabrik gegenüber sieht, ansetzen. Wir sollten solche Probleme diskutieren wie die Arbeitsfähigkeit der Fabrik und des Gewerkschaftsausschusses, die Einrichtung der Arbeiterversammlungen, Disziplin und Wachsamkeit am Arbeitsplatz, rassische und Stammesprobleme und ähnliche mehr. Die konkreten Probleme der Fabrik sollten immer politisch begründet und geklärt werden.

Gleichzeitig sollten die politisch bewußtesten Arbeiter politische Fragen mit den anderen Genossen diskutieren und klären wie: unser Kampf und seine Perspektiven, die Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution, die Notwendigkeit der Organisation und Einheit der Arbeiter. Während dieser Periode sollten die Aktionsgruppen und Gewerkschaften:

1. Arbeiterversammlungen in jeder Fabrik einberufen;
2. Treffen organisieren für das kollektive Lesen und Diskutieren revolutionärer Propaganda;
3. Wandzeitungen initiieren, auf denen allgemeine politische Probleme behandelt werden können, besonders jene, die sich beziehen auf die Unabhängigkeit und den 20. Jahrestag der MPLA;
4. die Direktiven der 3. Tagung des Zentralkomitees verbreiten.

B) **In den ländlichen Gebieten:** In unserem Land sind die Arbeiter eine sich grundlegend dynamisch entwickelnde, aber zahlenmäßig minderheitliche Klasse und als solche werden sie nichts – oder fast nichts – sein ohne ein festes Bündnis mit der Bauernschaft. Die Bauern machen fast 80 % unserer Bevölkerung aus und haben aus diesem Grunde eine bedeutende Rolle in unserer Revolution zu spielen. Wenn die Arbeiterklasse aufgrund ihres revolutionären Potentials und ihrer Dynamik die führende Kraft unserer Revolution ist, dann ist die Klasse der Bauern aufgrund ihrer Größe die Hauptkraft.

In den ländlichen Gebieten müssen unsere in Aktionsgruppen und Komitees organisierten Kämpfer **zum Zeitraum der Feierlichkeiten zum Gedächtnis der Unabhängigkeit und des 20. Jahrestags der MPLA** mobilisieren und Agitationsarbeit durchführen. Diese Arbeit sollte an den konkreten Problemen anknüpfen, die auf den großen Farmen und in den Dörfern existieren.

Deshalb müssen wir, wie der Genosse Präsident feststellte, „in den ländlichen Gebieten und für die Landwirtschafts- und Fischereiproduktion sofort beginnen, Produktionsgenossenschaften und Staatsbetriebe zu organisieren. Diese Aufgabe erfordert die Mobilisierung der Bauern und entlohnten Landarbeiter, um sie für die kollektive Arbeit vorzubereiten“.

Studium und Lösung der ökonomischen Probleme der Bauern durch die geeigneten Organe sollte ein dauerndes Anliegen unserer Kämpfer sein. Intensive politische Arbeit muß geleistet werden, um Bauernversammlungen einzurichten. In solchen Versammlungen müssen wir die Bedeutung der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten und des 20. Jahrestages der MPLA, die Notwendigkeit für die Bauern sich zu organisieren, und andere politische Probleme erklären. Alle unsere Arbeit sollte auf die Herausbildung eines Kollektivgeistes

unter den Bauern zielen. Zugleich müssen wir größte Wachsamkeit über die Aktionen des Feindes üben und durch Organisation die Sabotage unserer Arbeit verhindern.

C) **Die FAPLA** (Bewaffnete Volksstreitkräfte für die Befreiung Angolas), denen das Hauptverdienst für den Sieg über die Invasoren unseres Landes gebührt, sollten fortfahren, ihre Organisation und das Niveau ihres politischen Bewußtseins beständig zu verbessern, weil nur auf diesem Wege die Einheit von FAPLA und Volk in der Realität wirksam werden und die Verteidigung der Errungenschaften der werktätigen Massen gewährleisten kann.

Wir müssen die Dynamisierung der Strukturen der MPLA innerhalb der Armee als vorrangig ansehen, da sie das einzige Mittel darstellen, so politisch zu stärken und einen Kampf zu entwickeln gegen die Laster, die viele unserer Mitkämpfer beeinflussen.

D) **In den Schulen** sollten die Studenten kollektiv die letzten Direktiven des Zentralkomitees diskutieren und anwenden. Alle Studenten haben des weiteren eine Verpflichtung, eine zusätzliche revolutionäre Aufgabe zu erfüllen – die Aufgabe, die gesamte Bevölkerung zu alphabetisieren. Eine große Anstrengung ist nötig, um das Studium mit der Produktion zu verbinden und unsere nationale Kultur wiederzubeleben. Um das zu bewältigen, müssen Meetings, Seminare, Kulturabende und Lektürekurse in allen Schulen und überall in der Erziehung organisiert werden. Die Kämpfer sollten die Organisationen der „Bewegung“ stärken, der JMPLA und der OPA⁵, um diese Aufgaben besser auszuführen.

E) **In den „Bairros“** muß die gesamte Bevölkerung für die Gedächtnisfeierlichkeiten der Unabhängigkeit und des 20. Jahrestages der MPLA mobilisiert werden. Die Aktionskomitees in Zusammenarbeit mit der UNTA, der OMA⁶, der JMPLA und mit den Stadtteil-Kommissionen des Volkes müssen politische und kulturelle Aktivitäten organisieren wie: das Aufhängen von Wandzeitungen, Ausstellungen, Kinoabende und das Abhalten von Volksversammlungen, um die Bedeutung dieser Daten klarzumachen. In den Volksversammlungen müssen wir diskutieren, wie die Probleme zu lösen sind, die in den „Bairros“ existieren, wie z. B. die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, der Hygiene und öffentlichen Gesundheit, des Kampfes gegen Spekulation und Banditentum. Die Arbeiter sollten immer wieder aufgefordert werden, aktiv an allen diesen Aufgaben teilzunehmen.

Es ist wichtig zu verstehen, daß das Gedenken an diese zwei historischen Daten ein erster Schritt in einer Offensive ist, die, um ihre Perspektive zu erlangen, die aktive Beteiligung eines jeden erfordert.

Werfen wir uns beherzt in die Generaloffensive im Kampf für Volksdemokratie!

Es lebe der erste Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit!
Es lebe der 20. Jahrestag der MPLA!

Laßt uns mobilisieren für die Ausführung der Direktiven der 3. Tagung des ZK!
Der Kampf geht weiter!
Der Sieg ist gewiß!

(Quelle: People's Power, London, Nr. 5/Nov.-Dez. 1976, S. 11–22)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Bezeichnung für die (Slum-)Vorstädte z. B. Luandas; auch „Muceques“ genannt
- 2) Uniao Nacional dos Trabalhadores: Nationaler Gewerkschaftsverband Angolas
- 3) Volksrepublik Angola
- 4) Bezeichnung für Aberglauben, mystische Kultvorstellungen usw.
- 5) MPLA-Jugend (Joventud) bzw. Pionierorganisation des angolanischen Volkes
- 6) Frauenorganisation Angolas.

Rainer Falk Der progressive Kurs Kerekous

Immer wenn in den letzten 20 Jahren ein Land Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas zum Objekt einer imperialistischen Intervention wurde, war damit die Zielvorstellung verbunden, eine fortschrittliche Entwicklung rückgängig zu machen und das betreffende Land in der Einflusssphäre der westlichen Welt zu halten. Die Söldner-Aggression gegen die Volksrepublik Benin von Mitte Januar d. J. hat denselben Hintergrund. Mit ihr wurde nicht nur ein Schlaglicht auf das Ausmaß und die Gefährlichkeit der verstärkten Aktivitäten international operierender Söldnerorganisationen – die sozusagen als letzte Karte des Imperialismus ausgespielt werden – geworfen, sondern auch neues Interesse geweckt für ein Land, das sich aus neokolonialer Abhängigkeit zu befreien sucht und den Weg in die Zukunft angetreten hat.

Dahomey – „teufliches Produkt des Kolonialismus“

Zusammen mit den ehemaligen portugiesischen Kolonien, Somalia, der VR Kongo und Guinea gehört die VR Benin seit dem Machtantritt der Gruppe junger Militärs um Mathieu Kerekou Ende 1972 zu den Ländern Afrikas, in denen der Übergang von der staatlichen Unabhängigkeit zur sozialen Befreiung die deutlichsten Konturen angenommen hat.

Wenngleich von scharfen sozialen Auseinandersetzungen begleitet, so ist die Periode seit 1972 verglichen mit der Zeit vorher die stabilste seit der staatlichen Unabhängigkeit 1960. Mehr als 13 gelungene oder versuchte Staatsstrieche und ständige Regierungswechsel zwischen 1960 und 1972 geben darüber Auskunft, wie stark politische Zersplitterung und ethnische Rivalitäten die politische Szene des Landes nach der Unabhängigkeit bestimmt haben. Vor diesem Hintergrund war es eines der ersten Ziele der Regierung Kerekou, über die Mobilisierung der Volksmassen ein Bewußtsein von nationaler Identität und Einheit zu schaffen und die das Land lähmenden Stammesgegensätze zurückzudrängen.

Dahomey, wie das Land bis zur Umbenennung in VR Benin im November 1975 hieß, war „ein einzig und allein vom Kolonialismus geschaffenes territoriales und politisches Produkt“, sagte Präsident Kerekou in einem Interview. „Deshalb ist Dahomey auch ganz die perfekte Materialisierung des teuflischen Willens des Kolonisators, unsere Städte und Dörfer voneinander zu trennen, eine Politik, die sich besonders für die Kolonisatoren, die bürgerlichen Bürokraten und die Kompradoren bezahlt gemacht hat; eine Politik der Spaltung, deren unheilvolle Folgen während der neokolonialen Periode von 1960 bis 1972 tief nachgewirkt haben“¹.

Eine der wichtigsten Maßnahmen, um die vom Kolonialismus bewußt geförderten Gegensätze zu überwinden, war die totale Neuorganisation der nach 1960 nahezu bruchlos übernommenen Verwaltungsorgane, in denen sich vor 1972 Erscheinungen der Korruption und der Vetternwirtschaft breitgemacht hatten. Anstelle der alten Organe wurden Revolutionsräte in den sechs Provinzen und Revolutionskomitees in den Städten und Gemeinden eingesetzt, welche auf die gewählten Vertreter der Gewerkschaften und der Frauen- und Jugendorganisationen Einfluß haben. Die korrupte Beamten-schicht des Landes wurde entmachtet.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Regierung Kerekou bis Ende 1975 vor allem das Auslandskapital entmachtet. Im Dezember 1974 wurden ökonomische Schlüsselpositionen wie die Banken, die Versicherungsgesellschaften, Filialen der internationalen Ölkonzerne, Betriebe der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft sowie die Schifffahrts- und Hotelunternehmen verstaatlicht. Ebenso wie der Außenhandel wurden diese Wirtschaftszweige in Staatsgesellschaften zusammengefaßt und so die Grundlage für einen starken staatlichen Sektor gelegt.

Die Durchführung dieser Maßnahmen war verbunden mit einem deutlichen Anwachsen der sozialen Auseinandersetzungen, die in drei Versuchen gipfelten, das Regime Kerekou gewaltsam zu stürzen. Im Januar und im Juni 1975 scheiterten zwei Putschversuche innerhalb der Armee. Im Oktober desselben Jahres hatte sich der ehemalige Präsident Emile Zinsou zum Sprecher der alten Beamten-schicht sowie der übrigen am Status quo interessierten Kräfte gemacht und einen erfolglosen Umsturzversuch unternommen. Die Regierung Kerekou reagierte auf diese Umsturzversuche mit der Konsequenz, ihre Basis in der Bevölkerung auszubauen und vor allem die Organisiertheit der Volksmassen weiter zu erhöhen.

Kurze Zeit nach der Verhinderung des Umsturzversuchs Zinsous im November 1975 wurde die **Volksrepublik Benin** proklamiert. Daß dies nicht nur ein geistiger Tribut an das historische Erbe Afrikas war (Benin ist eines der berühmten altafrikanischen Königreiche), sondern eine Vertiefung der antiimperialistischen Orientierung der revolutionärdemokratischen Führungskräfte zum Ausdruck brachte, wird augenfällig unterstrichen durch die damit verbundene Gründung einer revolutionären Avantgardepartei, der **Partei der Volksrevolution von Benin**, die ebenfalls im November 1975 erfolgte.

Keine Revolution ohne revolutionäre Partei

Von nun an wurde der weitere Kurs des Landes von dieser Partei führend bestimmt, und nicht mehr allein vom Nationalen Revolutionsrat, der nach dem Putsch 1972 als oberstes politisches Führungsgremium installiert worden war. So waren die Revolutionäre Benins in der praktischen Konfrontation mit der inländischen und ausländischen Reaktion zu der Erkenntnis gelangt, die Präsident Kerekou so formuliert hat: „Ohne eine authentische revolutionäre Partei gibt es keine Revolution“.

Auf ihrem 1. Außerordentlichen Kongreß im Mai 1976 analysierte die Partei der Volksrevolution von Benin die bis dahin erfolgten revolutionären Veränderungen und legte eine Strategie für die weitere Entwicklung des Landes fest. Danach hat das Land mit den ab 1972 durchgeführten Maßnahmen der Zurückdrängung der vor allem ökonomischen Auslandsabhängigkeit und der inneren sozialökonomischen Umgestaltungen die **Etappe der nationalen Befreiung** bereits erfolgreich hinter sich und kann nunmehr die Aufgaben der **Etappe der volksdemokratischen Revolution** in Angriff nehmen. Diese werden von Staatschef Kerekou folgendermaßen definiert:

„Heute sind unsere Aufgaben: 1. die Demokratisierung aller

Strukturen der territorialen Administration uneingeschränkt weiterzuverfolgen“.

So wurden bisher auf unterer und mittlerer Ebene demokratische Volksvertretungen gewählt. Von diesen Wahlen sind feudale Kräfte, die bisher das Gros der Bürgermeister stellen, ebenso ausgeschlossen wie „andere Elemente, deren Verhalten und deren Klasseninteressen unvereinbar mit der Entwicklung der Revolution sind“. Darüber hinaus kommt es in der gegenwärtigen Etappe darauf an, „um jeden Preis die Organisation unserer Partei der Avantgarde, der Partei der Volksrevolution von Benin, in den Unternehmen, den Dienstleistungsbetrieben und auf jeder Stufe der territorialen Verwaltung zu festigen. Das bedeutet vornehmlich, daß die lokalen Instanzen der Revolution mehr und mehr wie wahre Volksversammlungen funktionieren müssen, die die Massen aktiv unter der Führung der Partei mobilisieren“.

Kein „afrikanischer Sozialismus“

Neben diesen Maßnahmen zur Vertiefung der demokratischen Machtstrukturen, die der Parteitag ihrem sozialen Inhalt nach als „Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der revolutionären Schicht des militärischen und zivilen Kleinbürgertums“ definierte, geht es in der gegenwärtigen Etappe der beninischen Revolution vor allem um die Ausdehnung der Führungsrolle des Staates auf alle Bereiche der Ökonomie, um die Befreiung der bäuerlichen Massen von feudalen Abhängigkeitsverhältnissen und die Durchführung einer konsequenten Agrarreform, die den Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Kooperativen zum Ziel hat, sowie um die forcierte Entwicklung einer nationalen Kultur und eines nationalen Erziehungswesens. Mit diesen Maßnahmen will Benin die Voraussetzungen für den Übergang zur dritten Etappe, der **Etappe der sozialistischen Revolution** schaffen.

Es ist offensichtlich, daß Benin mit dieser Strategie gegenüber anderen Ländern des „afrikanischen Sozialismus“, so z. B. gegenüber Tansania, eine Reihe bemerkenswerter Besonderheiten aufweist. Das betrifft vor allem die Bejahung der Existenz des Klassenkampfes als Triebkraft der gesellschaftlichen Veränderungen. Die klare Entscheidung Benins für den Sozialismus beinhaltet in den Worten Präsident Kerekous, daß „der wissenschaftliche Sozialismus unser Entwicklungsweg und der Marxismus-Leninismus die führende Philosophie unserer revolutionären Aktion ist“.

Freilich stößt die Anwendung einer derart entwickelten Strategie in einem der am schwächsten entwickelten und ärmsten

Länder der Welt auf eine Reihe objektiver Probleme, die berücksichtigt werden müssen. So zählt die Industriearbeiterschaft Benins lediglich 80 000. Darunter sind wiederum allein 50 000 Handwerker. Dieser zahlenmäßig kleinen und sich erst herausbildenden Industriearbeiterklasse stehen 5 000 000 Bauern bzw. Landarbeiter gegenüber. Überdies bildet ein Reservoir von 200 000 Berufs- und/oder Arbeitslosen eine Basis der Unzufriedenheit und der politischen Labilität.

Darüber hinaus steht Benin vor objektiven wirtschaftlichen Problemen, die ein Resultat der kolonialen Ausbeutung des Landes sind. So ist der landwirtschaftliche Sektor mit 90 % der Beschäftigten nicht nur der das Wirtschaftsleben nach wie vor dominierende Sektor. Seine monokulturelle Struktur macht das Land stärker als viele andere Entwicklungsländer von den ständigen Preisschwankungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt abhängig. In der Hauptsache werden heute noch Palmöl, Palmkerne und Erdnüsse (in geringen Mengen Baumwolle und Kaffee) für den Export produziert. Der Industriesektor, der nur 10 % am Bruttosozialprodukt beiträgt, ist auf die Weiterverarbeitung eben dieser landwirtschaftlichen Exportprodukte spezialisiert, während Benin immer noch auf Lebensmittelimporte angewiesen ist, die einen großen Teil seiner Devisenvorräte verschlingen.

Industrialisierung: Motor der neuen Politik

Es spricht für die Regierung Kerekou, daß sie sich diese Probleme bewußt ist. Seit ihrem Machtantritt verfolgt sie eine selbständige Entwicklungsstrategie, um die koloniale Struktur der nationalen Wirtschaft zu beseitigen. Im Rahmen dieser Strategie nimmt der staatliche Wirtschaftssektor eine Schlüsselrolle ein, während der kapitalistische Privatsektor in seinen Entwicklungsmöglichkeiten immer stärker eingeengt wurde. Schon heute haben in den meisten Wirtschaftszweigen des Landes die seit 1972 forciert gegründeten Staatsgesellschaften die führende Rolle inne. Wenngleich die Industrie als „Motor der neuen Politik der nationalen Unabhängigkeit“ fungiert, so ist damit keine Vernachlässigung der Landwirtschaft verbunden. Sie soll als Grundlage einer konsequent selbständigen Industrialisierungspolitik weiterhin ausgebaut werden, nicht nur um einen Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln in kürzester Zeit zu erreichen, sondern auch um zusätzliche Devisen für den Import von Produktionsmitteln zu erwirtschaften. Zu dieser selbständigen Wirtschaftspolitik Benins gehört auch die schrittweise Revision der einseitig auf die ehemalige Kolonialmacht ausgerichteten Außenhandelsstruktur und die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Eine Umorientierung des Landes ist darüber hinaus auf **außenpolitischem Gebiet** erfolgt. Der Beitritt zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen 1974 und die aktive Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Länder des Südlichen Afrika haben das Ansehen des Landes in der „Dritten Welt“ in den letzten Jahren erheblich gesteigert. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Volksrepublik Benin unmittelbar nach der Söldneraggression im Januar mit dem solidarischen Beistand zahlreicher afrikanischer Staaten rechnen konnte. Unter ihnen waren die Volksrepublik Angola, die Demokratische Republik Algerien, die Republik Guinea, die Volksrepublik Kongo und die Demokratische Republik Somalia. Sie alle haben den Anschlag auf die fortschrittliche Entwicklung ihres afrikanischen Bruderlandes als Anschlag auf den Fortschritt und die Befreiung des ganzen Kontinents aufgefaßt.

Anmerkung:

- 1) Zit. nach: Afrique Asie, Benin An 2, Special, Nr. 123/29. 11. 1976. Alle weiteren Zitate Präsident Kerekous sind dort entnommen.



Staatschef Kerekou



Wolfram Brönner **Kein „Aufstand der Diebe“!**

Die am 18./19. Januar 1977 ganz Ägypten erfassenden Massenunruhen waren die schwersten seit den Revolutionseignissen von 1952. Nach offiziellen Angaben forderte der massive Einsatz von Polizei- und Armeeeinheiten 79 Todesopfer, über 600 Verwundete und 1370 Verhaftungen¹. Konkreter Anlaß für diese Welle des Protestes waren die von der Regierung verkündeten massiven Preiserhöhungen von 25-50 % für Güter des täglichen Bedarfs, namentlich für Brot, Reis, Fett, Zucker, Tee, Fleisch, Gas und Zigaretten sowie von 30-150 % für Bekleidung. In der seit 1970 währenden Amtsperiode Präsident Sadats hatten zwar ökonomische Streik- und Protestbewegungen stetig zugenommen, jedoch nicht im entferntesten dieses Ausmaß und eine derartige sozialpolitische Prägnanz erreicht. Angesichts dieser Explosion der Volksunzufriedenheit sah sich das ägyptische Kabinett zur vorläufigen Rücknahme der Preiserhöhungen sowie zu der Aussage gezwungen, die Haushaltslücke für 1977 in Höhe von 3,25 Mrd Dollar solle anderweitig, darunter durch höhere Importzölle für Luxusgüter, geschlossen werden.

„Nasser ist in unseren Herzen“

Der Konflikt ist freilich vorerst nur vertagt, denn die Ursachen liegen tiefer. Sie sind in der ökonomischen Krise des Landes und der sozialen Notlage der breiten Volksmassen zu suchen, welche Sadats Politik der Öffnung nach Westen und der seit 1974 beschleunigten prokapitalistischen „Liberalisierung“ herbeigeführt hat². Die Sprengkraft der jüngsten Auseinandersetzungen wie die von der Kairoer Führung ergriffenen repressiven Gegenmaßnahmen haben die Demagogie Sadats vom „neuen, demokratischen und stabilen Ägypten“ zerrissen, die Ideen Gamal Abdel Nassers zu neuem Leben erweckt und – so ein westlicher Diplomat – „das Sadat-Regime zum erstenmal in seinen Grundfesten erschüttert“³.

Charakteristisch für die Protestmanifestationen des 18./19. Januar war zunächst, daß sie von den proletarischen Zentren, den Stahlwerken von Helwan (nahe Kairo), dem Hafen von Alexandria und den Textilbetrieben im Nildelta ihren Ausgang nahmen. Den Demonstrationszügen der Arbeiter schlossen sich vornehmlich untere Mittelschichten und Studenten an. In den Losungen Hunderttausender dominierten nicht nur die Proteste gegen „Hunger“, „Ausbeutung“ und „Armut“, für den „Widerruf der Preiserhöhungen“. Sie wurden vielmehr direkt verknüpft mit der Anklage gegen den unter Sadat angebahnten Wiederaufstieg der einheimischen Bourgeoisie, gegen die parasitäre Bereicherung und Verschwendung der sogenannten „fetten Katzen“. Nachbars, Luxus-hotels und -boutiquen zählten zu den bevorzugten Angriffszielen.

In das Feuer der Kritik geriet die Regierungspolitik der „offenen Tür“, da sie durch die einseitige Förderung des privatkapitalistischen Sektors nur dem Auslandskapital wie einheimischen Geschäftemachern, Spekulanten und Schiebern Privilegien gebracht habe und für den sozialen Notstand der Bevölkerungsmehrheit verantwortlich zeichne.



Schließlich kehrten sich die Aktionen gegen den Rechtskurs der Regierungspartei Arabische Sozialistische Union (ASU), deren Einrichtungen ebenso wie Militär- und Polizeistationen belagert wurden, als auch gegen den ägyptischen Präsidenten Anwar al Sadat persönlich. Die Bilder Sadats wurden von den Wänden gerissen, Porträts Gamal Abdel Nassers tauchten wieder auf. Sprechchöre wie „Nieder mit dem Chediwen“ (Titel für die einst mit den ausländischen Kolonialmächten Türkei, Frankreich und Großbritannien paktierende ägyptische Aristokratie) oder Transparente mit Aufschriften wie „Sadat ist der Sohn einer Hündin, Nasser ist in unseren Herzen“ offenbarten den politischen Zuschnitt, den diese Massenunruhen erhielten.

Ebensowenig stimmig wäre es, von einer rein spontaneistischen Bewegung zu reden, ging sie doch von einem in wiederholten Streikämpfen der Jahre 1975/76 an Kampferfahrung gereiften und organisiert vorgehenden Proletariat aus, das an zahlenmäßiger Stärke (ca. 1 Mio), Konzentration wie neuerdings an Massenaktionen für die arabischen Länder ohne Beispiel ist. Zeichen eines organisierten politischen Vorgehens der Bewegung des 18./19. Januar in Kairo verrät beispielsweise ein westlicher Korrespondentenbericht, wenn er von der Errichtung „von Studenten- und Arbeiterräten“ spricht, welche in „Vierteln wie Fawala im Herzen der Altstadt, in deren enge Gassen die Panzer nicht eindringen können“, die Verwaltung in ihre Hände genommen hätten und wo „vorbildliche Disziplin“ herrsche. Dem Korrespondenten zufolge „protestierten (die Aufständischen) nicht nur gegen die Teuerungsmaßnahmen, sondern forderten die Bildung einer demokratischen Übergangsregierung unter Beteiligung der illegalen Linken und freie Präsidentenwahlen“⁴.

Prunkhochzeit für die Bourgeoisie

Gewiß ist diese Bankrotterklärung der Volksmassen an Sadats „Öffnungs“-Politik in einer Situation, da er sich nach dem Ausgang der Wahlen Ende 1976 (s.w.u.) am Gipfelpunkt seiner Macht wähnte, zu einem Gutteil der Selbstentlarvung seiner Demagogie geschuldet.

Noch im Frühjahr 1976 hatte Sadat ausgedehnte Streikbewegungen damit vertröstet, der Preisauflauf sei in der Tat „für Mittelstands- oder arme Familien untragbar“ und er wolle nunmehr „den Reichen etwas nehmen, um es den Armen zu

geben“. Allein, die Taten blieben aus. Sadat selbst setzte überdies ein Beispiel, das den Volkszorn geradezu herausforderte, als er zur Jahreswende seine Tochter Jihane in einer Prunkhochzeit – zu den geladenen Weltstars zählten Franz Beckenbauer und Omar Sharif – mit dem Sohn des größten Bauunternehmers der arabischen Welt, Osman Ahmed Osman, verheiratete. Der so symbolisierte Pakt Sadats mit der aufblühenden Bourgeoisie Ägyptens und seine vorexerzierte Verschwendungssucht gaben Anstoß zu anklagenden Losungen jener Armen, die ihn beim Wort genommen hatten: „Während wir vor Hunger im Sterben liegen, tötet uns Sadat mit seinen Bällen“, „Jihane, Jihane, das Volk hungert“ oder „Sadat, Deine Tochter wird modisch eingekleidet, wir aber hausen zu Zehnt in einem Zimmer“⁵.

Ein Blick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage Ägyptens und ihre sozialen Auswirkungen macht die Heftigkeit der Auseinandersetzungen verständlich.

Abbau sozialer Errungenschaften

Sadats 1973/74 eingeleitete „Neuorientierung“, die eine vorrangige Ermunterung des privatkapitalistischen Sektors einschließlich ausländischer Investoren und eine einseitige Ausrichtung der Handels- und Kreditbeziehungen auf die Westmächte anvisierte, haben die soziale Kluft zwischen Besitzenden und Armen krass vertieft und das Land in eine wachsende Abhängigkeit zu den imperialistischen Finanzzentren zurückgeführt⁶.

Die damit einhergehende Vertiefung der sozialen Kontraste kommt in der **Umverteilung des Nationaleinkommens** und des Konsumtionsfonds zum Ausdruck: 1976 vereinten 5 % der Familien 25 % des Nationaleinkommens auf sich, während 34 % der Familien (einkommensschwächste Schicht) sich mit einem 11 %-Anteil bescheiden mußten. Nur 2,3 % der Bevölkerung (die Oberschicht) eigneten sich 25 % des Konsumtionsfonds an, wohingegen sich 90 % der Ägypter in einen etwa 50 %-Anteil teilten.

Mit dem Wegfall von Preiskontrollen, dem Florieren von Spekulantentum, Schwarzhandel und Korruption wuchs die jährliche Inflationsrate von nahezu Null auf 20–35 % nach 1973. Mit der Freigabe des Wohnungssektors für Spekulanten gingen astronomische Mieterhöhungen einher, was – ver-

stärkt durch eine anwachsende Landflucht – speziell im Ballungszentrum Kairo (9–10 Mio Einwohner von insgesamt 38 Mio Ägyptern) den Gürtel von Elends- und Slumvierteln rapide anwachsen läßt. Bei einem Lohnzuwachs von 1975/76 nur 6,5 % kam es angesichts dieses rapiden Anstiegs der Lebenshaltungskosten, der Wohnungsnot und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit (von 1970 8 % auf 1974/75 rund 12 %) in Ägypten in den letzten drei Jahren erstmals wieder zu einem Absinken der Realeinkommen der breiten Massen.

Das gesetzliche monatliche Mindesteinkommen der ägyptischen Werkstätigen aber ist traditionell mit umgerechnet 48 DM ohnehin gering. Infolgedessen mußten die unteren Schichten und Klassen die massiven Preiserhöhungen vom Januar 1977 als eine unmittelbare Bedrohung ihres Existenzminimums aufnehmen. Die Tatsache, daß sie über eine Streichung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel um 42 % realisiert werden sollte, machte die Antwort der Betroffenen zugleich zur Kampfansage an einen weiteren Abbau der aus der Ära Nassers verbliebenen sozialen Errungenschaften.

Dies aber rührt an den Kern der „Öffnungspolitik“ Sadats, die außenwirtschaftlich nunmehr voll auf Finanzspritzen aus den USA, Westeuropa und den konservativen Ölstaaten setzt.

Auslandskapital: „härteres Durchgreifen“ erwünscht

Doch weder diese Milliardenkredite von im Jahresdurchschnitt ca. 3 Mrd Dollar noch weitere innere Vergünstigungen für das Privatkapital – so das nach 20 Jahren Verbot 1976 verfügte freie Besitz- und Handelsrecht für ausländische Devisen und Aktien – zogen bislang die erhofften massierten Auslandsinvestitionen nach sich. Von bis Ende 1975 insgesamt 300 bestätigten Vorhaben wurden bzw. werden nur 30 realisiert. Die Auslandskonzerne drängen – nach Kräften unterstützt von dem ägyptischen Wirtschaftsminister Kaissuni – auf die Beseitigung aller „Schranken“ bzw. auf die Gewährung noch weitergehender Privilegien. Wie andere westliche Geldgeber so forderte etwa der vormalige Vizepräsident der Chase Manhattan Bank, Lauren L. Sutter, von Sadat, „jetzt auf der Stelle durchzugreifen“. Dasselbe tat auch der Präsident des Internationalen Währungsfonds. Er war es, der



Angeschlagener Sadat (l. o.); Straßenkämpfe in Kairo

zur Jahreswende die Kairoer Regierung unter Druck setzte, zur Schließung des Haushaltsdefizits zuerst die Nahrungsmittelsubventionen zu streichen und damit im Januar d. J. die gewaltigen Preiserhöhungen durchzusetzen.

Tatsächlich haben die westlichen Kapitalströme kaum produktive Neuanlagen in Ägypten mit sich gebracht, wohl aber einen gigantischen Schuldenberg aufgehäuft, der mittlerweile auf rund 15 Mrd Dollar geschätzt wird (bei einem Brutto-sozialprodukt von 11 Mrd Dollar) und auf eine Schuldendienstquote, die 35 % der gesamten Exporterlöse verschlingt, angewachsen ist. Hinzu kommt ein Außenhandelsbilanzdefizit von 2,5 Mrd Dollar, das zu einem Drittel allein aus Lebensmittelimporten resultiert.

Eine ruinöse Bilanz

Es ist dies die Bilanz einer tiefen Wirtschaftskrise, der zunehmenden Abhängigkeit vom Auslandskapital, der Bereicherung der Reichen und Verarmung der Armen, und von sich vehement zuspitzenden Klassenkämpfen, welche Sadat nach der Abkehr von der sozialistischen Orientierung vorzuweisen hat. Auch muß im Angesicht der jüngsten Massenbewegungen ernsthaft bezweifelt werden, ob eine nunmehr noch großzügigere westliche Kapitalhilfe – Anfang Februar d. J. sicherten die Washingtoner Regierung, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Chase Manhattan Bank der Kairoer Regierung insgesamt 1,75 Mrd Dollar für 1977 zu⁷ – Ägyptens Probleme einer Lösung näher zu bringen vermag.

Ebensowenig wie Sadats Politik der „Öffnung“ die versprochene Hebung des Lebensstandards für die Bevölkerungsmehrheit einlöste, ist nach den blutigen Januarereignissen von der 1976 geräuschvoll aufgezogenen sogenannten „**demokratischen Berichtigung**“ übrig geblieben.

Unter diesem Schlagwort hatte man die Bildung dreier Fraktionen, sogenannter „Tribünen“, einer rechten, einer zentristischen und einer linken, innerhalb der ASU im Frühjahr 1976 gefaßt, welche sich im Oktober 1976 zu den Wahlen für die Volksversammlung mit eigenen Plattformen und Kandidaten stellen konnten. Als sich das von Ministerpräsident Salem angeführte „Zentrum“ (Ägyptische Arabische Sozialistische Organisation), das die Linie der „Öffnungspolitik“ Sadats vertritt, mit einem Stimmenanteil von 81,8 % eindeutig durchsetzte, gestattete man die Überführung der drei Gruppierungen in vorgeblich „unabhängige Parteien“⁸. Der Pferdefuß lag jedoch von vornherein darin begründet, daß sie von der weiterbestehenden ASU-Dachorganisation finanziell und politisch abhängig blieben. Konkret betrifft dies die von Sadats „Zentrum“ beanspruchte Monopolstellung in Regierung und Massenmedien wie die Verpflichtung darauf, sich im Rahmen seiner Richtlinien zu bewegen und zum Erhalt des „sozialen Friedens“ beizutragen.

Der Sinn des „Demokratisierungs“-Manövers

Insofern ist das Grundanliegen dieses „Demokratisierungs“-Manövers in einer Absicherung der in den letzten Jahren zurückeroberten beherrschenden Positionen der Bourgeoisie durch eine demokratisch bemäntelte, verfeinerte Integration oppositioneller Kräfte und in Sadats Streben nach einer noch stärkeren Konzentration der Schalthebel der Macht in seinen Händen zu sehen. Abgesehen von den Benachteiligungen der von Khaled Mohiedin – er gehörte zu Nassers „Gruppe der freien Offiziere“ und ist Vorsitzender des ägyptischen Friedenskomitees – geführten „Linken“ (Vereinigten Nationale Progressive Organisation; sie erreichte bei den Wahlen nur 0,6 %), der weiteren Inhaftierung linksnasseristischer Führer wie des ehemaligen Vizepräsidenten Ali Sabri und

der Illegalisierung der 1975 neukonstituierten Ägyptischen Kommunistischen Partei haben die Reaktionen der Kairoer Regierung auf die jüngsten Massenaktionen das betrügerische Wesen der „demokratischen Berichtigung“ vollends enthüllt.

Sadat hatte zunächst den Volksaufstand vom 18./19. Januar als „Aufstand der Diebe“, als verschwörerischen Akt von „Kommunisten und den Erben Nassers“ und als von der Sowjetunion und Libyen gemeinsam angezettelte „blutige Klassenkonflikte“ zu kriminalisieren versucht und die Polizeikräfte angewiesen, mit aller Härte gegen diese „subversiven Elemente“ vorzugehen. Heftigen Angriffen und Verfolgungen sahen sich auch die der Teilnahme an den Demonstrationen bezichtigten Vertreter der ASU-Linken ausgesetzt. Laut Al Ahram wird derzeit gegen rund 300 inhaftierte Kommunisten und Linksnasseristen, darunter auch mehrere Militärs, wegen angeblicher Staatsstreichabsichten und Störung des „sozialen Friedens“ ermittelt⁹.

Härtepolitik gegen Nasseristen und Marxisten

Am 27. 1. 1977 verfügte das ägyptische Kabinett als Zuckerbrot eine Lohnerhöhung von 12 %, als Peitsche ein Verbot aller Straßendemonstrationen und Streiks mit sofortiger Wirkung. Am 12. Februar d. J. unterzeichnete Sadat ein Bündel von Strafgesetzen, die allen Personen lebenslängliche Zwangsarbeit für den Fall androhen, daß sie für illegale politische Parteien und Gruppen arbeiten, „regierungsfeindliche Propaganda“ betreiben oder demonstrieren bzw. Demonstrationen in der Absicht planen, „öffentliche oder private Unternehmen zu sabotieren, selbst wenn sie bei der Demonstration nicht anwesend sind“¹⁰. Mitte Februar an den Universitäten erneut aufgebrochene Massenproteste beantwortete Sadat mit dem Verbot jeder studentischen politischen Betätigung.

Zweifelloso offenbaren diese drakonischen Gegenmaßnahmen den angeschlagenen Zustand Sadats und seiner proimperialistischen Politik der „offenen Tür“. Die Massenaktionen des 18./19. Januar haben das Vorhandensein eines zur Verteidigung des Erbes Nassers kampfbereiten Potentials des Volkswiderstandes bekundet und neue Möglichkeiten zur Formierung einer wirkungsvollen Oppositionsbewegung von Linksnasseristen und Marxisten angezeigt. Die von Khaled Mohiedin wie auch von der Ägyptischen KP geforderte „Rückkehr zur Politik Nassers“¹¹, hat nicht nur Resonanz unter Arbeitern, Studenten und Mittelschichten gefunden, sondern offenbar auch innerhalb des Militärs – worauf die jüngsten Verhaftungen ebenso hindeuten wie Sadats ständige, gegen ein organisiertes Handeln oppositioneller Armeekreise gekehrte Umbesetzungen.

Anmerkungen:

- 1) Al Ahram, Kairo, 22. 1. 1977
- 2) Zu den einzelnen Maßnahmen und der Grundkonzeption der „Öffnungspolitik“ siehe AIB, Nr. 11–12/1975 und 3/1976
- 3) Die Zeit, 28. 1. 1977
- 4) ebenda; Westfälische Rundschau, 20. 1. 1977; Le Monde, Paris, 21. 1. 1977
- 5) ebenda; Afrique Asie, Paris, Nr. 128/7. 2. 1977
- 6) Diese und die nachfolgenden ökonomischen Daten sind entnommen: Middle East Annual Review 1977, Essex, S. 153–167; Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Mitteilungen, Nr. 13, Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Ägypten, Februar 1975; Horizont, Berlin, Nr. 46/1976; Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 23./24. 1. 1977; Süddeutsche Zeitung (SZ), 19. und 27. 1. 1977; Der Spiegel, 24. 1. 1977; Handelsblatt, 22. 12. 1976
- 7) Wirtschaftswoche, 4. 2. 1977 und SZ, 7. 2. 1977
- 8) Vgl. hierzu: Afrique Asie, Nr. 123/29. 11. 1976 und 127/24. 1. 1977; Le Monde, 13. 11. 1976
- 9) Al Ahram, 25. 2. 1977; SZ, 31. 1. 1977; Vorwärts, Genf, 10. 2. 1977
- 10) ebenda
- 11) ddp, 27. 1. 1977. Zur Alternativkonzeption der ÄKP siehe: AIB, Nr. 3/1976

Südliches Afrika

Mit Zuspitzung der Lage im Südlichen Afrika werden auch verstärkt Überlegungen angestellt, wie die internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika, Namibia und Zimbabwe verstärkt werden kann.

Als eine Möglichkeit dazu regte die Organisation für Afro-Asiatische Völkerfreundschaft (AAPSO) im vergangenen Oktober auf der Solidaritätskonferenz von Addis Abeba eine Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika an. Gesellschaftliche Bewegungen aller fünf Kontinente sollten daran teilnehmen – Gewerkschaften, Solidaritätskomitees, kirchliche Institutionen u. a., kurzum alle Kräfte, die in der einen oder anderen Weise im Kampf gegen den Rassismus engagiert sind.

Inzwischen hat das Projekt Gestalt angenommen. Ein Vorbereitungstreffen im Januar d. J. hat konkrete Vorstellungen entwickelt; Ort und Datum stehen fest: vom 16. bis 19. Juni 1977 in Lissabon. Das Datum ist kein Zufall – am 16. Juni 1976 rüttelte das Fanal von Soweto die Welt auf.

Gastgeber wird das portugiesische Vorbereitungskomitee sein, das sehr breit zusammengesetzt ist; bei dem Vorbereitungstreffen wurde es z. B. vertreten von Mgn. Soares Martins (katholischer Bischof), C. Candal (Abgeordneter der Sozialistischen Partei) und S. Cerqueiras (Abgeordneter der Kommunistischen Partei).

Die politische Schirmherrschaft wird ein Präsidium übernehmen, dem u. a. die Präsidenten des ANC-Südafrika, der SWAPO und des ANC-Zimbabwe, O. Tambo, S. Nujoma und J. Nkomo angehören.

Internationale Prominenz hat ihre Unterstützung zugesagt, so z. B. Agostinho Neto, Samora Machel und Sean McBride, Nobelpreisträger und UN-Hochkommissar für Namibia.

Besonderes Gewicht soll auf eine Mobilisierung der Solidaritätsbewegungen in Westeuropa gelegt werden, denen angesichts der Unterstützung, die die Rassisten vor allem aus Großbritannien, Frankreich und der BRD erhalten, eine besondere Verantwortung zukommt.

An den Vorbereitungen mitzuarbeiten und schließlich auch eine repräsentative Delegation nach Lissabon zu entsenden, wird Aufgabe der Solidaritätsbewegung hierzulande sein.

Iran

Am 3. Januar dieses Jahres erklärte der iranische Außenminister A. A. Chalabari in Teheran, seine Regierung erhalte „von westdeutschen Geheimdiensten Informationen über persische Studenten in der Bundesrepublik“. Teheran würde dafür seinerseits „ähnliche Informationen“ über die rund 10 000 im Iran lebenden Bundesbürger an Bonn geben. Zuvor hatte Chalabari angedeutet, daß eine jetzt in Amsterdam geplante Konferenz von Amnesty International über politische Gefangene im Iran ursprünglich in der Bundesrepublik stattfinden sollte, dort aber nicht genehmigt worden sei (Berliner Extra Dienst, 1. 1. 1977).

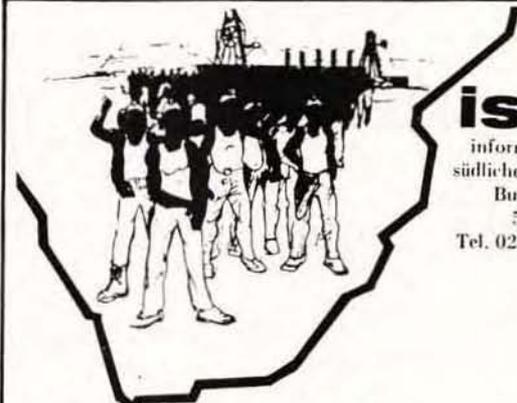
Auf diese kompromittierende Mitteilung reagierte die Bundesregierung mit einer „gewundenen Erklärung“. Regierungssprecher Grünwald erklärte, daß es nur um die gegenseitige Unterrichtung von „sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“ bei den seit 1959 bestehenden Kontakten zwischen den beiden Geheimdiensten gehe (Frankfurter Rundschau, 1. 2. 1977).

Damit bestätigt die Bundesregierung die geheimdienstliche Unterstützung eines Regimes, das im Weltmaßstab mit die höchsten Zahlen an politischen Gefangenen und Folterungen vorzuweisen hat.

Äthiopien

Nach dem gescheiterten Putschversuch einer Gruppe von Offizieren um den bisherigen Vorsitzenden des Revolutionsrates (DERG), Teferi Benti, zeichnet sich eine neuerliche Radikalisierung des revolutionären Prozesses ab. Auf zahlreichen Masskundgebungen, die nach den Ereignissen des ersten Februarwochenendes durchgeführt wurden, hat der an die Spitze des DERG getretene bisherige Vizepräsident Mengistu Haile Mariam eine beschleunigte Umsetzung des am 21. April 1976 verkündeten Programms der Nationaldemokratischen Revolution (Wortlaut in: AIB, Nr. 11–12/1976) zugesagt. Insbesondere sollen folgende Maßnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden: Bewaffnung der Volksmassen, Gründung revolutionärer Komitees in allen Bezirken, in Fabriken, Schulen und anderen Institutionen des Landes, Gründung einer Partei der Arbeiterklasse auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Gerade diese Maßnahmen waren in der letzten Zeit unter den äthiopischen Militärs umstritten. Vieles deutete daraufhin, daß vor allem die Gründung einer revolutionären Partei und die Mobilisierung der Volksmassen verhindert werden sollte. Der Revolutionsrat um Mengistu Haile Mariam und Atanafu Abate ließ verlauten, aus einem 47-seitigen Dokument der Verschwörergruppe, das sichergestellt worden sei, gehe hervor, daß im Zusammenspiel mit der CIA und inneren Kräften wie der ultralinken Äthiopischen Revolutionären Volkspartei (EPRP) oder der rechten Untergrundpartei Äthiopisch-Demokratische Union (EDU) eine systematische Destabilisierung des Landes vorbereitet werden sollte, um den Boden für einen reaktionären Putsch zu schaffen (vgl. Le Monde, 5. 2. 1977; ADN, 11. 2. 1977).



issa
informationsstelle
südliches afrika e.V.
Buschstraße 20
5300 Bonn 1
Tel. 02221/213288

**dokumentationsdienst
südliches afrika**

Aktuelle programmatische Erklärungen afrikanischer Staaten, Organisationen und Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.
Nr. 1 SWAPO/Namibia: Politisches Programm, August 1976
Nr. 2 ZIPA/Zimbabwe: "Befreiung Zimbabwes nur durch den bewaffneten Kampf." September 1976
Nr. 4 BPC/Südafrika: Resolutionen der Jahrestagung 1975, November 1976

Erscheint in unregelmäßiger Folge
Einzelnummer DM 1,- Preis ab 10 Exemplaren DM 0,50

issa archiv aktuell

Hintergrundmaterial zur Interpretation der aktuellen Lage im südlichen Afrika: Themen der ersten Nummern:
1. Nyrere, Aspekte der Befreiung, April 76
2. Machel, Aufbau einer neuen Gesellschaft, Juni 76
3. Südafrika, Schwarze Arbeiter organisieren sich, August 76

Unregelmäßige Erscheinungsfolge
Preis für Einzelnummer DM 1,- Preis ab 10 Exemplaren DM 0,50
Beide Publikationsreihen im Jahresabonnement zusammen DM 15,-

Widersprüche in Indien

Die politische Szene Indiens ist mit dem Eintritt ins neue Jahr gehörig in Bewegung geraten. Mit der Ankündigung neuer Parlamentswahlen zum 16.–20. März 1977 und der Lockerung der Bestimmungen des Ausnahmezustandes am 18. Januar 1977 witterten die oppositionellen Rechtsparteien wieder Morgenluft. Bis Ende Januar hatte sich aus der vor acht Jahren von der regierenden Kongreßpartei abgespaltenen „alten“ Kongreßpartei, aus der hindu-chauvinistischen Jana Sangh-Partei, der sozialdemokratischen Sozialistischen Partei von George Fernandes und der nationalistischen Bharatiya Lok Dal-Partei ein **neuer Rechtsblock, die Janata-Partei (Volkspartei)** formiert.

Anfang Februar erhielten die Hoffnungen auf eine Umkehr der indischen Entwicklung neue Nahrung. Landwirtschaftsminister Jagjivan Ram und fünf weitere prominente Kongreßpolitiker traten von ihren Ämtern zurück und gründeten eine Partei mit dem wohlklingenden Namen **Kongreß für Demokratie**. Inzwischen hat sich Rams Gruppierung mit der Janata-Partei unter der Losung von der „Wiederherstellung der Demokratie“, der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Außerkraftsetzung des von der Regierung Indira Gandhi verkündete 20-Punkte-Programm vom Juli 1975 geneigt und den ehemaligen Landwirtschaftsminister Ram zum gemeinsamen Gegenkandidaten gegen Indira Gandhi gekürt.

Dieser in rasantem Tempo erfolgten rechten Formierung steht eine Kongreßpartei gegenüber, die nicht nur wegen dieser Spaltung, sondern auch wegen ihrer eigenen Inkonsequenz bei der Umsetzung des 20-Punkte-Programms (vgl. AIB, Nr. 7–8/1975 und 11–12/1975) geschwächt in den Wahlkampf geht. Das von Ministerpräsidentin Indira Gandhi verkündete 20-Punkte-Programm enthielt zwar eine Reihe von dringenden und notwendigen Maßnahmen wie die Begrenzung des Großgrundbesitzes, die Verteilung überschüssigen Bodens an landlose Bauern, die Zurückdrängung der Bodenspekulation, den Kampf gegen Schmuggel, Wuchertum und Steuerhinterziehung, die Steigerung der Produktion und die Sicherstellung der Verteilung von Grundnahrungsmitteln. Jedoch harren besonders die sozialpolitischen Punkte noch immer ihrer Verwirklichung.

Schattenseiten des 20-Punkte-Programms

Die Landreform wurde nur zögernd in Angriff genommen und ist praktisch zum Stillstand gekommen. Zwar wurden die Banken und die Versicherungen verstaatlicht. Ebenso ist das Funktionieren der staatlichen Verwaltung effektiviert und verbessert worden. Allerdings lief die Verwirklichung der Forderung nach Produktionssteigerung auf die Stärkung des nationalen Privatkapitals über erhöhte staatliche Investitionsbeihilfen hinaus.

Verschärfte Angriffe auf grundlegende demokratische und Gewerkschaftsrechte, Prämienstreichungen und Reallohnabbau infolge einer Inflationsrate, die in den letzten sechs Monaten wieder auf 12 % kletterte (zwischenzeitlich war es der Regierung Gandhi gelungen, sie von 30 % im Jahr 1974/75 auf Null zu senken) – all das hat die Arbeiterklasse zusehends in Widerspruch zur Regierung gebracht. Dies veranlaßte die Kommunistische Partei Indiens (KPI) zu der Feststellung: „In scharfem Gegensatz zur Förderung der Monopolisten steht die arbeiterfeindliche Politik der Regierung, die in der letzten Periode neue Dimensionen angenommen hat“ (nach: Vorwärts, Genf, 20. 1. 1977).

Überdies ist das 20-Punkte-Programm in der Praxis zusehends auf Maßnahmen zur Familienplanung eingeengt worden. Zwangsweise durchgeführte Sterilisationen haben die Unzufriedenheit der Volksmassen weiter genährt.



Eine besonders unrühmliche Rolle hat in diesem Zusammenhang der Sohn Indira Gandhis, Sanjay Gandhi, gespielt. Das 5-Punkte-Programm des in kurzer Zeit zu seiner Hausmacht ausgebauten Jugendkongresses umfaßt die Punkte Familienplanung, Abschaffung des Analphabetentums, der ruinösen Mitgift und des Kastensystems sowie Umweltschutz durch das Anpflanzen von Bäumen. Er trägt so nicht gerade zur Lösung der Probleme der indischen Wirtschaft bei, die vor allem sozialökonomischer Veränderungen bedarf. Sanjay Gandhi, der seit kurzem auch wieder Ambitionen eines Privatunternehmers zeigt und den Bau von schweren Lastkraftwagen und Kränen nach Lizenzen der BRD-Konzerne MAN und DEMAG anstrebt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 1. 1977), war auch Schrittmacher einer in den letzten Monaten von Führungskräften der Kongreßpartei eröffneten antikommunistischen Kampagne, deren Funktion in der Stärkung des rechten Flügels innerhalb der Kongreßpartei besteht.

Die KPI trat dieser Kampagne entschieden entgegen und betonte ihre eigenständige, alternative Position. Generalsekretär R. Rao: „Jedermann weiß, daß wir die fortschrittliche Politik des Antimperialismus, des Antifaschismus, der wirtschaftlichen Orientierung auf die eigenen Mittel, des Aufbaus eines öffentlichen Wirtschaftssektors, die Politik der Freundschaft zu den sozialistischen Ländern, wie sie von der Regierung und dem Land betrieben wird, unterstützen. Wir bekämpfen jene Aspekte der Regierungspolitik, die den besitzenden Klassen helfen, die Arbeiter durch die Verweigerung oder Kürzung von Prämien, die Bauern durch die Verweigerung von kostendeckenden Preisen für ihre Produkte und die einfachen Menschen durch die Verweigerung von lebensnotwendigen Gütern zu vernünftigen Preisen auszuplündern. Wir kritisieren eine Politik, die das Volk schädigt“ (New Age, Neu Delhi, 2. 1. 1977).

Um eine eindeutige Mehrheit für die demokratischen Kräfte zu sichern, hat die KPI ihre Bestrebungen nach der Aktions Einheit auf der Grundlage der dringlichsten sozialen Forderungen intensiviert. Im Unionsstaat Westbengalen ist es zu einer Wahlabsprache zwischen der Kongreßpartei und der KPI gekommen. In weiteren Unionsstaaten bahnen sich Wahlabsprachen an. Ein gemeinsames Vorgehen der demokratischen Kräfte in der augenblicklichen Situation zu erreichen, erscheint angesichts der vielfach undurchsichtigen Kräfteverschiebungen gerade auch innerhalb der Kongreßpartei Indira Gandhis als eine komplizierte Aufgabe. Neben der umfassenden Mobilisierung der Volksmassen dürfte hierin freilich die Voraussetzung sowohl für die Abwehr des Generalangriffs der rechten Opposition als auch für die Erkämpfung tiefgreifender sozialer Veränderungen liegen.